

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 22. Februar 2010,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

3. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.06 Uhr

Ende der Sitzung: 19.04 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 2. Sitzung des Gemeinderates vom 14.12.2009 liegt zur
Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Manfred Hochhauser	Gertrude Aitzetmüller	Raimund Buttinger
Ernst Kirchmayr	Klaus Hoflehner	Mag. Bernhard Humer
Mag. Petra Lipp	Rupert Leitner	Brigitte Lindlbauer
	Johann Reindl-Schwaighofer	Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):
Gerhard Kroiß
Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner	Dipl.-Ing. Gunter Haydinger	Heribert Helm
Margarete Josseck-Herd	Mag. Günter	LehnerDietmar Marehard
Mag. Georg Parzmayr	Christa Raggl-Mühlberger	Egon Schatzmann
Manfred Wiesinger		

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):
Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar	Stefan Haböck	Herbert Pernkopf
Brigitte Wartinger	Markus Wiesinger	Augustine Zittmayr-Hacker
Walter Zaunmüller		

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Andrea Bauer	Andrea Svoboda	Mag. Walter Teubl
--------------	----------------	-------------------

Vom Magistrat:

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Johann Höpfl
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Hannelore Aigner (SPÖ)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 09.02.2010 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung von neuen Mitgliedern des Gemeinderates
DI-Verf-007-2010

Bgm. Dr. Koits: Nach dem Verzicht von Frau Gemeinderätin Claudia Hüttmayr-Punkenhofer war deren Mandat im Gemeinderat neu zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der O.ö. Kommunalwahlordnung wurde Frau Magister Petra Lipp in den Gemeinderat nachberufen, welche die Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder Stadträtin Silvia Huber, Vizebürgermeister a.D. Ganzert, Werner Forstinger, August Tesarsch, LAbg. Petra Müllner, Karl Schönberger, Helga Maitner und Renate Haim haben auf eine Nachberufung verzichtet.

Nach dem Verzicht von Frau Gemeinderätin Regina Mittendorfer war auch deren Mandat im Gemeinderat neu zu besetzen. Nach den Bestimmungen der O.ö. Kommunalwahlordnung wurde Herr Mag. Günter Lehner in den Gemeinderat nachberufen, der diese Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder Stadtrat Gerhard Kroiß, Stadtrat Mag. Dr. Andreas Rabl, Frau LAbg. Mag. Silke Lackner und Herr Heinrich Taitl haben auf eine Nachberufung verzichtet.

Die neuen Mitglieder des Gemeinderates sind daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Ich darf sie somit ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben und den Herrn Magistratsdirektor ersuche ich, die Gelöbnisformel vorzulesen.

MD Dr. Schwaiger verliest die Gelöbnisformel nach § 10 Absatz 4 Statut für die Stadt Wels 1992.

Nach Aufruf durch den Bürgermeister leistet zuerst Frau Mag. Petra Lipp, in der Folge Herr Mag. Günter Lehner das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Der Bürgermeister dankt für die Leistung des Gelöbnisses und ersucht beide neuen Mitglieder des Gemeinderates um tatkräftige Mitarbeit im Interesse der Bevölkerung.

Anfragen von GR. Andrea Bauer:

Der Bürgermeister stellt fest, dass vier Anfragen von Frau Gemeinderätin Andrea Bauer vorliegen.

Anfrage von GR. Bauer betreffend Website der Stadt Wels:

Der Bürgermeister verliest die Anfrage folgenden Inhalts:

„Aus Medienberichten haben wir erfahren, dass die Website der Stadt Wels relaunched, diese neue Version dann im Sommer 2010 fertiggestellt werden soll und der Auftrag bereits vergeben wurde. Dazu haben wir folgende Fragen:

1. Erfolgte vor der Auftragsvergabe eine Ausschreibung?
2. Nach welchen Kriterien wurde der Auftrag vergeben?
3. Welches Unternehmen hat den Auftrag für den Relaunch erhalten?
4. Wie hoch sind die Kosten der neuen Website?
5. Warum dauert der Relaunch ungefähr ein Jahr?
6. Wird die neue Website der Stadt Wels barrierefrei sein?
7. Werden Behördengänge in Zukunft auch online abwickelbar sein?
8. Wird es einen userinnen-freundlichen Veranstaltungskalender geben?
9. Wird es die Möglichkeit geben, dass sich Kulturinitiativen online vernetzen?
10. Ab wann ist die neue Website der Stadt Wels online?

Anschließend erklärt der Bürgermeister, dass diese Anfrage aufgrund des Umfanges in der gesetzlich vorgesehenen Frist schriftlich beantwortet wird.

Anfrage von GR. Andrea Bauer betreffend Grundstücke für das ehemals geplante Sportzentrum Wels-Wimpassing:

Bgm. Dr. Koits: Die gestellte Anfrage lautet wie folgt:

„Wurden für die Grundstücke für das geplante Sportzentrum, das nun doch nicht gebaut wird, mit den Grundstückseigentümern bereits Kaufverträge abgeschlossen – oder lediglich Kaufoptionen unterzeichnet?“

Die gestellte Frage wird wie folgt beantwortet:

Die Grundstücke für das geplante Sportzentrum Wels–Wimpassing wurden im Jahr 2009 von der WBA angekauft und befinden sich bereits in deren Eigentum.

Ergänzend zu dieser Beantwortung darf ich noch sagen, dass der Gemeinderat aufgefordert ist, hier entsprechende Entwicklungsmaßnahmen zu treffen.

Anfrage von GR. Andrea Bauer betreffend Integrationsleitbild und Integrationsmaßnahmen:

Der Bürgermeister verliest die Anfrage folgenden Inhalts:

„Im Jahr 2007 wurde im Gemeinderat ein Integrationsleitbild mit umfassendem Maßnahmenkatalog beschlossen, weiters wurde im Jahr 2008 eine Studie zum Thema Integration durchgeführt. Dazu haben wir folgende Fragen:

1. Welche der beschlossenen Maßnahmen wurden bereits umgesetzt und mit welchem Ergebnis?
2. Wie erfolgreich sind Pilotprojekte (wie z.B. „Rucksackmütter“) und wurden/werden diese ausgeweitet?
3. Wurden aus der Integrationsstudie neue Maßnahmen abgeleitet, wenn ja, wurden diese bereits umgesetzt?
4. Was ist die Zielvorgabe der neu einberufenen Arbeitskreise des Integrationsforums?
5. Wie oft treffen sich die Arbeitskreise und wann werden erste Ergebnisse präsentiert?“

Zu dieser Anfrage stellt der Bürgermeister fest, dass hier ebenfalls aufgrund des Umfanges der Anfrage eine schriftliche Beantwortung erfolgt und informiert darüber hinaus, dass am 1. März die Mitglieder des Präsidial- und Integrationsausschusses zu einer Sitzung eingeladen sind und in dieser Sitzung die Themen Integrationsleitbild, Maßnahmenkatalog, Ist-Stand und Vorausschau präsentiert und diskutiert werden.

Mitteilung des Bürgermeisters

Präsentation zur Innenstadtagenda 21:

Bgm. Dr. Koits: Im Rahmen der nächsten Gemeinderatssitzung wird Herr Planungsreferent Stadtrat Peter Lehner im Einvernehmen mit mir den Prozess in Hinblick auf die Innenstadtagenda 21 dem Gemeinderat vorstellen und die geplante weitere Vorgangsweise darlegen. Ich bin überzeugt davon, dass das für sie eine interessante Information wird und die Einladung zu dieser Präsentation wird noch rechtzeitig an sie ergehen. Es wird das sozusagen eine „Vorveranstaltung“ zur kommenden Gemeinderatssitzung sein.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits: Es gibt für die heutige Sitzung zwei Anträge bzw. Themenvorschläge.

Der 1. Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betrifft das Thema „Großveranstaltungen in Wels“ und ist am 15.02.2010, um 09.20 Uhr eingelangt.

Der 2. Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend „Liegenschaftsverwaltung“ ist am 15.02.2010 um 14.36 Uhr eingelangt.

Wie sie sehen, nehmen wir es mit dem Einlangen derartiger Anträge sehr genau und sie wissen, dass es nur die Möglichkeit gibt, ein Thema zuzulassen. Bei Vorliegen mehrerer Anträge muss ich den Zeitpunkt des Einlangens auf der einen Seite, andererseits eine Abwechslung unter den Fraktionen berücksichtigen. Es wäre somit eine „Aktuelle Stunde“ aufgrund des Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion durchzuführen und ich habe das auch in dieser Weise zugeordnet, weil eben der Antrag der ÖVP zuerst einlangte und außerdem die ÖVP-Fraktion schon längere Zeit keinen Antrag auf Behandlung eines bestimmten Themas einbrachte. Ich ersuche darum, das so zur Kenntnis zu nehmen. Und ich bitte die ÖVP-Fraktion, zu ihrem Thema etwas vorzubringen.

Großveranstaltungen in Wels:

GR. Haböck: Die letzten Wochen haben ein sehr bezeichnendes Bild auf die Art und Weise der politischen Arbeit in der Stadt Wels geworfen. Dabei geht es gar nicht so sehr um den Anlass selbst, sondern um das Verhalten, das unserer Meinung nach einer Änderung bedarf.

Zum Beginn möchte ich ein paar Aussagen bzw. Kommentare aus diversen Internetplattformen zitieren, die täglich von Welserinnen und Welsern im Zuge des Theaters rund um das AC/DC-Konzert getätigt werden.

Da heißt es beispielsweise: „Schönen Gruß an den Veranstalter. Andere Location suchen. Wels links liegen lassen.“

Dann darf ich weiter zitieren:

Wels schafft es doch immer wieder, sich mit Veranstaltungen gegen ein positives Image zu wehren. Es wird endlich Zeit, aufzuwachen und ein wenig Leben in diese Stadt zu bringen. Wels wird ja schon vorgeworfen, keine Stadt zu sein, sondern eher ein großes Dorf.“

Jetzt kann man natürlich darüber diskutieren, ob solche Vorhaltungen gerechtfertigt sind oder nicht, aber es sind das immerhin Aussagen von Bürgerinnen und Bürgern. Und ich muss hier schon offen und ehrlich die Frage stellen, wie es überhaupt zu dieser Situation kommen konnte. Handelt es sich hier um Einzelmeinungen, Aussagen verärgelter Konzertbesucher oder sind es vielleicht doch die wahren Worte von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die es einfach nicht mehr hinnehmen wollen, dass es einen Stillstand in unserer Stadt im Bereich von Großveranstaltungen gibt. Es wäre das nicht verwunderlich, denn in den letzten Wochen und Monaten, ja in den letzten Jahren wurde doch den Welserinnen und Welsern gezeigt, wie entscheidungsschwach Politik aussieht, eine Politik, die nur verwaltet und Angst davor hat, zu Entscheidungen zu stehen oder solche zu fällen, egal ob sie populär oder unpopulär sind. Das Konzert von AC/DC soll ja wirklich nur ein Beispiel sein, so quasi als Synonym für eine mutlose Politik und eine Politik des Zögerns.

Insgesamt muss man sich natürlich das Ganze schon auf der Zunge zergehen lassen. Bei AC/DC handelt es sich um eine legendäre und eine der bekanntesten Bands, die

eine Welttournee durchführt und mit 80.000 Fans in Gepäck nicht nach Wien, London, Paris oder Berlin geht, sondern hierher nach Wels, weil sie hier die richtigen Voraussetzungen vorfindet. Und das einmal ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Seite bzw. von einer Wertschöpfung in Millionenhöhe, wobei die Zahlen zwischen 10 und 15 Millionen schwanken. Jedenfalls bewegt sich diese Wertschöpfung im zweistelligen Millionenbereich.

Also, abgesehen von dieser Wertschöpfung wäre uns die mediale Aufmerksamkeit jedenfalls sicher gewesen. Wieso sage ich „wäre“, denn wir haben ja diese mediale Aufmerksamkeit, ob wir sie nun haben wollen oder nicht. Wir haben sie in lokalen, regionalen und bundesweiten Medien. Sogar internationale Fernsehsender berichten schon monatelang über diese Farce rund um das AC/DC-Konzert. Würde man sagen, dass sich die Medien über diese Stadt lustig machen, so wäre das meines Erachtens sogar noch untertrieben. Selbst in der „Millionenshow“ im Fernsehen vor ca. 800.000 Zuschauern war Wels die Zielscheibe des Spottes. Doch spätestens dann, als im französischsprachigen Nachrichtenjournal auf ARTE über diese eine Stadt in Oberösterreich, die es anscheinend nicht notwendig hat, in Zeiten der Wirtschaftskrise Millioneneinnahmen zu lukrieren, berichtet wurde, hätte man die Notbremse ziehen müssen. Aber wie schon gesagt, diese Vorgänge sind symptomatisch.

Es gibt also einen Bürgermeister, der versucht, eine Großstadt mit Arbeitskreisen zu verwalten, einen Vizebürgermeister, der vor der Wahl noch auf Wandel pocht und nach der Wahl plötzlich dem Amtsinhaber in puncto Zögern und Abschieben von Verantwortung nichts nachsteht.

Es gibt also einen Bürgermeister, der versucht, eine Großstadt mit Arbeitskreisen zu verwalten, einen Vizebürgermeister, der vor der Wahl noch auf den Wandel pocht und nach der Wahl plötzlich dem Amtsinhaber in puncto Zögern und Abschieben von Verantwortung nichts nachsteht.

Es sind die GRÜNEN, die zwar ein Statement abgegeben haben, die aber, den Tier- und Naturschutz in Ehren, ein ganzes Projekt opfern wollen, indem sie zuerst gegen das Projekt sind und dann, wenn ein Kompromiss ausgehandelt ist, auch diesen Kompromiss kritisieren.

Und da gibt es auch noch einen Landesrat, einen neuen Landesrat, der versucht, seine Bekanntheitswerte zu steigern, indem er sich auf ein Duell mit einem roten Bürgermeister einlässt und das Ganze auch noch im Behördenweg medial aufbauscht. Das Resultat davon haben wir mitbekommen. Es handelt sich hier um einen Politstreit, um ein mediales Hickhack, also genau um das, was eigentlich die Bürgerinnen und Bürger bei so großen Herausforderungen nicht haben wollen.

Das alles geschieht unserer Meinung nach deswegen, weil sich bis auf die ÖVP von Anfang an keine andere Partei klar deklariert hat bzw. kein klares Statement abgab. Es waren Ja-aber-Ausreden, es gab eine Hinhaltetaktik, runde Tische und ein Abschieben von Verantwortung. So sehen leider Gottes die ersten Reflexe der Welser Politik bei anstehenden Problemen aus. Das kann es nicht sein!

Wenn schon, wie jetzt auf einmal alle betonen, eh alle das Konzert hier in Wels haben wollen – ich möchte darauf hinweisen, dass das die erste Großveranstaltung in Wels seit 14 Jahren ist, als nämlich Bon Jovi 1996 in Wels gastierten, das heißt, solche Groß-

konzerte gibt es ja ohnehin nicht jedes Jahr – dann frage ich mich, warum das nicht von Anfang an so kommuniziert wurde, denn immerhin gibt es leider nur ein Hickhack und es gab immer wieder Ausreden. Da gibt es beispielsweise ein Zitat von Vizebürgermeister Dr. Wieser, der sagt: „Deshalb bin nicht ich, sondern der Bürgermeister zuständig.“ Das ist doch ein Abschieben von Verantwortung!

Ich darf aber auch Andrea Bauer zitieren, die sagte: „Aus Naturschutzgründen müssen wir dagegen sein, als AC/DC-Fan würde ich mich aber über das Konzert freuen.“ Na ja, recht viel Sicherheit haben allerdings die Konzertbesucher nicht, wenn sich die Politiker selbst nicht sicher sind, ob sie etwas haben wollen oder nicht. Das können doch nicht Reaktionen auf eine Veranstaltung sein, die für unsere Stadt einen Millionenwert hätte.

Es stellt sich hier doch die Frage, wofür wir überhaupt gewählte und vor allem Politiker brauchen, wenn Entscheidungen an Arbeitskreise oder an Verwaltungsbeamte abgewälzt werden. Es gibt natürlich Rechtsgrundlagen, an die man sich halten muss – aber es geht andererseits darum, dass die Politik ein Statement dahingehend abgeben muss, ob man etwas haben will oder nicht. Wir alle wurden nicht gewählt, um Investitionen zu verhindern, sondern um private Investitionen zu fördern bzw. zu ermöglichen, vor allem im Bereich der Großveranstaltungen. Wir müssen uns schon vor Augen halten, dass eine Stadt in der Größenordnung von Wels mit 60.000 Einwohnern auf eine trendige Eventszene angewiesen ist. Und es gibt eine Reihe von Veranstaltungen vor allem im Kunst- und Kulturbereich, die aber oft als Nischenveranstaltungen anzusehen sind. Für eine trendige Stadt brauchen wir aber genauso Großveranstaltungen. Es muss Kunst und Kultur für die breite Masse geben, für alle Geschmäcker und für alle Altersgruppen. Dies noch dazu als Wels als idealer Standort zu sehen ist. Geografisch gesehen liegt Wels im Herzen Oberösterreichs, die Verkehrsanbindung ist als ideal anzusehen und vor allem haben wir große freie Flächen. Es hat schon seinen Grund, warum sich eine Konzertagentur für Wels entscheidet. Sie glaubt nämlich, hier die idealen Voraussetzungen für die Abhaltung solch eines großen Konzertes zu finden.

Es gibt Dörfer – ich habe hier als Stichwort Nickelsdorf – die es schaffen, Festivals mit über 200.000 Besuchern über mehrere Tage hinweg abzuhalten, in Wels soll es aber an einem Konzert scheitern? Ich glaube, das ist nicht Sinn und Zweck der Sache. Wir von der ÖVP Wels fordern daher ein ganz klares Bekenntnis der Politik in Wels zu Großveranstaltungen in unserer Heimatstadt. Es muss privaten Investoren und Veranstaltern gezeigt werden, dass sie in Wels gut betreut werden, dass sie perfekte Rahmenbedingungen vorfinden und zudem die Sicherheit haben, dass sich ihre Wahl für Wels als Standort auszahlt.

Wir sollten alle aus den Geschehnissen rund um das AC/DC- Konzert unsere Lehren ziehen und im Gedächtnis behalten, wie schnell es gehen kann, dass man vom Ort eines Konzertes zur Bühne für ein Theater wird. Ich bin überzeugt davon – diese versöhnlichen Worte seien mir am Schluss noch gestattet – dass wir alle haben wollen, dass unsere Heimatstadt Wels, in der wir alle sehr gerne wohnen und in der wir auch gerne arbeiten, in einem positiven Licht erstrahlt, nämlich regional, national und international und dass Wels für seine Bürgerinnen und Bürger etwas bietet. Es geht nicht nur um die Wirtschaft und um den Tourismus, sondern um die Welserinnen und Welser, die das Gefühl haben sollen, dass ihre Stadt lebendig ist. Deswegen sagen wir ja zu einer pulsierenden großen Stadt Wels und ja zu Großveranstaltungen in Wels.

Vzbgm. Wieser: Es ist ja sehr schön, wenn sich junge Gemeinderäte so richtig in den Dampf reden. Besser wäre es natürlich, sich vorher über die Sachlage zu erkundigen. Man kann es auch einem jungen Gemeinderat durchaus zumuten, sich zu erkundigen, wie denn die Dinge überhaupt liegen. Genau das, was sie da jetzt vorgetragen haben, war ja der Grund dafür, warum in den Zeitungen bzw. in den Medien so viel an Durcheinander geschrieben stand, so viel an Widersprüchlichem. Es hat sich ja praktisch jeder, der sich dazu berufen fühlte, seinen Senf dazuzugeben, in dieser Sache gemeldet bzw. wurden all diese Dinge in den Zeitungen wiedergegeben.

Sie meinten, das sei ein bezeichnendes Bild für die Stadt. Sie sprachen von der Stadt als einer internationalen Plattform und zitierten ein paar Aussagen von Leuten, die irgendetwas hineinschrieben und sie glauben, dass das alles von irgendeiner Bedeutung sei.

Sie tragen hier eine Geschichte vor, erwähnen dabei allerdings nicht ein einziges Mal, dass die LSK-Veranstaltungsagentur Wien, die ja diese Veranstaltung durchführt, bereits im November 60.000 Karten verkaufte - etwa zu einem Preis von 80 Euro - und sich dann erst am 23. Dezember dazu bequemte, einen fünfzeiligen Antrag an den Magistrat der Stadt Wels zu schicken, nämlich in der Richtung, dass diese Veranstaltung genehmigt werden soll. Wenn sie also von Verantwortung reden, dann sehen sie sich einmal diese Sachlage an. Ist das nicht möglicherweise sogar fahrlässig, 60.000 Karten für ein Konzert schon verkauft zu haben, für das man noch nicht einmal um Genehmigung ansuchte?

Sie reden von einem Stillstand oder von einer Entscheidungsschwäche in der Stadt Wels, obwohl sie vielleicht eh genau wissen, dass gleich Anfang Jänner nach Einlangen des Genehmigungsansuchens Herr Dr. Spitzer gehandelt hat und diese Agentur aufforderte, ordentliche Unterlagen beizubringen. Diese Agentur hätte doch alle Zeit der Welt gehabt, Monate zuvor schon die Gelegenheit gehabt, sich die notwendigen Formulare zu besorgen, die von der Landesregierung ausgearbeitet wurden und nach denen eine Behörde vorgehen muss. Sie reden hier immer von der Politik, so als ob die Politik die Behörde ersetzen könnte.

Ich sage ihnen an dieser Stelle noch etwas völlig anderes. Es ist vollkommen unwichtig, was die ÖVP zu diesem Konzert sagt, was sie, Herr Haböck, dazu sagen, der Herr Lehner oder auch der Bürgermeister sozusagen als Privater, genauso unwichtig ist, was ich als Bernhard Wieser sage, denn das Konzert wird nur dann stattfinden, wenn die Voraussetzungen stimmen bzw. wenn das, was von der Veranstaltungsbehörde gefordert wird, tatsächlich kommt oder eingehalten wird. Das kann die Politik als solche nicht machen, sondern nur die Bezirksverwaltungsbehörde und dafür ist Herr Dr. Spitzer als Abteilungsleiter zuständig.

Ich weiß nicht, warum ihnen gewisse Vorgänge nicht geläufig sind. Tatsächlich hat es relativ rasch Besprechungen gegeben und es waren relativ rasch alle Verantwortlichen, auch die Sachverständigen eingeladen. Natürlich schreibt dann Herr Lehner in der Zeitung, dass sich der Herr Wieser zu dieser Veranstaltung bekennen soll. Ich weiß nicht, wie er darauf kommt, denn ich bin ja überhaupt nicht in dieses Verfahren involviert. Ob mir beispielsweise die Musik von AC/DC gefällt oder nicht, das spielt hier überhaupt keine Rolle. Es gibt hier ganz einfach eine Bezirksverwaltungsbehörde und die hat entsprechend vorzugehen. Sie hat nach Gesetzen vorzugehen, die in erster Linie ihre Partei im Landtag beschlossen hat, nämlich nach dem Oö. Veranstaltungs-

sicherheitsgesetz und nach dem Oö. Naturschutzgesetz, das hier ebenfalls zu beachten ist. Das sind lauter Landesgesetze und ich möchte sie daran erinnern, dass auch sie vor kurzem gelobt haben, die Gesetze der Republik und des Landes Oberösterreich einzuhalten.

Was verlangen sie jetzt von uns? Sie verlangen ein Bekenntnis der Politik, das es eh schon lang gibt. Schon vor über einem Jahr sagte einmal der Stadtsenat aufgrund einer Anfrage eindeutig aus, dass in Wels natürlich Großveranstaltungen abgehalten werden können, und zwar so wie in der Vergangenheit. Dass so etwas auch am Flugplatz passieren kann, das ist ja überhaupt keine Frage; niemand hat ja das Gegenteil behauptet. Alles, was sie jetzt in dieser Richtung sagten, ist eine Erfindung, weil sie sich ein bisschen profilieren wollen. Okay, ich verstehe, dass sie das tun möchten, aber die Grundlage für ihre Behauptungen fehlt. Und wenn sie meinten, dass die Bühne für die Abhaltung eines Theaters genutzt wurde, kann ich ihnen nur sagen, dass sie jetzt diese Bühne ebenfalls reichlich nutzten.

Ich weiß jetzt nicht, aufgrund welcher Unterlagen die ÖVP als einzige Fraktion im Jänner bzw. schon im Dezember ein klares Ja zu dieser Veranstaltung abgegeben hat. Hatten sie bereits die Unterlagen? Kannten sie den Antrag dieser Agentur? Haben sie schon zuvor oder wie schnell haben sie alles geprüft? Wie konnten sie eigentlich so bald ein klares Ja zu dieser Veranstaltung abgeben und wie können sie jetzt so tun, als wäre es in dieser ganzen Angelegenheit allein ausschlaggebend, was irgendein Politiker zu dieser Sache persönlich denkt?

Geht es um das Persönliche, kann ich nur sagen, dass ich mich natürlich über dieses Konzert von AC/DC freue. Für mich stellt dieses fast etwas wie ein Geburtstagsgeschenk dar, denn ich habe am 22. Mai Geburtstag und wenn gerade an diesem Tag dieses Konzert stattfindet, bedeutet das für mich persönlich eine große Freude.

Also, lieber Herr Gemeinderat Haböck, beruhigen sie sich wieder. Das Verfahren läuft sehr ordentlich und die Agentur ist drauf und dran, alle Auflagen zu erfüllen bzw. alle Vorschriften. Wenn sie wollen, können sie sich dann über das Internet eine Karte kaufen, um dieses Konzert zu besuchen. Wahrscheinlich werden am Ende alle zufrieden sein.

GR. Reindl-Schwaighofer: Lieber Kollege Haböck, du hast es wahrscheinlich in der politischen Frage relativ einfach. Das Ganze hat aber meiner Meinung nach zwei Ebenen, und zwar eine politische Ebene und eine verwaltungstechnische. In der politischen Frage hast du sicher Recht. Da ist eine klare Ansage in der Richtung gefragt, ob wir das haben wollen oder nicht - es haben viele Kolleginnen und Kollegen klar gesagt, was sie haben möchten - aber die Aufgabe des Bürgermeisters ist in diesem Zusammenhang eine ganz andere. Und so darf ich bei dieser Gelegenheit sagen, dass es mir das erste Mal passierte, dass ich auch für mich einige Dinge der Ausführungen von Vizebürgermeister Wieser annehmen kann.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das ist jetzt aber kein gutes Zeichen!

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich habe mir allerdings erzählen lassen, dass den großen Fans von AC/DC damals noch bei seinem Auftritt in Wels Bon Jovi als Reitpferd vorgekommen ist; das ist aber eine andere Frage.

Sieht man sich die Chronologie an, muss man irgendwo beachten, dass einige versuchten, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, weil sie sonst nur eher in bescheidener Weise erfolgreich sind. Da nenne ich beispielsweise Herrn Landesrat Haimbuchner. Dieser war seit der Wahl im Herbst vorigen Jahres nur bescheiden erfolgreich und das einzige Medienecho, das er zusammenbrachte, bezog sich auf die Diskussion über AC/DC. Dabei hat er sich eingemischt und versucht, die Stadt unter Druck zu setzen. Haimbuchner war also bislang nur bescheiden erfolgreich, aber in diesem Zusammenhang hat er doch viel warme Luft abgesondert.

Wir von der SPÖ-Fraktion stehen hinter der politischen Aussage, dass das AC/DC-Konzert wichtig für den Standort Wels ist, für den Wirtschaftsstandort und für den kulturellen Standort, genauso für die Ausstrahlung von Wels, in diesem Fall auf ganz Europa. Darum ist für uns der jetzige Ablauf der Dinge sehr wichtig und hier möchte ich mich besonders bei Bernd Spitzer bedanken, dem Leiter der Bezirksverwaltungsbehörde und auch bei den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das hervorragend machen. Es geht alles in eine Richtung und diese heißt: Ja zu AC/DC in Wels!

GR. Prof. Mag. Teubl: Von Herrn Gemeinderat Haböck wurde gesagt, dass es um den Mut zu Entscheidungen geht, egal ob diese populär oder unpopulär sind. Hier stimme ich ihnen grundsätzlich bei, in dieser Angelegenheit aber nicht. Ich denke, dass es in dieser Angelegenheit ein bisschen anders aussieht.

Ich glaube, dass sich die ÖVP nur deshalb für diese Veranstaltung so ins Zeug legt, weil AC/DC populär sind. Man möchte vielleicht deshalb auf den Zug aufspringen, weil sich 60.000 Fans, die sich schon eine Eintrittskarte kauften, natürlich wünschen, dass dieses Konzert stattfindet. Dafür will man sich ins Zeug legen, und das ohne Rücksicht auf Verfahren, die ablaufen bzw. ohne Rücksicht auf irgendwelche gesetzlichen Vorgaben. Und das ist meines Erachtens nicht okay. Aus der Abwicklung eines an sich geregelten Verfahrens ist durch diese mediale Diskussion plötzlich ein großer Hype geworden. Prinzipiell wäre es aber darum gegangen, dass der Veranstalter rechtzeitig um Genehmigung für diese Veranstaltung ansucht und zweitens wäre es nach Vorlage eines solchen Ansuchens wichtig gewesen, unsere Behörde in Ruhe arbeiten zu lassen. Für den Fall, dass uns das Ergebnis der Arbeit der Behörde nicht gepasst hätte, wäre es ja noch immer möglich gewesen, dagegen Einspruch zu erheben bzw. hätten wir dann ja noch immer unsere Meinung sagen können.

Jetzt aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es überhaupt nicht darum, ob wir in diesem Gremium hier für den Brachvogel oder für AC/DC sind. Das kann nicht etwas sein, über das wir an dieser Stelle zu entscheiden haben. Vielmehr geht es darum, dass die Behörde möglichst zügig zu einer Entscheidung kommt, über die man in weiterer Folge sicher noch diskutieren kann.

Zur Grundsatzdebatte möchte ich nur noch sagen, dass wir uns nie gegen dieses Konzert ausgesprochen haben. Wir wollten nur haben, dass die Durchführung so gewährleistet ist, dass die natürlichen Gegebenheiten auf diesem Areal nicht beeinträchtigt werden. Es soll das, was der Naturschutzgutachter als erhaltenswert erachtet, durch die Abwicklung dieses Konzertes nicht zu schaden kommen. Es soll nicht über ein Gebiet, das es offensichtlich wert wäre, unter Naturschutz gestellt zu werden, eine Entscheidung vorweggenommen werden, nämlich dahingehend, wie man es künftig nutzen oder behandeln will.

Meiner Meinung nach findet also jetzt in diesem Gremium eine unnütze Diskussion über dieses Konzert statt. Es ist das eine Diskussion, die eher nur davon ablenkt, dass es in erster Linie darum geht, das Behördenverfahren in Ruhe abzuwickeln. Hier bin ich ausnahmsweise ganz mit Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser d'accord, der meinte, dass man hier am besten einmal die Behörde arbeiten lässt.

Bgm. Dr. Koits: Es hat jetzt jede Fraktion ihre Wortmeldung zur "Aktuellen Stunde" abgegeben und ich darf sie davon informieren, dass mir Herr Senatsrat Dr. Spitzer sagte, dass angestrebt wird - ich hoffe, das wird tatsächlich gelingen - bis 15. März alle Gutachten auf dem Tisch zu haben. Und hoffentlich kann in weiterer Folge in Ruhe eine Entscheidung gefällt werden.

Ich ersuche den Gemeinderat und auch die Landespolitik noch einmal, sich bei diesem Thema zurückzunehmen und die Behörde endlich einmal in Ruhe arbeiten zu lassen. Ich predige das schon 1 1/2 oder 2 Monate, weil es doch nichts bringt, dieses Thema in der Öffentlichkeit so zu diskutieren, wie das eben geschah. Und ich sage ganz deutlich, dass solche Diskussionen wie die heutige nicht dazu beitragen, das Thema rascher abarbeiten zu können.

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt.

GR. Markus Wiesinger zur Geschäftsordnung: Herr Bürgermeister! Bei der "Aktuellen Stunde" hat die antragstellende Fraktion eine zweite Wortmeldung frei!

Bgm. Dr. Koits: Wir sind schon beim nächsten Punkt!

GR. Markus Wiesinger: Die Geschäftsordnung gilt aber trotzdem!

GR. Dr. Csar: Lehner hat sich aber zu Wort gemeldet!

Bgm. Dr. Koits: Er hat dann aber nicht mehr aufgezeigt!

GR. Dr. Csar: Aber zuvor schon! Er kann doch nicht die ganze Zeit über die Hand oben lassen!?

Bgm. Dr. Koits: Also, Herr Stadtrat Lehner, es soll so sein!

StR. Lehner: Ich danke für die Worterteilung und meine, dass es sich beim einen um die politische Seite handelt. Das AC/DC-Konzert war ja für unseren jungen Gemeinderatskollegen Stefan Haböck nur ein Beispiel dafür, wie wir als Stadt mit Investoren oder Unternehmen - diese Konzertagentur ist ebenfalls ein Unternehmen - umgehen.

Diese Konzertagentur hat sich auf etwas verlassen, das meiner Meinung nach etwas sehr Wesentliches ist. Es gibt nämlich gleich zwei Stadtsenatsbeschlüsse in der Richtung, dass wir ein solches Konzert in Wels haben wollen. Das heißt, die Politik hat hier das klare Signal ausgesendet: Ja, ihr seid uns in dieser Stadt, am Flugfeld in Wels herzlich willkommen.

Und der zweite Punkt ist Folgender. Auf der Homepage der Stadt Wels wird das Flughafenareal als Veranstaltungsort für Konzerte angepriesen, nämlich bis zu einer Besucherzahl von 100.000.

Somit glaube ich, dass es einerseits wichtig ist - für diese Arbeit auch ein Dankeschön meinerseits - dass wir die Behörde ordnungsgemäß arbeiten lassen, damit der Umweltschutz seinen Stellenwert bekommt und vor allem auch die Sicherheit. Alternative Standorte sind zwar schnell genannt, fragt man aber die Polizei oder auch die Rettungskräfte, wie es überhaupt um gewisse Standorte bestellt ist - ob also überhaupt solch eine Veranstaltung möglich ist oder nicht - dann erfährt man meist sehr schnell, wie es mit den näheren Umständen aussieht. Es ist also wichtig, die Behörden arbeiten zu lassen, andererseits könnte es durchaus sein, dass die LSK oder überhaupt ein Unternehmen, das um etwas ansucht, eine bestimmte Sache durchaus verbessert, damit es passt.

Und es stellt sich weiters die Frage, was wir als Stadt Wels für diese Veranstalter oder Investoren besser machen können. Wir sollten ihnen nicht womöglich Steine in den Weg werfen, sondern sie in unserer Stadt herzlich willkommen heißen. Man könnte sie beispielsweise als Naturschutzreferent anrufen und ihnen sagen, dass etwa diese oder jene Schritte notwendig sind, wenn man in Wels eine Veranstaltung durchführen möchte. Ich finde, es ist wichtig, dass wir in Wels wieder eine entsprechende Kultur für Investments bekommen. Das ist ein Signal, das diese Stadt dringend braucht. Wir haben hier einen wunderbaren Boden für Veranstaltungen, für Unternehmer, wir müssen aber auch die richtigen Signale aussenden und wir müssen uns dazu bekennen, dass wir ein Standort in Europa sind, der für Konzerte geeignet ist, ebenso für Unternehmensansiedlungen. Dafür sprechen wir als ÖVP uns ganz intensiv im Rahmen dieser "Aktuellen Stunde" aus.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Kollegen Lehner und darf festhalten, dass genau das, was er jetzt vorbrachte, ohnehin geschieht.

Dringlichkeitsanträge

Der Bürgermeister stellt fest, dass fünf Dringlichkeitsanträge einlangten und es mit den Formerfordernissen bei allen passt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution hinsichtlich Festlegung der Zuwanderungsquote:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

StR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Dringlichkeitsantrag ist aus meiner Sicht heraus nicht dringlich. Warum? Die Begründung meiner Ansicht ist eigentlich ganz einfach und hat damit zu tun, dass die Verordnung bereits erlassen wurde. Was hier aber gefordert wird, das ist in Wirklichkeit eine Verordnungsänderung und bei einer solchen Änderung müsste wieder das ganze administrative Verfahren durchlaufen werden. Die Verordnung legt schon ganz präzise fest, wie viel Zuwanderer tatsächlich jedem Bundesland zugewiesen werden und wenn ich eine Herunterbrechung auf die einzelnen Bezirke haben möchte, muss ich eine ganz neue Verordnung erlassen. Nachdem solche Dinge bei der Bundesregierung etwas länger dauern - über den Stillstand der Arbeit der

Bundesregierung wird ja öfter berichtet – glaube ich nicht, dass es notwendig ist, dass wir heute eine derartige Resolution beschließen. Aus unserer Sicht heraus sollte darüber durchaus zuvor diskutiert werden und so sind wir eben der Meinung, dass diesem Antrag nicht die Dringlichkeit zuerkannt werden sollte.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit mit

21 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 14 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Abschluss einer Integrationsvereinbarung mit Migranten- und Moscheevereinen bei Beantragung von Subventionsmitteln:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Reindl-Schwaighofer: Zum Unterschied von Herrn Stadtrat Dr. Andreas Rabl, der beim Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion meinte, dieser sei nicht dringlich, werden wir allen vier Dringlichkeitsanträgen der FPÖ-Fraktion - wenn ich das so im Vorhinein feststellen darf - die Dringlichkeit zuerkennen. Wir sind nämlich der Meinung, dass man zumindest eine Debatte über diese Anträge in der Öffentlichkeit zulassen sollte.

Du hast dir allerdings bei den Anträgen der FPÖ nicht einmal die Mühe gemacht, die Dringlichkeit der Anträge in schriftlicher Form darzulegen. Darauf möchte ich an dieser Stelle doch hinweisen.

Nachdem du ja auf Formvorschriften immer ziemlich großen Wert legst, möchte ich auch nicht verhehlen, dass ich nach den Gesprächen, die ich wegen des zuerst behandelten Antrages mit allen Fraktionen führte, eigentlich schon relativ erstaunt darüber war, dass ich von dir nicht einmal einen Rückruf dahingehend erhielt, wie sich die FPÖ zu solch einem Antrag stellen würde. Wenn das die Zusammenarbeit ist, welche du immer einforderst bzw. postulierst, dann wünsche ich uns viel Glück in den nächsten Jahren.

StR. Dr. Rabl: Zum Ersten bin ich erfreut darüber, dass die SPÖ-Fraktion unseren Anträgen die Dringlichkeit zuerkennt. Und natürlich ist die Gemeinderatssitzung dazu da, die Dringlichkeit eines Antrages zu begründen, weshalb ich mich ja zu Wort melde. Für diese Begründung dient also auch die Gemeinderatssitzung bzw. muss man die Dringlichkeit nicht schriftlich begründen. Ich würde dir einmal empfehlen, die Geschäftsordnung genau durchzulesen, wo das geregelt ist. Leider hast du das offenbar nicht gemacht und deshalb stelle ich hier ausdrücklich fest, dass ich die Begründung auch hier in der Gemeinderatssitzung durchführen kann, nämlich was die Dringlichkeit betrifft. So weit also etwas zu den einfachen Formerfordernissen.

Was die Gespräche betrifft, kann ich nur sagen, dass wir schon wunderbare Gespräche führten. Ich weiß aber, dass es dir etwas unangenehm ist, wenn wir einem Antrag, den

du stellst, nicht unmittelbar die Zustimmung erteilen können. Aus unserer Sicht ist mit diesem Antrag nämlich ein Abschieben der Zuständigkeit oder der Verantwortung gegeben. Wir haben das auch schon einmal von der ÖVP gehört; es ist offensichtlich bei der SPÖ irgendwo systemimmanent.

Es ändert jedenfalls nichts daran, dass unsrer Meinung nach dieser Antrag, den du gestellt oder vorbereitet hast, nicht sinnvoll ist. Du brauchst deswegen nicht zu schmollen. Reden wir doch einfach sachlich über die Dinge, so wie sie sind.

Was jetzt konkret den hier vorliegenden Antrag der FPÖ betrifft, meine ich, dass dieser deshalb so dringlich ist, weil jetzt wieder laufend Subventionen an Moschee- und an Integrationsvereine vergeben werden. Und diese Subventionen müsste man eben vor Vergabe reglementieren. Deshalb sollte es eben eine derartige Vereinbarung geben, wonach sich diese Vereine ganz klar zur Republik Österreich bekennen, zu unserer Verfassung, zu Deutsch als Landessprache etc. Wenn sie sich zu all diesen Dingen bekennen, steht ja einer Subventionsgewährung nichts entgegen.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf jetzt dem Herrn Dr. Rabl eine rein juristische Antwort geben, was die Begründung der Dringlichkeit von Anträgen betrifft.

Es ist selbstverständlich so, dass Dringlichkeitsanträge schon bei ihrer schriftlichen Vorlage in Hinblick auf die Dringlichkeit zu begründen sind. Ich habe es hier wortwörtlich, was dazu in der Geschäftsordnung steht. Dessen ungeachtet lege ich in solchen Fällen die Geschäftsordnung zumeist etwas weiter aus, damit wir sozusagen in unserer Arbeit weiterkommen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Auch wenn die SPÖ diesen Anträgen die Dringlichkeit zuerkennen wird, tun wir das nicht. In der Geschäftsordnung für den Gemeinderat steht nämlich ausdrücklich drinnen, dass eine Dringlichkeit dann gegeben ist, wenn eine spätere Befassung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf. Das ist hier schlicht und ergreifend nicht der Fall. Bei diesem ersten Antrag der FPÖ ist das schon deshalb nicht der Fall, weil alle Welser Kulturvereine ein ähnliches Bekenntnis, wie sie es in ihrem Antrag fordern, ohnehin schon abgegeben haben. Es besteht also überhaupt kein Handlungsbedarf.

Ähnliches gilt für die übrigen Anträge, die dann noch folgen werden. Darüber können wir später ja noch reden, aber vorweg sei einmal von unserer Seite aus festgehalten, dass wir allen vier Dringlichkeitsanträgen der Freiheitlichen in Hinblick auf die Zuerkennung der Dringlichkeit nicht zustimmen werden.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Erstellung eines Programms „Integration durch Sport“:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag (Anlage 3) wird die Dringlichkeit mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

GR. Hoflehner und GR. Kirchmayr sind bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung in Hinblick auf die Setzung von Maßnahmen gegen die überbordende Überfremdung:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 4 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag (Anlage 4) wird die Dringlichkeit mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

GR. Hoflehner ist bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Verkleinerung von Kindergartengruppen als Maßnahme zum besseren Erwerb von Deutschkenntnissen und damit zum erfolgreichen Besuch der Volksschule:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 5 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag (Anlage 5) wird die Dringlichkeit mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Der Bürgermeister bemerkt abschließend, dass sämtliche Dringlichkeitsanträge zumindest mehrheitlich mit der Zuerkennung der Dringlichkeit bedacht wurden und diese daher am Schluss der heutigen Tagesordnung in Verhandlung genommen werden.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-016-2010

Bgm. Dr. Koits: Nach der heute zu Beginn der Sitzung vorgenommenen Angelobung von zwei neuen Mitgliedern des Gemeinderates geht es jetzt darum, eine Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates vorzunehmen.

Es wurde ihnen hiezu ein Amtsbericht (Anlage 6) aufgelegt, aus welchem sie ersehen, in welchen Ausschüssen die neuen Mitglieder des Gemeinderates tätig sein sollen bzw. welche Änderungen bei den Ausschussbesetzungen geplant sind. Dazu gibt es natürlich auch Wahlvorschläge (Anlagen 7 und 8) von der SPÖ- und von der FPÖ-Fraktion, welche in diesem Fall von den Nachwahlen betroffen sind.

Ich ersuche um Durchführung der Wahl durch Erheben der Hand.

Vzbgm. Wimmer: Ich stelle fest, dass zu diesem Punkt keine Wortmeldungen vorliegen und schlage vor, dass über beide Veränderungen in den Ausschüssen gleichzeitig abgestimmt wird, die jeweiligen Abstimmungsergebnisse dann aber fraktionell der SPÖ und der FPÖ zugeordnet werden.

Die durch die Mitglieder der SPÖ- und der FPÖ-Fraktion durchgeführte gemeinsame Abstimmung bringt folgende Ergebnisse:

Der Wahlvorschlag (Anlage 7) wird von den Mitgliedern der SPÖ-Fraktion

einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 8) wird von den Mitgliedern der FPÖ-Fraktion

einstimmig angenommen.

2.)

Personalbeirat;
Nachbesetzung eines Ersatzmitgliedes
DI-PersR-5076-2010

Bgm. Dr. Koits: Frau Claudia Hüttmayr-Punkenhofer war als Ersatzmitglied im Personalbeirat tätig und natürlich erlosch auch diese Funktion mit Zurücklegung des Gemeinderatsmandates per Ende 2009. Von der SPÖ-Fraktion wurde mitgeteilt, dass Frau Mag. Petra Lipp deren Funktion als Ersatzmitglied übernehmen soll.

Weiters hat sich in der Zwischenzeit auch noch ergeben, dass Herr Johann Salzinger sein Dienstverhältnis zur Stadt Wels gekündigt hat und somit auch nicht mehr als Dienstnehmer-Vertreter namens des KiV im Personalbeirat tätig sein kann. Es wird also auch in diesem Fall um Zustimmung des Gemeinderates für eine Änderung bei der Dienstnehmervertretung ersucht.

Der Antrag lautet:

1. Frau GR. Mag. Petra Lipp wird zum Ersatzmitglied (Dienstgebervertreter),
2. PV-Mitglied Clemens Schiehauer wird als Dienstnehmervertreter zum Mitglied und Frau Mirjam Sterner zum Ersatzmitglied

des Personalbeirates bestellt.

Einstimmig angenommen.

3.)

Initiativantrag betreffend Resolution zur finanziellen Lage der Städte
DI-Verf-013-2010

Bgm. Dr. Koits: Es geht hier um einen Antrag, der von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen unterfertigt wurde. Dieser Antrag bzw. die damit verbundene Resolution richtet sich an den Bundeskanzler, an den Vizekanzler und gleichzeitigen Finanzminister sowie an die Oö. Landesregierung. Thema der Resolution ist das Hinweisen der Städte und Gemeinden darauf, dass es mit der finanziellen Situation der Städte und Gemeinden, hervorgerufen durch die Finanzkrise und die weltweite Wirtschaftssituation, nicht mehr so weitergehen kann. Es bedürfen also die Städte und Gemeinden einer Neuregelung, was die Aufteilung der Einnahmen betrifft, so sie ihre Aufgaben in den kommenden Jahren noch erfüllen können sollen.

An dieser Stelle ist meines Erachtens auch hervorzuheben, dass die Gemeinden in letzter Zeit wieder neue Aufgaben übertragen erhielten. Ich erinnere hier nur an den

Gratis-Kindergarten, der praktisch jede Gemeinde in der einen oder anderen Form finanziell belastet. Ich könnte noch weitere Beispiele anführen.

Aufgrund dieser Gesamtsituation hat die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes einstimmig eine Resolution an die von mir zuvor genannten Stellen bzw. Organe verfasst und es soll diese Resolution möglichst von allen Städten oder Gemeinden beschlossen werden. Ich habe deshalb im eigenen Hause veranlasst, dass für unsere Zwecke diese Vorlage des Städtebundes entsprechend adaptiert wird, um eben als Initiativantrag aller Fraktionen im Gemeinderat eingebracht werden zu können.

Der Initiativantrag (Anlage 9) wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

4.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2010;
Feststellung
FD-Fin-100-2009

Bgm. Dr. Koits: Wenn wir jetzt zum Punkt betreffend Feststellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2010 kommen, möchte ich gleich vorweg einmal die Gelegenheit wahrnehmen, um dem Herrn Finanzreferenten und seinen Mitarbeitern dafür zu danken, dass sie sich wirklich engagiert bemühten, ein Budget zusammenzubringen, das, wenn ich es so sagen darf, den Gegebenheiten Rechnung trägt. Wir haben zwar schon "schönere" Budgets gesehen, aber die Tatsachen sind nun einmal nicht ganz so erfreulich.

Vzbgm. Wimmer: Was die organisatorische Seite betrifft, darf ich vorschlagen, dass wir über die Tagesordnungspunkte 4. bis 6. in einem diskutieren, weil ja jeder dieser Punkte in sich den jeweils anderen Punkt bedingt. Am Schluss sollte dann natürlich getrennt abgestimmt werden.

Wenn man mit einem ausgeglichenen Budget zur Budgetsitzung kommt, könnte man meinen, dass es sich um einen Tag der Freude handle, und zwar nicht nur für den Finanzreferenten, sondern für alle Mitglieder des Gemeinderates und insgesamt für die Stadt Wels. In diesem Jahr habe ich es allerdings nicht so sehr mit dieser Freude, weil dieses Budget, das ich ihnen heute vorstelle und für das ich sie um ihre Zustimmung erseuche, zwar ein ausgeglichenes ist, allerdings ein solches, das auf dem kleinsten ge-

meinsamen Nenner von vier Fraktionen erarbeitet wurde und das insgesamt sicher viele Wünsche erfüllt, aber andererseits ist es angesichts der herrschenden Wirtschafts- und Finanzkrise sicher kein Budget, wie ich mir dies als Finanzreferent von einem Sparbudget vorstelle. Wenn wir nämlich in die Zukunft blicken – damit meine ich die Jahre 2011, 2012 und allenfalls noch 2013 und ich werde später noch näher darauf eingehen – werden wir erkennen, dass dramatische Maßnahmen sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig notwendig sind.

Trotzdem meine ich, dass wir für das laufende Jahr ein gutes Budget haben. Um es in dieser Form erstellen zu können, war relativ viel Gesprächsbedarf vorhanden. Nachdem sich aber die Zusammensetzung des Gemeinderates in dieser Weise gegenüber der Vorperiode änderte, ist es eigentlich klar, dass mehr wie früher miteinander zu reden war. Man kann allerdings sagen, dass es von meiner Seite aus als Finanzreferent konstruktive Gespräche mit den anderen Mitgliedern des Stadtsenates gab und auch sonst gab es mit den Fraktionen ziemlich konstruktive Gespräche. Und ich danke an dieser Stelle für die bereits erhaltenen Signale in Richtung Zustimmung zu diesem Budget bzw. zu dessen Inhalt.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise außerordentlich stark negativ verändert. Diese Situation hinterlässt natürlich deutliche Spuren auch in unserem Haushalt, insbesondere im Bereich der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2011 und 2012.

In der Vergangenheit – von 2002 bis hin zum Rechnungsabschluss für das Jahr 2008 – ist es uns gelungen, sämtliche Investitionsausgaben durch Überschüsse im ordentlichen Haushalt oder durch Rücklagenentnahmen zu decken. Ab diesem Jahr ist dies aber nicht mehr möglich. Ich habe es schon in meiner Budgeterklärung Ende 2007 für die Jahre 2008 und 2009 angedeutet, dass es wieder Darlehensaufnahmen geben könnte und letztlich hat der Gemeinderat per einstimmigem Beschluss dieses Doppelbudget und auch die vorgelegten Bedeckungsvorschläge zur Kenntnis genommen.

Die negativen Entwicklungen werden bei uns insbesondere in Hinblick auf die weit zurückliegenden Zahlen bei den Bundesertragsanteilen spürbar, nämlich in außerordentlicher Weise. Wurden laut Rechnungsabschluss für das Jahr 2008 noch € 63,6 Mio. an Bundesertragsanteilen vereinnahmt, so liegen wir für das Jahr 2010 bei den erwarteten Einnahmen aus Bundesertragsanteilen nur mehr bei € 57,5 Mio., was eben innerhalb von nur zwei Jahren ein Minus von ca. € 6 Mio. bedeutet. Sieht man sich nun die mittelfristige Finanzplanung an, so müssten wir 2010 eigentlich um 10 Mio. Euro mehr einnehmen als es höchstwahrscheinlich der Fall sein wird. Auch nach den Prognosen des Bundesministeriums für Finanzen, die Mitte 2008 angestellt wurden, müssten wir heuer um € 9,7 Mio. mehr an Bundesertragsanteilen in die Kasse bekommen als das nun voraussichtlich der Fall sein wird. Hätten sich diese Prognosen als richtig herausgestellt, könnten wir für 2010 einen Ausgleich ohne Inanspruchnahme von Rücklagen finden. Aufgrund der anderweitigen Entwicklung ist das leider nicht mehr zutreffend. Ich muss hier aber meinen zu Beginn an den Tag gelegten Pessimismus doch etwas zurücknehmen, denn in den Gesprächen auf Ebene der Stadtsenatsmitglieder und der Fraktionen ergab sich doch die Möglichkeit, von einem beantragten Abgang in Höhe von € 20 Mio. für das Jahr 2010 - unter beantragtem Abgang sehe ich die seitens der Abteilungen geäußerten und dann in einem Betrag zusammengefassten Wünsche, die ja auch als Wünsche der Mitglieder des Stadtsenates und der Fraktionen zu sehen sind – auf einen tatsächlich veranschlagten Abgang in Höhe von € 13 Mio. herunterzu-

kommen. Und diese 13 Millionen können wir unter Inanspruchnahme von Rücklagen ausgleichen. Somit kann es als erfreuliche Seite dieses Budgets gesehen werden, dass wir als Stadt Wels nicht zu diesen drei Vierteln der Gemeinden Oberösterreichs gehören, die bereits heuer oder in den nächsten zwei bis drei Jahren den etwas fragwürdigen Titel "Abgangsgemeinde" errungen haben oder erringen werden. Mittlerweile gibt es auch Städte, die sich in dieser misslichen Situation befinden. Ich erinnere nur daran - das war in den Medien nachlesbar – dass die Stadt Steyr für 2010 ein Budget mit einem Abgang im Ausmaß von € 12 Mio. beschließen musste. Was das im laufenden Budgetvollzug bedeutet, kann sich, glaube ich, jeder ausrechnen. Bei uns ist das glücklicherweise noch nicht der Fall.

Wenn dann in weiterer Folge der Herr Finanzdirektor noch einige Zahlen präsentieren wird, können sie erkennen, dass wir zwei dramatische Parameterentwicklungen bei den Finanzen zu registrieren haben. Zum einen handelt es sich um den von mir schon angesprochenen Rückgang bei gewissen Einnahmen, speziell bei den Bundesertragsanteilen – ich darf hier auch die Kommunalsteuer erwähnen, welche in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist und bei der wir erfreulicherweise aufgrund der doch sehr guten Wirtschaftsstruktur in unserer Stadt keine Rückgänge zu verzeichnen haben, das heißt, diese bleibt auf hohem Niveau, nämlich bei € 28 Mio. stabil und hebt uns unter den vielen österreichischen Städten bzw. Gemeinden hervor – und zum anderen Teil haben wir es um teilweise sogar stark ansteigende Ausgaben bei den Transferzahlungen an das Land Oberösterreich zu tun. Da gibt es beispielsweise den Krankenanstaltenbeitrag mit starker Steigerung und die Einführung des Gratiskindergartens, der bei uns eine Erhöhung des Abgangs verursachen wird, die ich als Finanzreferent heute noch gar nicht so genau beziffern kann.

Der Krankenanstaltenbeitrag ist wirklich als sehr interessant zu bezeichnen. Ich darf diesbezüglich einen kleinen Exkurs machen, weil ja sehr oft zu hören ist, in welcher glücklicher Lage sich doch die Stadt Wels befinde, weil sie kein eigenes Krankenhaus betreiben müsse, denn das machen bekanntlich die Ordensschwestern in der Grieskirchner Straße. Nun, es stimmt schon, dass wir das Krankenhaus nicht selbst betreiben müssen, aber es wäre ein Fehler, würde man annehmen, dass wir als Stadt nichts dazuzahlen. Dieser Umstand wurde zwar in der Vergangenheit oft ziemlich vernachlässigt, aber der dramatische Anstieg dieses Beitrages veranlasst mich heute doch, extra darauf hinzuweisen. Wir zahlen heute als Stadt Wels in den OÖ Krankenanstaltenfonds bereits über € 13 Mio. ein. Dieser Bereich bereitet mir tatsächlich große Sorge, weil er mit einer Dynamik verbunden ist, wie sie nicht absehbar ist. Allein für das Jahr 2010 bedeutet dies eine Steigerung von 8,5 % und die Prognosen für die nächsten Jahre gehen in diese Richtung weiter.

Ich erwähne weiters im Sozialbereich einen Begriff, für den ich von meiner lieben Kollegin Silvia Huber schon gerügt wurde. Ich habe nämlich dafür den Begriff "schwer erziehbare Kinder" in den Mund genommen, weil mir dafür nichts anderes eingefallen ist. Es ist aber tatsächlich klar, dass es sich oft um schwierige Familiensituationen handelt, bei welchen die Gemeinschaft eingreifen muss. Damit verbunden ist es immer wieder notwendig, Kinder in Heime einzuweisen bzw. müssen wir zusätzliche Unterstützungen geben. Und man stelle sich einmal vor, dass wir im Jahr schon fast € 6 Mio. nur für diesen einen Bereich zahlen, wobei dort die Steigerungsraten ähnlich hoch sind wie beim Krankenanstaltenbeitrag.

Ich könnte die Liste an Beispielen dafür, wo wir weit überproportionale Steigerungsraten vorfinden, beliebig fortsetzen. Sie sind aber ohnehin alle im Besitz der Budgetunterlagen und wer die Müße findet, sich die Unterlagen im Detail anzusehen, hat dort eine reichlich große Fundgrube für ähnliche Beispiele.

Die Entwicklung einzelner Positionen ist dann auch in der mittelfristigen Finanzplanung sehr deutlich erkennbar.

Es lassen aber auch die im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung bis zum Jahr 2013, Beschluss vom 26. Jänner 2010, enthaltenen Prognosen für die Zukunft – mit Zukunft meine ich immer den Zeitraum bis zum Jahr 2013 – keine sehr wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwarten. Die Bundesregierung schätzt, dass sich das BIP vom Jahr 2009 mit minus 3,4 % bis zum Jahr 2013 auf plus 2 % entwickelt und die Arbeitslosenrate soll sich von 5 % im Jahr 2009 auf 5,7 % Im Jahr 2013 sogar verstärken. Wir haben es also mit einer Entwicklung zu tun, die nichts Gutes erwarten lässt.

Natürlich kommt der Bundesregierung die Aufgabe zu, die Stabilität des Bundeshaushaltes im Auge zu behalten - das ist schon klar – sie hat aber meines Erachtens zusätzlich die Aufgabe, auf die Finanzkraft der österreichischen Städte bzw. Gemeinden zu achten, denn in den Städten und Gemeinden passieren die wesentlichsten Investitionen und die wesentlichsten Dienstleistungen an den Bürgerinnen und Bürgern. Ich glaube, dass die Städte und Gemeinden über ihre Vertretungen, also über den Städte- und Gemeindebund wesentlich mehr Druck erzeugen müssen. Deshalb bin ich auch sehr dankbar für den einstimmigen Beschluss einer Resolution unter dem vorausgegangenen Tagesordnungspunkt. Wir müssen uns vehement dagegen wehren, dass im Zuge der wieder stark diskutierten Verwaltungsreform neuerlich etliche Aufgaben des Bundes auf die Gemeinden übertragen werden, ohne dass dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich geleistet wird. Die Beispiele dafür sind ja legendär und reichen vom Passwesen bis hin zum Aufenthaltswesen. Die Finanzmittel, die uns sozusagen als Ausgleich zur Verfügung gestellt wurden, sind bei weitem nicht ausreichend, sofern es überhaupt für diese Übertragung von Aufgaben einen finanziellen Ausgleich gegeben hat.

Bund und Land sind also gefordert, in ihrer Verantwortung auch den Städten und Gemeinden gegenüber rasch Maßnahmen zu setzen, die zu einer deutlichen Verbesserung mit Nachhaltigkeit der Haushalte der Städte und Gemeinden führen. Es besteht nämlich die Gefahr – ich habe hier wirklich große Sorge – dass die Städte und Gemeinden ihre Funktion als Motor der regionalen Wirtschaft verlieren werden. Wir sind in Wels im Jahr 2010 noch in der glücklichen Lage, keinen Investitionsstopp verfügen zu müssen, weil wir eine sehr günstige Ausgangsposition haben. De facto ist nämlich die Stadt Wels bis zur heutigen Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte 4. bis 6. schuldenfrei, und zwar mit Ausnahme einiger alter Wohnbaudarlehen, wie ich immer dazusage, und so können wir eben, was die Investitionsseite betrifft, mit sehr ruhigem Gewissen in eine gute Zukunft blicken. Wenn aber der ordentliche Haushalt ins Wanken gerät – das wird er dann tun, wenn nicht entsprechende Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene gesetzt werden – und somit die Rahmenbedingungen für stabile Haushalte der Kommunen nicht gegeben sind, dann bedeutet das, dass wir im eigenen Bereich Überlegungen anstellen müssen. Mein Optimismus in der Richtung, dass hier seitens der Bundesregierung und damit seitens der Mehrheit im Nationalrat in absehbarer Zeit wirklich etwas Fundamentales passiert, der hält sich sehr in Grenzen. Sie haben ja

sicher schon medial mitverfolgt, dass man die Beschlussfassung des Budgets für das kommende Jahr sehr hinauszuzögern beabsichtigt. Das bedeutet aber für den Fall, dass Maßnahmen im Interesse der Gemeinden getroffen würden, beispielsweise in der Form, dass ein Finanzausgleich bessere Bedingungen für die Städte und Gemeinden bringt, dass auch diese Maßnahmen erst später in Kraft treten.

Wie ich jedoch schon sagte, bin ich sowieso nicht besonders optimistisch in der Richtung, dass hier Besonderes zu Gunsten der Städte und Gemeinden passieren würde. Warum? Es stellt ja ein Problem der Politik insgesamt dar, dass wir alle – von der Bundesebene bis hin zur Gemeindeebene - uns davor scheuen, wobei ich mich zum Teil selbst nicht ausnehme, den Menschen dort und da die Wahrheit zu sagen. Und die Wahrheit ist eben jene, dass die Zeche aus der Finanz- und Wirtschaftskrise – man könnte auch von einer Bankenkrise sprechen – wir alle zu bezahlen haben werden. Da wird es nicht eine Bevölkerungsgruppe allein geben, die diese Mittel aufbringt, nicht eine Firmengruppe, beispielsweise die Banken im Wege der vieldiskutierten Bankensteuer – diese stellt zwar eine nette Idee dar, ist aber in Hinblick auf die Problemlage dieser Republik bezüglich Finanzen nur als Tropfen auf dem heißen Stein zu sehen – sondern es wird vielmehr fundamentaler Maßnahmen seitens des Bundes auf der Einnahmenseite bedürfen. Nur wenn diese Maßnahmen getroffen werden, ist auch wieder eine Stabilität der Länder und damit der Gemeindehaushalte zu erwarten. Mein Eindruck ist aber jener, dass man Angst davor hat, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Es wäre jedoch höchst an der Zeit, dies zu tun, denn je länger damit zugewartet wird, desto schwieriger wird die Situation.

Ich als Finanzreferent möchte nicht gegen Ende des heurigen Jahres hier bei einer Budgetdebatte für das kommende Jahr stehen und sagen müssen, dass eine Einschränkung von Dienstleistungen, die wir gegenüber der Bevölkerung erbringen, notwendig ist oder dass ein Rückgang im Investitionsbereich ansteht, womit ja die örtliche Wirtschaft geschwächt würde und womit es weniger Steuereinnahmen gäbe, das heißt, dieser Kreislauf würde in außerordentlich negative Bereiche münden.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir nunmehr doch wieder Darlehen aufnehmen müssen. In Summe geht es um rund 46 Mio. Euro. Dabei dreht es sich um das Investitionspaket der Jahre 2008 bis 2010. Wir haben ja sozusagen in den Jahren 2008 und 2009 noch eine Zwischenfinanzierung vorgenommen, und zwar mit Hilfe von Überschüssen oder Rücklagen, heute ist aber eine Umwandlung in eine Darlehensaufnahme notwendig. Auf diese Weise werden wir wieder freie Rücklagen bekommen, die wir zum Ausgleich des ordentlichen Haushalts im Jahr 2010 einsetzen können.

Bevor ich dann noch einen kleinen Ausblick auf die Zukunft mache, darf ich den Herrn Finanzdirektor, der eine Präsentation vorbereitet hat, um seine Ausführungen ersuchen, wobei viele von ihnen diese Präsentation bereits aus dem Finanzausschuss kennen. Ich glaube aber, dass es gut und wichtig ist, heute nochmals gewisse Statistiken etc. hier darzulegen.

FinDir. Dr. Barth: Bevor ich ihnen noch speziell einige Zahlen bzw. Statistiken präsentiere, darf ich darauf zu sprechen kommen, unter welchen Prämissen wir diesen Vorschlag erstellt haben.

Bei den Bundesertragsanteilen haben wir uns an den Prognosen des Bundes sowie am Erlass des Landes orientiert. Das Ergebnis sieht so aus, dass wir im Vergleich des

Rechnungsabschlusses für das Jahr 2009 zum Voranschlag für das Jahr 2009 ein Minus von 2,3 Mio. Euro haben. Hätten wir kein Doppelbudget gehabt, sondern hätten wir auf der Basis der Zahlen am Ende des Jahres 2008 eine Voranschlagserstellung für das Jahr 2009 durchgeführt, so wäre dieses Minus noch deutlicher ausgefallen, nämlich mit minus 3,8 Mio. Euro.

In den Planjahren 2010, 2011 und 2012 haben wir folgende Entwicklung. Im Jahr 2010 haben wir gegenüber 2009 minus 4,52 Millionen bei den Bundesertragsanteilen vorgeesehen. 2011 wird mit einer Steigerung von 2,6 % gerechnet und 2012 dürfte es gegenüber 2011 eine Steigerung von 4,3 % geben.

Bei den eigenen Steuern und Abgaben sieht es so aus, dass die Kommunalsteuer gegenüber dem Jahr 2008 in etwa stabil bleiben wird. Sie dürfte 2010 rund € 28 Mio. ausmachen. Hier ist auch noch anzumerken, dass bei der Abfallgebühr keine Indexanpassung erfolgen wird, wobei gegenüber der letzten Gebührenerhöhung eine Indexanpassung im Ausmaß von 3,92 % angebracht erschiene.

Bei den Einnahmen aus Leistungen und bei den sonstigen Einnahmen ist es so, dass die indexgebundenen Tarifordnungen relativ unbedeutend sind. Nachdem der Gratiskindergarten eingeführt wurde, ergibt sich diese Situation bzw. würde sich die Indexsteigerung von Oktober 2008 auf Oktober 2009 mit 0,24 % nur in einem sehr geringen Maße ergeben.

In Hinblick auf das Personal sieht es so aus, dass wir aufgrund des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2009 um € 2,34 Mio. über dem veranschlagten Betrag liegen werden. Das ist auf einen höheren Gehaltsabschluss bereits für das Jahr 2008 zurückzuführen, womit für 2009 vorweg eine höhere Basis gegeben war. Dann gab es Mehraufwendungen etwa in Zusammenhang mit der Einführung der Ordnungswache, mit dem Zusatzpersonal im Zuge der Einführung des Gratiskindergartens, mit mehr Personal in den Pensionistenheimen etc. Im Budget 2010 steigt der Personalaufwand gegenüber dem vorläufigen Rechnungsabschluss für das Jahr 2009 um 6 Prozent.

Der Dienstpostenplan sieht so aus, dass sich von 2009 auf 2010 umgerechnet auf Vollbeschäftigte eine Steigerung von 100 Personen ergibt. Diese ist sehr wesentlich auf den Kindergartenbereich zurückzuführen, auf die Pensionistenheime in Zusammenhang mit dem sogenannten Pflegeschlüssel, auf die Ordnungswache usw.

In den Planjahren 2011 und 2012 haben wir im Personalbereich generell Steigerungen von 3 bzw. 3,5 Prozent angesetzt.

Was die Transferzahlungen betrifft, haben wir 2010 eine generelle Steigerung von 6 %, wobei der wesentlichste Brocken im Krankenanstaltenbeitrag zu sehen ist, nämlich mit 5,8 Prozent. Das Chancengleichheitsgesetz, die Sozialhilfe und die Integration wirken sich mit einer Steigerung von 0,9 % aus, das Pflegegeld mit 11,7 Prozent. Für die Planjahre 2011 und 2012 wird aufgrund des Erlasses mit einer Steigerung beim Krankenanstaltenbeitrag im Ausmaß von 8,7 bzw. 8,4 % zu rechnen sein. Bei den sozialen Umlagen ist insgesamt mit Steigerungen von 3,82 % bzw. 3,59 % zu rechnen.

Im Verwaltungs- und Sachaufwand gab es das Ziel, eine möglichst knappe Budgetierung zu erreichen. Wir haben Steigerungen von einzelnen Ansätzen nur unter Angabe entsprechender Begründungen zugelassen. Diese Steigerungen liegen speziell

bei der Erziehungshilfe, bei den Altenheimen, bei den Schulerhaltungs- und Gastschulbeiträgen.

Hinsichtlich der Subventionen gibt es im Ermessensbereich einzelne neue Positionen. Im Wesentlichen verbleiben sie allerdings auf dem VA-Niveau 2009.

Berücksichtigt haben wir natürlich den Schuldendienst in den Planjahren bis 2012.

Ich komme jetzt zu einzelnen Kennzahlen. Dabei sieht es auf der Einnahmenseite so aus, dass im Vergleich zu den letzten Jahren eine rückläufige Tendenz gegeben ist. Sehr wesentlich bedingt ist dieser Rücklauf durch das Absinken der Einnahmen aus Bundesertragsanteilen. Sie sinken von € 63,6 auf 57,5 Millionen. Die eigenen Steuern und Abgaben bleiben in etwa gleich hoch. Die wesentlichen Einnahmen aus Leistungen und Sonstigem weisen zwar im Vergleich der Voranschläge von 2008 und 2010 einen Rückgang auf, man muss aber dazu festhalten, dass eine gewisse Verschiebung zu den Transfers öffentlichen Rechts stattfindet bzw. bekommen wir einen erhöhten Personalkostenersatz wegen des Gratiskindergartens.

Auf der Ausgabenseite sieht es leider gegenteilig aus, das heißt, wir haben keinen Rückgang, vielmehr eine Steigerung. Wesentlich sind hier der Personalaufwand, die Pensionen für die Beamten. Der Sachaufwand steigt vom VA 2009 auf den VA 2010 um 3 Mio. Euro auf 45,9 Millionen. Davon sind allein durch Steigerungen bei vier Positionen insgesamt 2 Mio. Euro erklärbar. Die Kosten der Erziehungshilfe für Jugendliche steigen um € 0,9 Mio., die laufenden Barleistungen im sozialen Bereich und die Schulerhaltungs- und Gastschulbeiträge schlagen sich ebenfalls zu Buche, sodass eben allein aus diesen genannten Positionen ein Mehraufwand von € 2 Mio. gegeben ist. Bei den Subventionen haben wir eine Steigerung der Aufwendungen von 6,7 auf 7,9 Mio. Euro und beim Schuldendienst gibt es vom Rechnungsabschluss 2008 auf den Voranschlag 2010 eine Steigerung von 0,7 Mio. Euro auf 0,8 Mio. Euro.

Vzbgm. Wimmer: Ich möchte an dieser Stelle kurz etwas einflechten, damit nicht womöglich der falsche Eindruck entsteht, dass wir bei den Subventionen ausufern würden. Hier handelt es sich also um die Gesamtsumme der Pflicht- und der Ermessenssubventionen, wobei die Steigerung ausschließlich im Bereich der Pflichtsubventionen liegt; es geht hier beispielsweise um die Verträge mit den privaten Kindergärten, die dazugekommen sind.

FinDir. Dr. Barth: Sie sehen hier die Entwicklung bei den Ertragsanteilen. Ausgehend vom Rechnungsabschluss 2008 sieht die Entwicklung bis zum Jahr 2013 aufgrund der jüngsten Prognosen derart aus, dass wir uns jetzt sozusagen an der Talsohle befinden und im Jahr 2013 werden wir in etwa doch wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht haben.

Würde man nun die Entwicklung bis zum Juni 2008 hochrechnen, also ohne den Rückschlag aufgrund der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise, so bedeutete dies, dass wir bereits im Jahr 2009 um 5,1 Mio. Euro mehr gehabt hätten, im Jahr 2010 um 9,7 Millionen, 2012 um 12,1 Mio. Euro mehr. Da gäbe es also deutliche Steigerungen.

Macht man den gleichen Vergleich im Bereich der Kommunalsteuer – wir werden ja 2010 in etwa das Niveau des Jahres 2008 mit € 28 Mio. erreichen, wobei in den letzten Jahren Steigerungsraten von 5,5 %, 5,3 % und 7,3 % zu verzeichnen waren – und

würde man annehmen, dass es ohne diese Krise mit durchschnittlich 5 % weitergegangen wäre, dann hätten wir etwa 2,9 Mio. Euro mehr im VA 2010. Zählt man also nur die möglichen Steigerungsraten bei den Ertragsanteilen und bei der Kommunalsteuer zusammen, so hätten wir ohne diese Krisenerscheinungen fast jenen Fehlbetrag herinnen, den wir im Voranschlag 2010 durch Rücklagenentnahmen bedecken müssen.

Bei den Transferzahlungen an das Land haben wir von Jahr zu Jahr deutliche Steigerungen zu registrieren. Die Landesumlage machte laut Rechnungsabschluss für 2008 immerhin € 19 Mio. aus und laut Voranschlag für 2010 ist mit einer Steigerung auf € 22,4 Mio. zu rechnen. Der wesentlichste Teil besteht im Krankenanstaltenbeitrag mit 13,7 Mio. Euro. Der Bereich des Behinderten- und des Chancengleichheitsgesetzes, der Integration und der Schulen sowie der Sozialhilfe ist aufgrund des Chancengleichheitsgesetzes zusammenzufassen. Von 2008 auf 2009 gab es eine Steigerungsrate von 20 Prozent und von 2009 auf 2010 nur eine kleine Steigerungsrate, weil es eben in den Jahren zuvor bereits gravierende Erhöhungen gab.

Im Personalbereich hatten wir laut Rechnungsabschluss 2008 einen Aufwand von 55,5 Mio. Euro und im Jahr 2010 wird der Aufwand € 63,06 Mio. betragen. Und laut vorläufigem Rechnungsabschluss vor 2009 gibt es auf das Jahr 2010 eine Steigerungsrate in Höhe von 6 Prozent. Aufgrund der niedrigeren Einnahmen erhöht sich dadurch die sogenannte Personalaufwandsquote, mit der Bezug auf die laufenden Einnahmen genommen wird. Diese Quote beläuft sich 2010 auf 38,2 Prozent, wobei wir in den vergangenen Jahren immer um die 33 Prozent lagen.

Die jetzige Grafik zeigt sehr deutlich, woher die drei wesentlichen Faktoren für das Defizit im VA 2010 kommen. Wir haben hier die sinkenden Bundesertragsanteile, dann die jedes Jahr deutlich steigenden Transfers an das Land und den Personalaufwand. Wenn man miteinander vergleicht, was uns aus dem, was wir vom Bund erhielten und dem, was wir an das Land abführen mussten, blieb, so blieb uns in früheren Jahren doch immer ein steigender Saldo übrig, in den letzten zwei Jahren hat sich dies aber umgekehrt. Innerhalb von zwei Jahren reduziert sich dieser Saldo um € 8,7 Mio., während andererseits in diesen zwei Jahren der Personalaufwand um € 7,6 Mio. steigt.

Eine wesentliche Kennzahl ist im Saldo aus der laufenden Gebarung gegeben. Sieht man sich die Sache an, so hatten wir im laufenden Betrieb in den letzten Jahren immer einen positiven Saldo, das heißt, es blieb uns für Investitionen etwas übrig und für den Schuldendienst. Jetzt zeigt sich hier in der Planung für die Jahre 2010 bis 2012, dass es eine deutliche Lücke geben wird. Im laufenden Betrieb werden wir im Jahr 2010 ein Defizit im Ausmaß von rund € 13 Mio. haben. In den nächsten Planjahren steigert sich dieses Defizit noch.

Nimmt man nun die Eckdaten her, so haben wir 2010 einen Gesamthaushalt von € 217 Mio. Der Haushaltsausgleich, der 2010 im Ausmaß von S 13,6 Mio. erforderlich ist, wird durch Rücklagenentnahmen im ordentlichen Haushalt im Ausmaß von € 2,1 Mio., durch veranlagte Mittel im Ausmaß von € 4,7 Mio. und durch die Aufnahme von Darlehen im Betrag von € 6,8 Mio. anstelle einer bisher durch Rücklagen getätigten Zwischenfinanzierung gefunden.

In Hinblick auf Investitionen sieht es in der mittelfristigen Planung wie folgt aus. In den Jahren 2010 und 2011 wird das Programm kino inklusive Sanierungsmaßnahmen beim Medien Kultur Haus mit einem Betrag von 1,5 Mio. Euro verwirklicht, im Kindergarten-

bereich tut sich mit 1,1 Mio. Euro einiges bei eigenen Neubauten, und bei Investitionszuschüssen für private Kindergärten stehen 1,7 Mio. bereit. Im Schulbereich inklusive Einrichtungen haben wir 2010 rund 800.000 Euro, für Investitionen im Sozialbereich gibt es jährlich rund eine halbe Million, für den Instandhaltungsbereich des Gebäudemanagements im Jahr 2010 € 900.000,-- für den Verkehrsbereich 400.000 Euro im Jahr 2010, für den Straßen- und Brückenbau 890.000 Euro, für das Projekt "Neugestaltung der Innenstadt" 400.000 Euro, für Betriebsansiedlungen je 350.000 Euro, für die öffentliche Beleuchtung 590.000 bzw. 550.000 Euro, für den Fuhrpark knapp 800.000 Euro im Jahr 2010, für das Science-Center im Jahr 2010 € 5 Mio., als letzte Rate für die neue Messehalle 1,8 Mio. Euro und für sonstige Investitionen werden 1,3 Mio. Euro im Jahr 2010 bereitstehen. Insgesamt wird es also im Jahr 2010 etwa 18 Mio. Euro für Investitionen geben, im Jahr 2011 etwa 13 Mio. und im Jahr 2012 knapp 11 Millionen.

An Investitionen durch ausgelagerte Gesellschaften, für die letztlich die Stadt aufkommen muss, finden wir 2010 für den Herminenhof einen Betrag in Höhe von 1,5 Mio. Euro vor und die Sanierung der Volksschule Lichtenegg und die Turnhallen schlagen sich mit 6,9 Mio. Euro zu Buche, sodass im Rahmen der Immo KG 8,4 Mio. zu finanzieren sind. Hier ist auch noch die WBA mit dem Sportzentrum Wimpassing angeführt, das jedoch in der Zwischenzeit nicht mehr aktuell ist. Hiefür wären im Planungszeitraum insgesamt € 13,7 Mio. geplant gewesen.

Weiters soll im Wege der Heimstättengenossenschaft ein Kindergarten gebaut werden. Das kostet in den Jahren 2011 und 2012 € 3 Mio. Euro.

Somit haben wir ein Gesamtausgabenvolumen im Bereich der Investitionen, wofür die Stadt aufkommen muss, von 21 Mio. Euro im Jahr 2010, von 3 Mio. Euro im Jahr 2011 und von 22 Mio. Euro im Jahr 2012, also von nicht ganz 67 Mio. Euro. Und auch wenn man jetzt das Sportzentrum Wimpassing abzieht, bleiben immer noch 54 Mio. Euro übrig, die im Bereich der Investitionen eingesetzt werden.

Die Finanzierung von 2010 bis 2012 im Rahmen der städtischen Investitionen sieht so aus, dass wir € 17,8 Mio. an Bedarfszuweisungsmitteln und Landeszuschüssen erwarten und bei den Darlehensaufnahmen werden 6,8 Mio., 9,7 Mio. und 7,2 Mio. Euro notwendig sein.

Der Schuldendienst entwickelt sich aufgrund dieser Planung von 2009 mit 0,3 Mio. Euro auf 0,8 Mio. im VA für 2010 und steigend bis auf 4,1 Mio. Euro.

Betrachtet man konsolidiert auch die schuldendienstähnlichen Verpflichtungen der Stadt – da sind die Leasingraten dabei, die Mieten, die Gesellschafterzuschüsse für die Immo KG – dann steigt das Ganze von 2009 in Höhe von 2,2 Mio. Euro und 3,1 Mio. Euro im Jahr 2010 auf letztlich 8,2 Mio. Euro im Jahr 2012, wobei dann im Wege der WBA eine Reduzierung möglich wird.

Der Schuldenstand wird vom niedrigsten Stand im Jahr 2008 in Höhe von 10,3 Mio. Euro auf 55,1 Mio. Euro im Planungszeitraum anwachsen.

Aufgrund der beabsichtigten Investitionen steigt natürlich die Pro-Kopf-Verschuldung um einiges an. Laut Rechnungsabschluss 2008 hatten wir eine Pro-Kopf-Verschuldung im Ausmaß von 176 Euro und in der Planperiode werden wir einen Stand von 942 Euro erreichen. Konsolidiert betrachtet ergibt sich eine Steigerung von etwa 500 Euro auf ca.

2.100 Euro, wobei sich aufgrund des Wegfalls des Sportzentrums auch hier eine Reduzierung ergeben wird.

Beim Maastricht-Ergebnis sollten wir in der Finanzausgleichsperiode ein Null-Ergebnis erreichen. In der früheren Phase ist es uns gut gelungen, einen positiven Beitrag zu leisten, aber derzeit sieht es so aus, dass wir stark negative Maastricht-Ergebnisse zu vermelden haben.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Herr Finanzdirektor! Ich darf nun noch ein paar Ausblicke auf die Zukunft aus meiner Sicht bringen.

Ich habe schon zuvor darauf hingewiesen, dass ich es für sehr positiv erachtete, dass heute im Gemeinderat ein einstimmiger Beschluss in Hinblick auf diese Resolution an die Bundesregierung, welche vom Städtebund ausgearbeitet wurde, gefasst werden konnte. Ich meine grundsätzlich, dass wir, wo immer dies möglich erscheint, unseren Einfluss geltend machen sollten. Natürlich ist der Städtebund ein Organ, das die Interessen der Städte vertritt, nur ist es auf der anderen Seite so, dass in der Runde, in welcher der Finanzausgleich verhandelt wird, der Städtebund nur einen Sitz bzw. nur eine Stimme hat, was wiederum bedeutet, dass die Macht bei den Landesfinanzreferenten, beim Bundesfinanzminister und bei den Sozialpartnern liegt. Ich ersuche sie deshalb alle, wo immer sie eine Möglichkeit haben, etwa auf Landesebene, darauf einzuwirken, dass bei den Verhandlungen, die zweifellos kommen werden und bezüglich deren Ergebnis ich persönlich nicht sehr optimistisch bin, doch ein möglichst gutes Resultat für die Städte erreicht wird. Also, wie ich schon sagte, dürfen wir nichts unversucht lassen und somit ersuche sie alle, im Rahmen ihrer fraktionellen oder ihrer persönlichen Möglichkeiten einen entsprechenden Einfluss auf die Finanzausgleichspartner zu nehmen. Ich ersuche sie das nicht für mich als Finanzreferent, sondern im Interesse der Stadt Wels. Es erscheint unbedingt notwendig, dass vom Bund her im Wege neuer Verhandlungen ein nachträglicher Beitrag zur Stabilität geleistet wird.

An dieser Stelle möchte ich aber auch wiederholen, was ich schon bei den Gesprächen mit den Stadtsenatsmitgliedern und mit den Fraktionen sagte. Ich ersuche sie wirklich sehr um ihre Unterstützung bei der Planung der Budgets für die nächsten zwei Jahre. Ich ersuche sie deshalb so nachdrücklich um ihre Unterstützung, weil die Situation wirklich ernst ist. Mir ist schon bewusst, dass ich das in der Vergangenheit auch schon des öfteren sagte, wobei ich mir aber insofern etwas leichter tat, weil wir immer noch Rücklagen sozusagen in der Hinterhand hatten, aber nach dem heutigen Beschluss können wir im nächsten Jahr nicht mehr auf diese Rücklagen zurückgreifen, denn schließlich kann man Rücklagen nur einmal einsetzen. Das ist so wie bei einem Grundstück, das man auch nur einmal verkaufen kann.

Wenn man seitens der Fraktionen glaubt, hier zusätzlich irgendwelche Beschlüsse fassen zu müssen, die nicht durch das Budget bedeckt sind, dann bitte ich sehr darum, sich ganz genau zu überlegen, woher das Geld für diese Beschlüsse kommen soll. Normalerweise handelt es sich ja um Beschlüsse, die etwas kosten und so müsste man eben seitens der Fraktionen auch sagen, woher das Geld kommen soll bzw. wie man sich die Bedeckung vorstellt. Ist nämlich andererseits diese Bedeckung nicht vorhanden, wird es keine Möglichkeit zur Umsetzung solcher Beschlüsse geben. Niemand sollte es sich also zu leicht machen, wobei ich die eigene Fraktion mit einschließe, denn beim Geldausgeben sind alle relativ gut darauf. Bitte überlegen sie sich also im Hinterkopf bei

der Formulierung von Beschlüssen auch gleich etwas in Hinblick auf die Finanzierung. Wie ich schon sagte, war das in der Vergangenheit nicht gar so dramatisch, denn immerhin konnten wir noch auf Rücklagen zurückgreifen. Wenn der Gemeinderat irgendwelche Projekte beschließt, die dann zu finanzieren sind, ist es für einen Finanzreferenten klar, dass er in erster Linie auf Rücklagen zurückzugreifen hat, aber falls eben keine Rücklagen mehr da sind, wie das künftig sein wird, dann erscheint die Umsetzung von zusätzlichen Beschlüssen natürlich außerordentlich schwierig.

Was ich jetzt sagte, gilt für geplante Ausgaben genauso wie für eventuelle Verzichte auf der Einnahmenseite. In beiden Fällen ersuche ich sie, bei der Einbringung von Beschlussvorlagen oder Ideen gleich mitzubedenken, wie die Finanzierung solcher Projekte erfolgen könnte.

Ich meine, dass wir mit diesem Investitionsbudget, das zuerst vom Finanzdirektor in detaillierterer Form dargestellt wurde, nach wie vor auf einem sehr guten Weg sind. Wir investieren nach wie vor sehr viel und wir tragen hiermit dazu bei, dass das in unserer Stadt an sich schon sehr hohe Investitionsvolumen noch erhöht wird. Ich glaube, vor etwa einem Jahr hat der Kollege Hochhauser einmal ausgerechnet, dass im Zuge bereits genehmigter Bauvorhaben oder unmittelbar ins Haus stehender Projekte ein Investitionsvolumen von ungefähr 500 Mio. Euro in unserer Stadt in Bewegung ist. Sollte aber die Stadt als Investor ausfallen, so hätte das meiner Meinung nach doch ziemlich dramatische Auswirkungen auf die gesamte wirtschaftliche Lage in Wels und damit auf das Budget unserer Stadt. Wir werden verstärkt gemeinsame Wege suchen müssen, damit wir gerade im Investitionsbereich die regionale und die örtliche Wirtschaft ganz besonders berücksichtigen können.

Ich unterstütze in diesem Zusammenhang klar und deutlich die Forderung des Präsidenten der Oö. Wirtschaftskammer, Herrn Dr. Trauner, die auslaufende Schwellenwertgrenze von 100.000 Euro zu verlängern, um ganz gezielt die örtliche Wirtschaft noch mehr als bisher in Auftragsvergaben einbinden zu können. Ich unterstütze auch seine Forderung, nicht immer nur den Billigstbieter mit einem Auftrag zu betrauen, sondern den Bestbieter, der oft am Ende billiger kommt als derjenige, der am Anfang das billigste Angebot legte und von irgendwo herkommt, allenfalls aus dem EU-Ausland. Ich unterstütze daher nachdrücklich diesen Wunsch seitens der Oö. Wirtschaftskammer und bitte auch sie, in diesem Sinne im Rahmen ihrer Möglichkeiten tätig zu sein.

Was die Einnahmenseite betrifft – das ist zuerst ganz kurz dargestellt worden – möchte ich festhalten, dass wir ganz bewusst auf die Anpassung der städtischen Tarife oder Gebühren verzichteten. Das nicht unbedingt deshalb, weil es so lustig ist oder weil wir im Geld schwimmen und uns das so locker leisten können würden, sondern ich habe in meiner Verantwortung als Finanzreferent ganz bewusst auf diese Anpassungen verzichtet, weil ich weiß, dass die Auswirkungen unserer Wirtschafts- oder Finanzkrise, der Bankenkrise, die Bevölkerung treffen, die Menschen in unserer Stadt, aber auch die Betriebe. Die wesentlichste Anpassung hätte im Bereich unserer Abfallgebühren stattgefunden und in der Dynamik hätte sich diese nochmals negativ ausgewirkt.

Dieser Akt in Anbetracht der wirklich kritischen Situation in manchen Bereichen wird sich aber nicht fortsetzen lassen. Ich möchte hier einen langjährigen Bürgermeister aus dem Bezirk Wels-Land, der noch Immer dem Nationalrat angehört, zitieren, nämlich Herrn Jakob Auer, der vorige Woche in einem Rundschau-Interview meinte: "Irgendwo sind die Gemeinden auch selbst schuld, zumindest was die Einnahmensituation betrifft,

weil sie nicht den Mut haben, ihre Tarif- und Gebührenpolitik so im Griff zu haben, dass sie den tatsächlichen Anforderungen entspricht."

Auf Deutsch heißt das, dass die Gemeinden aus seiner Sicht dazu aufgerufen sind, die Gebührenhaushalte in Ordnung zu halten und dass nicht vor Ort aus rein populistischen oder parteipolitisch motivierten Gründen mit Dumpingpreisen auf dem Gebührensektor gearbeitet werden sollte. Die Berücksichtigung dieser Grundeinstellung ist die Voraussetzung dafür, dass ein gut geregelter ordentlicher Haushalt zustandegebracht werden kann und ich gebe hier dem Kollegen Auer absolut Recht. Einschränkend muss ich allerdings hinzufügen, dass er sich jetzt etwas leichter mit solchen Aussagen tut, weil er ja nicht mehr Bürgermeister ist, sondern "nur mehr" Nationalrat, das heißt, ihm kommt jetzt ohne Bürgermeisterfunktion noch mehr die Freiheit des Wortes zu.

Es täte uns allen gut, würden wir öfter auf den Punkt kommen, wobei ich mich persönlich doch des öfteren darum bemühe, die Wahrheit in Hinblick auf diese finanziellen Dinge auch öffentlich darzulegen. Es ist ganz einfach notwendig, den Menschen öfter die Wahrheit zu sagen, denn dass die Zeche bezahlt werden muss, das steht ja wohl außer Zweifel. Wir können nicht die Notenpresse beliebig in Gang setzen. Es muss also jemand für das Desaster, das von außen hereingetragen wurde, bezahlen.

Ich habe den Investitionsbereich angesprochen und möchte in diesem Zusammenhang, weil das wirklich ein sehr ernstes Thema ist, auf einen Erlass des Landes Oberösterreich zu sprechen kommen, einen Erlass der Gemeindeabteilung, der von beiden Gemeindereferenten unterschrieben ist, also von Ackerl und Stockinger. Darin weisen sie zunächst in einem ähnlichen Bild, wie ich es zuerst schilderte, auf die Situation des Landes Oberösterreich hin. Hätte die Prognose aus dem Jahr 2008 gestimmt – sie sehen, ich habe diesen Prognosenvergleich nicht selbst erfunden, sondern nur abgeschrieben – so hätte das Land Oberösterreich um € 254 Mio. mehr an Bundesertragsanteilen zur Verfügung, nämlich einschließlich dem Jahr 2013. Nun, dieses Finanzproblem auf Landesebene veranlasste die beiden Gemeindereferenten zu einem Schreiben an die Bezirke bzw. an die oberösterreichischen Gemeinden, woraus ich jetzt ein paar wesentliche Passagen zitieren darf.

"Wir wollen die Gemeinden als verlässliche Partner durch die Krise begleiten. Die Stabilisierung der Haushalte und das Überwasserhalten der Gemeindefinanzen ist unser oberstes Ziel."

Ich finde, das ist eine sehr dramatische Formulierung und man kann herauslesen, dass der Ernst der Lage wirklich da ist bzw. entsprechend erkannt wurde.

Was ist nun das Wesentlichste in diesem Erlass, das sich direkt auf die Gemeinden auswirkt? Es wird hier ganz klar ausgesagt, dass die Realisierung von Bauprojekten, für die noch kein genehmigter Finanzierungsplan vorliegt, frühestens wieder ab dem Jahr 2013 denkbar ist. Ich sage ihnen das deshalb so klar und deutlich, damit sie im Fall von Interventionen – diese werden sehr vielschichtig kommen, weil man sich ja um Gelder der Gemeinde sehr gerne anstellt, wobei es um Projekte im Sportbereich, im Bereich der Kultur, um Sozial- und Wohnbauprojekte und vieles andere mehr gehen wird – wissen, dass vor dem Jahr 2013 keine Chance auf Genehmigung eines Finanzierungsplanes besteht. Es wird also in nächster Zukunft keine neuen Projekte, für die es noch keine Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Oberösterreich gibt, geben und so müssen wir das zur Kenntnis nehmen. Klarerweise können wir selbst die Finanzierung

diverser Projekte übernehmen. Wenn man im Geld schwimmt, kann man auch ohne Landeshilfe die Finanzierung übernehmen, aber leider schwimmen wir ebenso nicht im Geld und brauchen so wie alle anderen die Mithilfe seitens des Landes Oberösterreich. In der Vergangenheit funktionierte das recht gut mit den sogenannten Drittelfinanzierungen bei den verschiedensten Projekten, wobei es manchmal sogar 50 Prozent vom Land gab.

Im Klartext bedeutet dies, dass die hier und heute vorgestellten Investitionsprojekte zumindest mit dem Land Oberösterreich akkordiert sind, wenngleich es noch nicht überall detaillierte Finanzierungspläne gibt. Und diese vorgestellten Projekte, für die der Baubeginn heuer oder im nächsten Jahr angesetzt ist, können tatsächlich durchgeführt werden. Ich weise aber wirklich sehr deutlich darauf hin und bitte sie, dies in ihrer politischen Tätigkeit zu berücksichtigen, dass neue Projekte, egal welcher Art und von welcher Institution, zur Zeit keine Chance haben, vom Land Oberösterreich in Hinblick auf die Inanspruchnahme von Förderungsmitteln genehmigt zu werden. Die einzige hier angeführte Ausnahme bilden Projekte, die sich aufgrund von Gefahr in Verzug als unaufschiebbare Maßnahmen herausstellen. Hier ist also das Land Oberösterreich gesprächsbereit in Bezug auf eine Co-Finanzierung. Bei allen anderen Projekten ist bis zum Jahr 2013 jedes Gespräch sinnlos.

Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, dass ich das, was hier im Erlassweg zum Ausdruck gebracht wurde, nicht kritisiere. Ich kenne nämlich die Finanzlage des Landes aus vielen Gesprächen mit dem Herrn Landesfinanzreferenten und weiß deshalb, dass sich das Land Oberösterreich so wie jede andere Gebietskörperschaft in einer ähnlich verfahrenen Situation ist, wie wir dies als Stadt Wels im nächsten Jahr sein werden. Somit ist dieser Investitionsstopp für gemeinsam zu finanzierende Projekte für mich klar verständlich bzw. nachvollziehbar.

Sollte es ab 2013 wieder möglich sein, neue Projekte in Angriff zu nehmen, muss zu diesem Zeitpunkt die Eigenfinanzierung der von den Gemeinden aufzubringenden Mittel tatsächlich möglich sein. Das heißt also, dass man bei der Einreichung solcher Projekte nicht einfach sagen können wird, dass es sich schon irgendwann wieder ausgeht, weil ein Überschuss da sein wird oder weil man einen Kredit bekommt.

Das wollte ich ihnen zur Abrundung der Situation und zur Abrundung in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Land Oberösterreich noch sagen, wobei ich festhalten möchte, dass diese Zusammenarbeit bei allen Projekten eine ausgezeichnete ist. Und ich bitte sie, in den Vereinen oder politischen Organisationen – wo immer sie tätig sein mögen – die Sachlage in diesem Sinne zu vertreten bzw. diese Sachlage nicht unerwähnt zu lassen, wenn es vielleicht um neue Vorhaben oder dergleichen geht.

Wir müssen bis zum Sommer dieses Jahres wissen – hier knüpfe ich an meinen schon geäußerten Pessimismus in Hinblick auf geeignete Lösungen an und ersuche sie alle um Mitarbeit – wohin der Weg im Jahr 2011 gehen wird. Wir müssen uns bis Ende Juni 2010 – sie wissen, um die Zeit Ende Juni geht es immer an die Budgeterstellung – klar werden, wie wir das Budget des Jahres 2011 gestalten und wo wir uns Schwerpunkte im Investitionsbereich leisten können. Bei den Investitionsmitteln sehe ich eigentlich keine zu große Problematik, aber ganz wesentlich wird sein, wie überhaupt der Ausgleich im ordentlichen Haushalt erreicht werden kann.

Es war hier in einem Chart des Finanzdirektors angeführt, dass wir entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung im ordentlichen Haushalt eines von mir geplanten Doppelbudgets für die Jahre 2011 und 2012 einen Abgang von 40 Mio. Euro haben werden. Dieser Betrag, auf zwei Jahre verteilt, muss irgendwie verkraftet werden. Ich kann heute noch nicht sagen, wie das geschehen soll bzw. könnte ich das vom Prinzip her schon sagen, tue es aber nicht, weil ich ja kein medialer Selbstmörder bin, auch kein politischer Selbstmörder. Da soll ruhig einmal ein innovativer Vorschlag von Herrn Dr. Rabl kommen, worauf ich ja schon sehr lange warte.

Aber bitte, auf den Ernst der Lage zurückkommend darf ich sagen, dass ich keinerlei Beschönigung herbeireden möchte. Diese Lage ist vielmehr ernst und außerordentlich dramatisch. Aus heutiger Sicht fehlen uns 40 Mio. Euro für die Jahre 2011 und 2012 und wenn nicht auf Bundesebene etwas passiert oder nicht über Nacht ein Konjunkturaufschwung mit einem überproportionalen Wirtschaftswachstum auf uns zukommt, dann stehen wir eben vor der Lösung der Frage, wie wir einen Abgang von 40 Mio. Euro im ordentlichen Haushalt bedecken sollen. Das ist es, worüber wir nachdenken müssen. Das ist es, was mich und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzdirektion seit Wochen beschäftigt und in nächster Zeit noch intensiver beschäftigen wird.

Ich habe zuerst eine Richtung angedeutet, indem ich auf den Gebührenhaushalt hingewiesen habe. Wir müssen auch den Menschen in Wels die Wahrheit sagen. Es wird in den Jahren 2011 und 2012 ohne entsprechende Gebühren- und Tarifanpassungen nicht funktionieren. Und auf der anderen Seite haben wir die Ausgabenseite. Wir werden sehr ernsthaft Überlegungen dahingehend anstellen müssen, in welchen Dienstleistungsbereichen der Stadt bzw. des Magistrates in Zukunft – von mir aus mit zeitlicher Befristung – Einschränkungen denkbar erscheinen. Ich werde mir erlauben, meinen internen Produktkatalog den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung zu stellen. Die Erarbeitung dieses Kataloges ist als sehr mühsame Sache zu sehen, nämlich erstellt außerhalb der Kameralistik, mit der man ja einiges auch anders darstellen kann. Hier ist also genau aufgelistet, was uns netto die einzelnen oder die wichtigsten Dienstleistungen der Stadt Wels kosten. Ich erwähne jetzt keine einzige, weil sonst ist einer, von dem ich nichts erwähne, gleich wieder beleidigt, aber jedenfalls werden sie diesem Katalog entnehmen können, was uns diese oder jene Dienstleistung netto tatsächlich kostet. Das basiert auf einer einfachen Einnahmen- und Ausgabenrechnung inklusive Personalkosten, die ja nach der Kameralistik nicht so klar zuordenbar sind. Dieses Papier haben wir schon vorbereitet und wir werden auf dieser Basis Überlegungen anstellen und Schritte setzen müssen, um dieser Entwicklung, die eine sehr bedrohliche ist, gegenzusteuern.

Ich gebe die Hoffnung nicht ganz auf – vielleicht kommt doch vom Bund her noch eine entsprechende Entscheidung – aber falls vom Bund her nichts kommt, müssen wir selbst aktiv werden, weil wir sonst aufgrund dieser Krise, die wir nicht selbst verschuldet haben, unüberwindliche Probleme bekommen. Ich darf an dieser Stelle nochmals aus dem Erlass zitieren, der von beiden Gemeindereferenten unterzeichnet wurde. Hier heißt es: "Trotz dieser unerfreulichen Entwicklung, die von außen in unser Land getragen wurde" Ja, so ist es leider und wir haben die Konsequenzen zu tragen.

Ich hoffe, dass ich kein zu pessimistisches Bild gemalt habe. Ich fühlte mich allerdings dazu verpflichtet, sie über meine Sicht der Finanzlage der Stadt Wels und der künftigen Entwicklung der Finanzen in ausreichender Weise aufgrund von Fakten zu informieren.

Ich bedanke mich bei ihnen allen, insbesondere bei den einzelnen Mitgliedern des Stadtsenates und bei den Fraktionsvorsitzenden für die Gespräche, die wir miteinander führen konnten. Ich bedanke mich beim Herrn Finanzdirektor und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wirklich sehr viel geleistet haben, denn bekanntlich standen wir etwas unter Zeitdruck, verursacht wegen verschiedener Umstände. Es ist in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse trotzdem gelungen, ein herzeigbares Budget zustande zu bringen, wobei ich sie gleich vorweg einmal um Zustimmung zu allen drei Beschlussanträgen bitte.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 04.02.2010 und im Stadtsenat am 08.02.2010:

Der als Anlage 10 beigefügte Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2010 (samt Beilagen) wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl. Nr. 8/1992, i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 180,832.500,--
Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 180,832.500,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 36,063.500,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 36,063.500,--

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Herrn Finanzreferenten und muss sagen, dass ich nur unterstreichen kann, was von ihm ausgeführt wurde. Die Situation ist wirklich eine sehr, sehr ernste.

Der Bürgermeister übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

GR. Hochhauser: Vorweg darf ich namens der Sozialdemokratischen Fraktion ein Dankeschön an die Welser Steuerzahlerinnen und Steuerzahler richten, die es uns ja letztlich erst ermöglichen, ein Budget erstellen zu können, und zwar deswegen, weil sie fast immer pünktlich ihre Steuern und Abgaben an die Stadt Wels entrichten. Natürlich gilt unser Dank ebenfalls den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion unter der Leitung von Herrn Finanzdirektor Dr. Barth. Nicht zuletzt sei aber auch dem Herrn Finanzreferenten Hermann Wimmer gedankt, der in sehr ausführlicher und mitnehmender Art und Weise auf die Problematik bzw. auf die Schwierigkeiten des Zustandekommens dieses Budgets für das Jahr 2010 und der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2012 hingewiesen hat.

Gestatten sie mir, jetzt einen kurzen Rückblick zu halten, bevor ich aus sozialdemokratischer Sicht dazu komme, das heurige und die beiden nächsten Jahre zu beleuchten bzw. diese in den Fokus zu nehmen.

Blickt man zurück, so muss man festhalten, dass die Projekte, die von diesem oder eigentlich vom Vorgängergemeinderat beschlossen wurden, nicht etwa aus lauter Jux und Tollerei auf Schiene gebracht wurden, sondern es handelte sich dabei im Großen und Ganzen um Wünsche oder Anregungen aus der Welser Bevölkerung. So war Wels in den letzten Jahren meines Erachtens die einzige Stadt, die eine zusätzliche Volksschule mit 12 Klassen errichten musste, und zwar aufgrund der Tatsache, dass wir nun einmal einen sehr starken Zuzug in unsere Stadt verspüren und nach wie vor sehr viele

schulpflichtige Kinder in unserer Stadt leben. Wir haben ein weiteres Alten- und Pflegeheim in Errichtung genommen und es wird dieses innerhalb der nächsten Wochen fertiggestellt. Wir haben in den letzten sechs Jahren drei Projekte hinsichtlich "Betreubares Wohnen" fertiggestellt bzw. in Angriff genommen und haben damit im Stadtgebiet nahezu eine Flächendeckung in Hinblick auf den Bedarf erreicht. Wir konnten fast in jedem Stadtteil Dreifach-Turnhallen errichten. Ebenso haben wir neue Kindergärten errichtet bzw. befindet sich einer in Bau. Das Kulturzentrum harret sozusagen der Eröffnung, die am kommenden Wochenende stattfinden wird. Und im "alten Sparkassengebäude" haben wir mit dem "Medien Kultur Haus", welches letztlich auch als Standort für das Programmkinodienen wird, ein Projekt verwirklicht, das dem Wunsch etlicher Vereine und Kulturschaffender in unserer Stadt entsprach.

Diese Aufzählung war jetzt nur beispielhaft bzw. ließe sich diese beliebig fortsetzen, nämlich mit Projekten, die auf Wünschen seitens der Bevölkerung, der Fraktionen oder Vereine basieren.

Ich glaube aber auch, dass gerade mit diesen Investitionen die Stadt Wels in einer sich schon abzeichnenden Wirtschaftskrise einen wichtigen Beitrag – der Finanzreferent hat bereits darauf hingewiesen – für eine doch positive Entwicklung von Welser Betrieben leistete. Sie sind es ja, die letztlich die Wirtschaftskraft der Stadt Wels ausmachen. Es gibt zwar auch einige größere Betriebe in Wels, aber insgesamt eine Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben, sodass die Initiative von Wirtschaftskammerpräsident Trauner sehr wohl zu unterstützen ist, bei der Vergabe von Aufträgen auf die gegebene Örtlichkeit etwas mehr Rücksicht zu nehmen. Dabei geht es nicht etwa darum, den örtlichen Betrieben sozusagen Tür und Tor zu öffnen, das heißt, ganz wird man sich der Konkurrenz nicht entziehen können, aber nachdem die Kommunalsteuer als wichtige Trägerin unseres Budgets gilt, sind wir natürlich daran interessiert, dass die heimischen Betriebe möglichst viel Beschäftigung haben. Schaffen wir also mit den Investitionen Arbeit, dann haben auch die Unternehmer aus Wels mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwas davon, letztlich auch der Finanzreferent im Wege der Kommunalsteuer.

Zählt man die Investitionsaktivitäten der Stadt selbst und der stadteigenen oder stadtnahen Betriebe zusammen – hier meine ich das E-Werk, die Wels Strom Ges.m.b.H., die Welser Messe, die Heimstättengenossenschaft – so kommen wir auf rund 50 Mio. Euro jährlich, die eben von der Stadt selbst oder von Betrieben der Stadt oder stadtnahen Gesellschaften an Investitionen getätigt werden. Da gibt es auch noch so eine Art Umrechnungstabelle. Man geht somit davon aus, dass von diesen 50 Mio. Euro rund 500 Arbeitsplätze initiiert, abgesichert oder zum Teil neu geschaffen werden.

Wir haben auch immer darauf hingewiesen, dass die Stadt oft Initiator für anderweitige Investitionen ist. Denken sie beispielsweise an diverse Förderungen, die von der Stadt gewährt werden und die zu diversen Privatinvestitionen führen, was wiederum für die Firmen gut ist bzw. siedeln sich auch immer wieder Firmen in Wels an oder sie bauen aus, wozu es ebenfalls Förderungsmittel gibt. Das hier angesprochene Investvolumen, das zwischen 300 und 400 Mio. Euro liegt, ist nicht aus der Luft gegriffen bzw. finden solche Investitionen alle Jahre in unserer Stadt statt.

Ich denke mir, dass all die Projekte, die seitens der Stadt in der letzten Funktionsperiode angegangen oder umgesetzt wurden, sehr wohl von hohem Verantwortungsgefühl der Fraktionen getragen wurden, wobei ja zumeist alle Fraktionen ihre Zustimmung gaben. Dass jetzt diese Art Umschuldung, die natürlich die Pro-Kopf-Ver-

schuldung in die Höhe treibt, ein Gebot der Stunde ist, das hat der Kollege Wimmer schon sehr nachdrücklich erklärt. Und er hat darauf hingewiesen, auch unter Bezugnahme auf einen Erlass des Landes, dass wir nicht selbst Verursacher dieser misslichen finanziellen Umstände sind, sondern vielmehr das Wegbrechen auf der Einnahmenseite – die Bundesertragsanteile gehen enorm zurück – Ursache für diese Probleme ist. Darüber hinaus denke ich mir aber, dass das Ansteigen der Pflichtausgaben, die wir dem Land gegenüber zu tätigen haben, genauso ihre prekären Auswirkungen auf unsere Finanzlage hat. Ebenso haben wir sehr hohe Ausgaben in Hinblick auf die doch sehr hohen sozialen Standards in unserer Stadt, wie wohl wir alle für diese hohen Standards eintreten und dazu stehen.

Weiters musste die Stadt Wels in der Vergangenheit immer mehr Aufgaben übernehmen, ohne dafür die anfallenden Kosten in ausreichender Weise ersetzt zu erhalten. Ich denke hier auch an die Einführung der Ordnungswache, die uns laut Tagesordnung heute noch beschäftigen wird. Deren Einführung auf Stadtebene wurde allerdings nur deshalb notwendig, weil seitens des Innenministeriums eine immer dramatischer werdende Personalsituation hervorgerufen wurde. Es wurde also bei den Kosten der Polizeidirektion Wels immer mehr eingespart und die noch tätigen Beamtinnen und Beamten sind mit überbordenden Innendienstarbeiten beschäftigt und finden sich immer weniger auf der Straße. So wurde meines Erachtens mit der Einführung der Ordnungswache auf Stadtebene, die allerdings pro Jahr 330.000 Euro kostet, nämlich aus dem Budget der Stadt Wels, eine richtige Maßnahme gesetzt.

Ich bin mir sicher – der Herr Bürgermeister ist gerade nicht anwesend, aber ich bin mir sicher, dass ihm zu Ohren kommt, was ich hier sage – dass beim Bürgermeister und genauso beim Finanzreferenten die Alarmglocken schrillen, wenn zu hören ist, dass auf Bundesebene eine weitere Verwaltungsreform vorbereitet wird. Die bisherigen Verwaltungsreformen führten nämlich immer zu dem Ergebnis, dass am Ende der Kette die Gemeinden übrig blieben. Besonders die Städte mussten sehr viele Aufgaben wie das Passwesen übernehmen, ohne dass es dafür die entsprechenden Einnahmenersätze gegeben hätte. Eigentlich müsste der Städtebund auch in Bezug auf diese angekündigte Verwaltungsreform einen Aufschrei tätigen. Die heute schon beschlossene Resolution weist ja sehr eindringlich auf die Ernsthaftigkeit der Situation der Städte hin.

In die Zukunft geblickt, stellt sich die Frage, was uns in der Stadt Wels in den nächsten Jahren besonders bewegen wird. Ich denke, wir stehen vor der großen Herausforderung, den Budgetausgleich auch in den nächsten Jahren zu finden. Ich beginne hier bei der Aufrechterhaltung des Gratiskindergartens und dem Ausbau der Kinderbetreuung im Norden der Stadt, wobei die Mitberücksichtigung einer Kleinstkinderbetreuung ebenso notwendig ist. Und auch die Altenbetreuung mit dem weiteren Ausbau des "Betreubaren Wohnens" ist erforderlich. Ich vertrete allerdings bezüglich der Altenbetreuung die Ansicht, dass alle Anstrengungen zu unternehmen sind, damit die älteren Menschen so lange wie nur möglich in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können; das ist durch einen forcierten Ausbau der mobilen Einrichtungen in unserer Stadt zu unterstützen. Der zweifellos notwendige Betrieb von Alten- und Pflegeheimen ist zwar sicherzustellen, andererseits ist damit die teuerste Form der Altenbetreuung gegeben.

Wels sollte sich aber insgesamt keinen Stillstand leisten. Der Kollege Haböck hat eingangs der Sitzung bereits darauf hingewiesen, dass die auf uns zukommenden Herausforderungen eine größtmögliche Zusammenarbeit ratsam erscheinen lassen.

Und persönlich glaube ich, dass diese Zusammenarbeit übergreifend bzw. über alle Parteigrenzen hinweg zu erfolgen hat. Der Wahlkampf, der letztes Jahr zum Teil doch recht emotional geführt wurde, sollte aus heutiger Sicht vorbei sein. Vielleicht ist für manche in diesem Saal ein altes Sprichwort hilfreich, das da heißt: Was uns hierher gebracht hat, bringt uns jetzt nicht mehr weiter.

Unsere Stadt Wels ist in einem positiven Sinne weiterzuentwickeln. Die Welserinnen und Welser haben im Prinzip uns allen, die wir da herinnen sitzen, ihr Vertrauen geschenkt und diesem Vertrauen sollten wir entsprechend gerecht werden.

Darüber hinaus muss man feststellen, dass natürlich die Konkurrenz rund um unsere Stadt nicht schläft. Man braucht nur auf der A 1 zu fahren, um feststellen zu können, in welchem großem Ausmaß eine Baulandbereitstellung insbesondere für Betriebsansiedlungen betrieben werden. Unsere Stadt gilt – Gott sein Dank, muss man sagen – als Stadt mit hoher Standortqualität, egal ob sich das auf Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrt bezieht, auf soziale Standards, auf viele ausgezeichnete Bildungseinrichtungen oder die vielen Sport-, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten. Diese damit verbundenen Chancen gilt es zu nützen und auszubauen.

Weiters denke ich, dass der Ausbau neuer Betriebsbaugebiete unabdingbar ist. Das begonnene Projekt in Wimpassing mit Autobahnanschluss sollte, auch wenn es durch den Wegfall des Sportzentrum-Projektes in Frage gestellt scheint, unbedingt weiterverfolgt werden. Die Teilnutzung des Flughafenareals für Betriebsansiedlungen muss vorangebracht werden.

Ich denke aber auch, dass sich in Zusammenhang mit dem Projekt der Stadtteilentwicklung Noitzmühle für Wels erstmals die Chance ergibt, eine Restrukturierung oder Neuorganisation eines großen Wohngebietes vorzunehmen. Sie wissen, dass durch das Zusperrern des SPAR-Marktes bzw. durch den Ankauf eines Großteils des Gebäudes wir als Stadt Wels uns erstmals in der Lage sehen, eine Neuplanung oder Neuorientierung dieses Stadtteilbereiches vorzunehmen. Hier sind natürlich gute Ideen gefragt.

Das geplante bzw. bereits in Umsetzung befindliche Projekt eines Science-Centers schafft die Möglichkeit, Wels weiter positiv zu positionieren.

Durch die Errichtung eines Hotels an der Traun wird meines Erachtens für die Welser Messe die Möglichkeit geschaffen, ihre Hallenstruktur und die Besucherführung weiter zu verbessern.

Das begonnene Projekt "Traunblicke" wird durch den Hotelbau etc. ebenfalls eine wesentliche Qualitätssteigerung erhalten.

Wir haben schon beim Vortrag des Kollegen Wimmer gehört, dass die Sanierung bestehender Sportanlagen, die durch den Wegfall des Projektes „Sportzentrum Wimpassing“ notwendig erscheint, ziffernmäßig noch nicht erfasst ist. Hier werden die Fraktionen aufgefordert sein, solch ein Sportstätten-sanierungsprojekt zu beziffern.

Mir hat die Idee recht gut gefallen, die Wirtschaftskammerpräsident Leitl, wie ich meine, in Zusammenhang mit einem anderweitigen Vorschlag äußerte. Er meinte, dass angesichts der finanziellen Not, die alle Gemeinden betrifft, also nicht nur die Stadt Wels,

nicht unbedingt eine Zusammenlegung von Gemeinden stattfinden soll, aber doch eine Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg, um auf diese Weise ebenfalls alle finanziellen Möglichkeiten auszuschöpfen. Ich denke mir, gerade Wels wäre hier in einer sehr komfortablen Situation, ohne damit gleich einem Bürgermeister sein Amt wegnehmen zu wollen.

Angesichts der vielen Fragen scheint es sehr wohl notwendig, eine hausinterne Aufgabenkritik anzustellen, um auch für die Zukunft die Finanzierbarkeit diverser Projekte mit dem notwendigen Ausgleich des ordentlichen Haushalts in Einklang bringen zu können.

Nicht zuletzt wird uns das Thema "Integration" einige Zeit beschäftigen. Aus Sicht meiner Fraktion gilt es, den eingeschlagenen Weg nicht mit Ausgrenzung, sondern mit Einbindung aller Betroffenen fortzusetzen.

Zu guter Letzt noch ein Dankeschön an den Finanzreferenten namens der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, natürlich auch an den Gemeinderat hoffentlich in seiner Gesamtheit, und zwar dafür, dass diese Gebührenanpassung in Form einer Indexerhöhung im Jahr 2010 entfällt. Es werden uns zwar, wie wir dem Vortrag entnehmen konnten, in den nächsten Jahren gewisse Erhöhungen nicht erspart bleiben, aber für das Jahr 2010 kommt nun einmal diese Aussetzung der Indexerhöhungen allen Welserinnen und Welsern zugute.

Abschließend darf ich meinen Dank für die Budgeterstellung wiederholen und hoffe natürlich, dass neben der SPÖ-Fraktion auch alle anderen Fraktionen den drei Finanzbeschlüssen von heute folgen können bzw. dass diese Punkte von allen Fraktionen mitgetragen werden.

StR. Kroiß: Als ich ein junger Gemeinderat war, hat mir ein Spruch des damaligen Finanzreferenten sehr gut gefallen. Er sagte: Ein guter Tag beginnt mit einem ausgeglichenen Budget. Seine Stimmung war allerdings in Hinblick auf die Budgetsituation eine viel bessere. Und ich dachte mir so nebenbei: Na ja, so schwierig wird es wohl auch nicht sein, ein Budget ausgeglichen zu erstellen. Nun, als ich zuletzt als junger Referent erstmals in meinem Bereich das Budget ins Reine bringen musste, habe ich meine Gedanken sehr rasch revidiert, denn es ist gar nicht so leicht, solch ein Budget ins Reine zu bringen

Mein persönlicher Dank für die Budgeterstellung geht an den Herrn Baudirektor Dipl.-Ing. Pany, an Herrn Dr. Kröppl und an Herrn Dr. Spitzer, die mich ganz einfach mit den notwendigen Argumenten, Daten und Fakten, ebenso mit den Historien unterstützten. Ohne diese Unterstützung hätte ich wahrscheinlich dieses Budget nicht ins Reine gebracht.

Mein zweiter Dank geht – ich hoffe, mein Fraktionsvorsitzender verzeiht mir das – an den Herrn Finanzreferenten, denn diesem habe ich diese Argumente, Daten und Fakten vorgetragen, wonach dieser so weit als möglich eine Absegnung der Vorschläge oder Projekte durchführte und diese Zahlen liegen nun im Budget zur Beschlussfassung vor.

Bei allem Verhandeln darf natürlich auf eines nicht vergessen werden. Neben dem Spargedanken ist zu beachten, dass wir gerade im Verkehrsbereich sowohl einen Auftrag von Seite der Gesetzgebung haben als auch von Seite der Bürger unserer

Stadt. Es geht hier um den Straßenneubau und um die Straßenerhaltung, aber genauso um den Sicherheitsaspekt, der uns alle betrifft, egal ob wir jung oder alt sind, ob wir Fußgänger sind oder Radfahrer, ob wir vielleicht Autofahrer sind. Und für diesen Aspekt werden jene Mittel, die ich im Verkehrsressort zur Verfügung habe, sehr gewissenhaft eingesetzt. Unter Genehmigung des Gemeinderates können damit vier wichtige Themenbereiche abgedeckt werden, nämlich der Straßenneubau, die Straßenerhaltung, die Verkehrssicherheit und – ich bitte darum, darauf nicht zu vergessen – das Feuerwehrewesen.

Zu den Positionen selbst möchte ich noch sagen, dass manche Positionen budgetmäßig einzeln angeführt sind, beispielsweise die Asphaltierung am Kaiser-Josef-Platz, der Straßenneubau Schönererstraße und Ähnliches mehr, andere Aufgaben sind zwar budgetmäßig gleich hoch angesetzt, es verbergen sich dahinter aber viele kleinere Arbeiten, womit ich etwa die Markierungsarbeiten meine, die Verkehrssicherungsmaßnahmen, die Schulwegsicherung.

Grundsätzlich gilt aber – das sollte für uns alle gelten – dass Geld im Bereich Verkehr, Verkehrssicherheit, Straßenbau und Feuerwehrewesen immer gut angelegt ist.

GR. Josseck-Herdt: Ich bin in erster Linie im Kulturausschuss und im Sozialausschuss tätig und will meine Budgetbetrachtungen auf diese Bereiche konzentrieren.

Im besonderen möchte ich mich auf die Betreuung schwer erziehbarer oder verhaltensauffälliger – ich weiß jetzt nicht genau, wie man neuerdings sagen muss – Kinder und auf deren Familien konzentrieren. Es wird nämlich eine Menge Geld in die Hand genommen, um Versäumnisse oder das Unvermögen von Eltern einigermaßen gut zu machen.

So unterstützen wir beispielsweise vor Ort die Familien mit der Erziehungshilfe. Wir haben es hier mit Kosten in Höhe von 1,6 Mio. Euro zu tun, um 530.000 Euro mehr als im Vorjahr. Es sind ca. 100 Kinder in diese Maßnahme eingebunden.

Für das neu installierte "Sozialpädagogische Tageswohnen" nehmen wir heuer erstmals 480.000 Euro in die Hand. Da werden in einem Haus in der Brennereistraße acht Kinder betreut, die kurz vor der Einweisung in ein Erziehungsheim stehen. Um ihnen noch eine Chance zu geben, solch einer Heimeinweisung zu entgehen, nehmen wir eben diese 480.000 Euro in die Hand.

Der neu ins Leben gerufene Schuldienst ist in diesem Zusammenhang ebenfalls anzuführen. Dessen Dotierung habe ich nicht gefunden, aber wahrscheinlich ist diesbezüglich etwas in den Kosten für die "allgemeine Jugendwohlfahrt" enthalten. Jedenfalls steht für die „allgemeine Jugendwohlfahrt“ mit 1,1 Mio. Euro um 200.000 Euro mehr als im Vorjahr zur Verfügung.

Das sind alles Maßnahmen, die der Prävention dienen und die Jugendliche davon abhalten sollen, auf die sogenannte schiefe Bahn zu geraten. In diesem Zusammenhang darf ich noch auf die Streetworker verweisen, die heuer um 70.000 Euro mehr erhalten als 2009. Somit beläuft sich jetzt dieser Posten auf 280.000 Euro.

Und wenn letztlich alles umsonst ist, was wir natürlich von vornherein nicht hoffen, dann ist es halt manchmal notwendig, Jugendliche oder Kinder in ein Erziehungsheim

einzuweisen. In 100 Fällen ist das notwendig und das kostet der Stadt 3,8 Mio. Euro, eine Wahnsinnssumme, wie ich finde. Für uns bzw. wahrscheinlich für alle hier im Saal ist klar erkennbar, dass die Prävention im Vordergrund stehen muss. Diese präventiven Maßnahmen werden von uns natürlich unterstützt, aber wir werden auch immer deren Bewertung einfordern. Wir werden beispielsweise auch von den Streetworkern Berichte einfordern.

Unter dem Aspekt der prekären finanziellen Situation in Wels kann ich aber die Notwendigkeit einer bestimmten Maßnahme nicht begreifen oder erkennen, wobei es sich um die sogenannte "Move-on-Card" handelt. Diese steht mit 143.000 Euro im Budget und meiner Meinung nach war das eine typische wahltaktische Maßnahme, die letztendlich alle Parteien unterstützten. Man muss sich also diesbezüglich selbst an die Nase fassen.

Es gibt aber noch ein Beispiel dafür, wie bedrohlich sich ein Wahljahr auf die Finanzen einer Kommune auswirken kann. Damit meine ich den Gratis-Kindergarten. Einen kleinen Ausflug in die Historie kann ich ihnen leider nicht ersparen. Die Freiheitlichen haben anlässlich der Landes-Budgetdebatte 2009, also im Dezember 2008, die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor Schuleintritt gefordert. Ich glaube, wir sind uns alle einig darin, dass dies als sehr sinnvolle Maßnahme anzusehen ist, nämlich insbesondere für Kinder aus Migrantenfamilien, weil sie damit noch die Chance haben, vor Schuleintritt Deutsch zu lernen. Diesem Antrag verwehrt aber die SPÖ, die ÖVP und die GRÜNEN ihre Zustimmung. Man wollte offensichtlich den Freiheitlichen die diesbezügliche Themenführerschaft im Wahljahr nicht gönnen, aber schon einen Tag später hat der Herr Landeshauptmann zum Kindergartengipfel eingeladen, um dann später zu verkünden, dass der Gratis-Kindergarten für alle Altersstufen ab 1. September 2009 einzuführen ist. Zu diesem Zeitpunkt ist aber die Krise bereits in Österreich angekommen und jeder wusste schon damals, dass wir mit weniger Mitteln im Budget rechnen müssten. Hier handelt es sich zwar um ein Landesgesetz, aber wie wir heute schon mehrmals hörten, ist es so, dass sich dieses sehr auf die Finanzen der Stadt Wels auswirkt. Und bei jeder Sitzung des Personalbeirates bringt der Herr Bürgermeister die Situation in den Kindergärten als Beispiel dafür, dass die Personalaufwendungen steigen. Er führt also mit Recht immer die Einführung des Gratiskinder Gartens und den damit verbundenen erhöhten Personalbedarf an.

Um das Ganze noch zu unterstreichen, werde ich ihnen ein paar Zahlen mit auf den Weg geben. Es sind beispielsweise heuer rund 200 Kinder zusätzlich in den Kindergärten untergebracht, womit die Zahl insgesamt auf 1.800 anstieg. Die Gruppenanzahl wurde um 14 auf 88 erhöht. Und statt früher 149 Kindergärtnerinnen und Helferinnen werden 32 mehr benötigt. Es mussten Container angemietet werden, um die Kinder unterbringen zu können. Heute ist offensichtlich der Tag der Danksagung. Ich möchte diese Gelegenheit ebenfalls nicht verabsäumen und darf den Mitarbeiterinnen der Kindergartenabteilung den Dank aussprechen, denn die mussten in relativ kurzer Zeit alles organisieren und bewerkstelligen.

Der Zuschussbedarf für den Kindergartenbetrieb ist um mehr als 810.000 auf 5, 8 Mio. Euro gestiegen. Die Pflicht- und Ermessenssubventionen mussten um 230.000 Euro auf mehr als 1 Mio. Euro erhöht werden. Und der Aufwand bei der Kindergartenküche ist um 180.000 Euro auf 450.000 Euro gestiegen. In Summe sind das mehr als 1,2 Mio. Euro, um die das Budget zusätzlich belastet wird. Und die Investitionen im Kindergartenbereich sind mit einem Betrag von 3 Mio. Euro in den nächsten beiden Jahren

auch sehr hoch, wobei diese bestimmt zum Teil deshalb notwendig sind, weil eben die Kinderanzahl gestiegen ist und eine Unterbringung notwendig wurde.

Aber auch im Bereich der Senioren wirken sich Landesgesetze negativ auf das Budget der Stadt aus. Ich sage nur ein Schlagwort: Pflegeschlüssel. Diesbezüglich will ich mich jetzt aber nicht verbreitern, darf aber doch Folgendes sagen. Es kann doch nicht sein, dass Betten nur deshalb nicht belegt werden können, weil das notwendige Personal nicht zur Verfügung steht. Pflegekräfte, für deren Ausbildung die Stadt mitzahlt, müssen unbedingt an die Stadt gebunden werden.

Und jetzt habe ich in diesem Zusammenhang noch eine Frage an die Referentin für Soziales. Wie wir wissen, werden die Bewohner des Hauses Magazinstraße Ende März, wie ich glaube ...

Zwischenruf StR. Huber: 10. April!

GR.Josseck-Herd: also am 10. April in das neue Heim in der Vogelweide übersiedelt. Dazu habe ich die Frage, was künftig mit dem Heim in der Magazinstraße passiert. Ich habe keinen Budgetansatz für einen etwaigen Abriss oder vielleicht für eine Sanierung gefunden, wobei ich aber glaube, dass hierfür vorgesorgt werden müsste.

Über ein anderes Investitionsprojekt aus dem Bereich der Kultur möchte ich noch ein paar Worte verlieren, nämlich über das Programm kino und die Sanierungsmaßnahmen beim Medien Kultur Haus.

Die Gesamtkosten hierfür stellen sich auf 2,2 Mio. Euro, wovon 1,5 Millionen die nächsten zwei Jahre betreffen. Der größte Teil davon betrifft die Errichtung oder Einrichtung des Programmkinos. Lässt man sich diesen hohen Betrag auf der Zunge zergehen, ist zu sagen, dass man schon eine große Verantwortung in der Richtung übernommen hat, dass diese hohe Investition einigermaßen gerechtfertigt werden kann. Und ich meine, die Betreiber des Programmkinos müssen sich große Sorgen machen bzw. werden sie entsprechende Ideen liefern müssen, damit das Programm kino insgesamt attraktiver als derzeit wird. Die Auswahl der Filme ist wahrscheinlich auch zu hinterfragen, denn die Besucherzahlen sind, so wie ich es beobachten kann – ich bin eine eifrige Besucherin des Programmkinos – nicht gerade berauschend, was meines Erachtens nicht nur am Veranstaltungsort liegen kann. Filme nur für einen elitären Kreis vorzuführen, das halte ich nicht für sinnvoll, denn dafür ist die Investition einfach zu hoch.

Bevor die Sanierungsarbeiten am Medien Kultur Haus selbst in Angriff genommen werden, sollte man noch die Funktion der kleinen Verkehrsinsel, die sich vor diesem Haus befindet, überdenken. Wenn sie dort vorbeifahren oder besser vorbeigehen, sehen sie Folgendes, wobei ich hier eine ganze Inventarliste mithabe. Sie sehen also einen Parkscheinautomaten, drei Schaltschränke der Verkehrsampelanlage, zwei Ampelmasten, einen Mistkübel, einen Hydranten und meistens einen Plakatständer, zur Zeit sogar zwei Plakatständer. Und ungefähr zwei Meter davon entfernt steht eine Metallplastik, ein Kunstwerk, das in Zusammenhang mit dem Medien Kultur Haus zu sehen ist. Ich will dieses Kunstwerk nicht bewerten – ich kann und will das nicht machen – aber was ich beurteilen kann, das ist der Umstand, dass das alles nicht geeignet ist, um auf Ausstellungen im Medien Kultur Haus aufmerksam zu machen. Das Ganze schaut einfach nur hässlich aus.

Ich meine, diese Fläche gehörte begrünt, aber nicht mit einem Sprühlack, wie wir es schon einmal hatten, sondern mit Pflanzen. Auch mit Sträuchern oder Ähnlichem könnte man die Ansicht verbessern, gerade wenn man aus dem Süden kommt und sozusagen in die Stadt fährt.

Das Erscheinungsbild, das sich zur Zeit bietet, passt allerdings zu den übrigen Aktionen, die es im Medien Kultur Haus schon gegeben hat. Ich erinnere nur an den Müll, der aus dem Fenster quoll oder an das Bekleben der Fassade mit diesem grellen Material, dessen Entfernung nicht ganz gelungen ist und bis heute sichtbare Spuren hinterließ. Offenbar sind in diesem Kultur Haus nicht unbedingt Ästheten am Werke.

Wir Freiheitliche werden uns das auf jeden Fall ansehen, genauso wie wir in Zukunft die Sinnhaftigkeit von Subventionen im Kulturbereich verstärkt unter die Lupe nehmen wollen, was wir im Ausschuss bereits angekündigt haben. Die Tatsache, dass im Vorjahr eine Subvention geflossen ist, kann nicht automatisch als Voraussetzung für das Fließen einer neuerlichen Subvention gesehen werden.

Vzbgm. Dr. Wieser übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

GR. Bauer: Die Entscheidung darüber, ob wir dem Voranschlag zustimmen sollen oder nicht, ist uns nicht leicht gefallen. Immerhin steigen die Aufgaben, während die Einnahmen sinken und die Stadt hohe Darlehen brauchen. Freilich geschieht das nicht aus eigenem Verschulden bzw. gehen auch an Wels die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht spurlos vorüber. Die Einnahmen aus der Kommunalsteuer zeigen zwar ein stabiles Bild, allerdings sinken sie in letzter Zeit sogar.

Wie die hohe Verschuldung, die jetzt eingegangen wird, in den nächsten Jahren wieder abgebaut werden kann, das wird die Herausforderung der nächsten Jahre sein. In diesem Zusammenhang meine ich beispielsweise, dass der Anstieg der Ertragsanteile laut mittelfristiger Finanzplanung etwas zu großzügig angenommen wurde. Aber andererseits ist es gerade in Zeiten wie diesen wichtig zu investieren, die Wirtschaft zu fördern und so Arbeitsplätze zu sichern. Solche Impulse in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu setzen, finden wir durchaus unterstützenswert. Daher überwiegen aus unserer Sicht die positiven Seiten des Voranschlages. Jetzt komme ich aber zuerst einmal zu unserer Kritik.

Kritikpunkt Nummer 1 sind die Aufwendungen für die Ordnungswache. Wir glauben, dass das Geld, das dafür ausgegeben wird, im Jugend- und Sozialbereich besser angelegt wäre. Wenn sich die Ordnungswache nicht gerade um Radfahrerinnen und Radfahrer kümmert, die verbotenerweise durch die FUZO fahren, wobei dies eigentlich mit der Straßenverkehrsordnung zu tun hat – dort liegt ja der Schwerpunkt der Ordnungswache – kann es schon sein, dass die eine oder andere Rauferei verhindert wird, nur löst dieser Einsatz die ursächlichen Probleme nicht. Hier handelt es sich um eine Symptombekämpfung, die nichts an den dahinterliegenden Gewalt- und Konfliktsituationen ändert.

Da es aber nicht meinem direkten Einfluss unterliegt, ob nun die Ordnungswache bestehen bleibt oder nicht, sollte man doch einmal auf die ursprünglich angestrebten Kostenbeteiligungen von Bund, Land und Wohnungsgenossenschaften bzw. Wohnungsgesellschaften zurückkommen, denn derzeit erfolgt ja die Finanzierung der Ordnungswache zur Gänze über das Budget der Stadt Wels.

Kritikpunkt Nummer 2 sind die Subventionen an die Vereine. Diese verbleiben praktisch unverändert auf dem Niveau der letzten Jahre, nämlich in den Bereichen Jugend, Kultur und Sport. Auffällig ist jedoch, dass beispielsweise der Seniorenbund, der Seniorenring und auch die Kinderfreunde höhere Subventionen erhalten, wenn auch nicht in wesentlicher Höhe. Es macht aber doch kein gutes Bild, Parteivorfeldorganisationen mit einem höheren Betrag zu dotieren, während alle anderen Vereine oder Subventionswerber gleich bleiben. Auf der anderen Seite wird sogar die Parteien- und die Fraktionsförderung gekürzt, was ich aber gar nicht kritisieren will.

Kritikpunkt Nummer 3 stellt sie Move-on-Card dar. So wie die Sache derzeit gehandhabt wird, stellt sie eine reine Beschenkungsaktion dar, obwohl man mit dieser Karte auch einen Lenkungseffekt in Richtung verstärkter Nutzung des öffentlichen Verkehrs und in Richtung Fahrradverkehr verbinden könnte. Das ist eine vertane Chance.

Kritikpunkt Nummer 4 ist in den Integrationsmaßnahmen zu sehen. Obwohl hier anzumerken ist, dass Integration eine Querschnittsmaßnahme darstellt und die Förderung von Sport- und Kulturvereinen ebenso integrationsfördernd ist, genauso wie die Unterstützung von Deutschkursen oder die Arbeit des Integrationsbüros und ein besseres Angebot in den Kindergärten, schlagen sich Maßnahmen in diesem für unsere Stadt so wichtigen Bereich unserer Meinung nach in diesem Voranschlag nur unzureichend nieder.

Doch nun etwas zum positiven Teil. Es werden sehr viele Projekte umgesetzt, die von den GRÜNEN gefordert wurden, teilweise schon sehr lang. Ich nenne hier nur zwei Beispiele, nämlich das Programmkinos und das Science-Center. Aber auch der Bau und die Sanierung von Kindergärten, Horten und Schulen sind notwendig und wichtig. Im April feiert das Programmkino sein 20-jähriges Bestehen und jetzt endlich, nach 20 Jahren, bekommt das Programmkino, was längst überfällig war, eine eigene Spielstätte im Medien Kultur Haus für den täglichen Spielbetrieb. Weil das Centralkino seine Pforten geschlossen hat, hat Wels kein Kino mehr in der Innenstadt und das ist, vorsichtig ausgedrückt, ein Armutszeugnis für eine Stadt in unserer Größe. Die bis vorigen September absolut regierende SP hätte eigentlich schon viel früher die Möglichkeit gehabt, ein neues Kino zu schaffen, vielleicht nicht in der jetzigen Form, aber eigentlich könnte schon längst ein eigenes Kino bespielt werden, falls der politische Wille vorhanden gewesen wäre. Doch dazu war man erst im Wahljahr bereit. Dessen ungeachtet freuen wir uns darüber, wenn dieses Projekt nun endlich umgesetzt wird und man dafür bereits heuer einen Ansatz im Budget findet.

Der Frau Kollegin Josseck-Herdt, die ja selbst gern ins Programmkino geht, möchte ich sagen, dass selbstverständlich eine bessere Mischung des Programmes angedacht ist, was momentan bei der jetzigen Anzahl von Tagen, die dem Programmkino zur Verfügung stehen, nicht möglich ist bzw. gibt es diese Mischung jetzt schon bald im Soundtheater.

Der nächste Punkt betrifft das Science-Center. Der Welser Gemeinderat beschäftigte sich schon viele Male damit, vor allem auch deshalb, weil die FPÖ so vehement dagegen ist. Es ist das ein Projekt, das sich im außerordentlichen Haushalt der kommenden Jahre zu Buche schlägt, nämlich massiv, hinter dem aber die GRÜNEN zu 100 Prozent stehen. Dass „erneuerbare Energie“ im Science-Center als Schwerpunkt erlebbar und nicht nur ein Thema unter mehreren sein wird, ist für uns eine sehr erfreuliche Entwicklung. Wir hoffen natürlich, dass das Science-Center wirklich wie geplant jährlich

300.000 Besucher nach Wels locken wird, dass es die Innenstadt belebt bzw. die Wirtschaft und den Tourismus ankurbelt. Auch unsere Standortforderung – je näher beim Stadtzentrum desto besser – wurde erfüllt. Besonders wichtig aus grüner Sicht ist es, dass es dem Publikum des Science-Centers möglich sein wird, umweltfreundlich anzureisen und dass nicht zusätzliche Verkehrsprobleme in Wels geschaffen werden. Es muss alles getan werden, dass die Besucher mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen und nicht mit dem eigenen Auto. Dafür wird es also gewisser finanzieller Anreize bedürfen. Und zwischen dem Bahnhof und dem Volksgarten müsste ein Shuttlebus pendeln.

Das Science-Center ist aber nur eines der Projekte, deren Umsetzung für uns wichtig ist, das heißt, für uns GRÜNE ist wichtig, dass möglichst alle anderen Projekte, für die wie uns speziell einsetzen, raschest umgesetzt werden. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass wir eine Erhöhung des Umweltbudgets registrieren können, wobei diese Erhöhung wahrscheinlich in erster Linie auf die im Vorjahr im Gemeinderat beschlossenen neuen Umweltförderungsrichtlinien zurückgeht. Abgesehen davon glaube ich, dass noch mehr Mittel nötig gewesen wären.

Ebenfalls sind im Voranschlag Sanierungsprojekte enthalten, die aufgrund der Nachhaltigkeit und der Barrierefreiheit nur zu begrüßen sind. Da geht es etwa um Schulen, Kindergärten, die Jugendherberge oder das Kulturzentrum „Alter Schlachthof“. Die Neuerrichtung eines Jugendtreffs in der Noitzmühle befürworten wir natürlich auch.

Dass der Punkt „Innenstadtgestaltung“ ebenfalls Bestandteil des Budgets ist, freut uns. Ich habe vor allem die Hoffnung, dass die Innenstadtagenda 21 positive Ergebnisse bringt. Es ist das ein BürgerInnen-Beteiligungsprojekt für alle, die in der Innenstadt wohnen, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Themen wie Wirtschaft, Kultur oder Soziales sollten nicht nur diskutiert, sondern in Form tatsächlicher Beteiligung in Projektgruppen soll es geschafft werden, dass konkrete Projekte erarbeitet und umgesetzt werden, die die Innenstadt lebenswerter machen. Und das alles im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

In Summe gesehen überwiegen demnach die positiven Punkte und die GRÜNEN werden dem vorliegenden Voranschlag zustimmen.

GR. Dr. Csar: Heute ist ein besonderer Tag, aber nicht etwa deshalb, weil das Budget ausgeglichen ist, sondern weil gleich am Anfang in den heutigen Budgetreden drei maßgebliche ÖVP-Politiker gelobt wurden, nämlich von SPÖ-Politikern. Dafür danke ich sehr herzlich. Es waren dies die Präsidenten Leitl und Trauner sowie Jakob Auer. Herzlichen Dank dafür!

Der heutige Tag ist der Budgettag. Wir hörten bereits, dass im ordentlichen Haushalt € 180 Mio. und € 36 Mio. im außerordentlichen Haushalt zur Verfügung stehen werden, wobei allerdings rund € 46 Mio. an Darlehen aufgenommen werden sollen.

Weiters hörten wir, dass die Zeche wir bezahlen müssen und dass wir schon schönere Budgets hatten. Früher hörten wir bereits, dass die Wohlfühljahre vorbei sind. Letztlich sind wir aber heute dazu da, um ein Budget zur Kenntnis zu nehmen bzw. zu beschließen.

Die Prognosen sind zwar sehr düster, trotzdem müssen wir positiv in die Zukunft sehen, obwohl wir uns gerade in einer Einnahmenniederung befinden, wie wir heute auch einer Zeichnung entnehmen konnten. In den letzten Jahren war das anders. Diese verliefen recht positiv, aber angesichts der drohenden Entwicklung wurde erst vor kurzem doch die Notbremse gezogen, wobei ich das Stichwort „Stadion“ nenne.

Wir haben trotzdem eine Situation, in der die Pro-Kopf-Verschuldung beträchtlich ansteigt, nämlich von bisher 173 Euro pro Kopf der Bevölkerung auf 712 Euro im Jahr 2010; das ist beträchtlich. Dieses Ansteigen hat sicher auch damit zu tun, dass es im letzten Jahr Neuwahlen gegeben hat. Wenn ich an dieser Stelle kurz auf die Frau Gemeinderätin Josseck eingehen darf, dann meine ich, dass der Gratiskindergarten sicher auch ein wesentlicher Faktor ist, der das Budget sehr nachhaltig beeinflusst, und zwar gleichgültig, von wem der diesbezügliche Antrag gekommen ist oder gleichgültig, ob nun der Herr Landeshauptmann schneller war wie die FPÖ bzw. bin ich mir sicher, dass auch die Erfüllung eines Antrages von der FPÖ einiges an Geld gekostet hätte. Tatsache ist jedenfalls, dass sich die neue Situation heuer zum ersten Mal voll auswirkt und der Gratiskindergarten dem Grunde nach eine gute Einrichtung ist.

Jetzt komme ich zu den Wahlversprechen. Voriges Jahr kam das Wahlversprechen bezüglich Errichtung eines neuen Stadions. Es wurde dieses Stadion nicht nur geplant, nein es liefen schon andere Vorbereitungsarbeiten wie der Kauf von Grundstücken. Diese Grundstücke kosteten nicht bloß ein paar Euros, sondern immerhin Millionen von Euro. Der Bau dieses Stadions wurde zuletzt auch noch in einer Sendung von „WT 1“ vehement verteidigt und im Finanzausschuss war davon auch noch ein bisschen die Rede, aber keinesfalls davon, dass diesbezüglich eine Absage käme. Jedenfalls kam nur ein paar Tage nach dieser Sitzung des Finanzausschusses der Sinneswandel und Herr Finanzreferent Vizebürgermeister Wimmer hat das Aus für das Stadion verkündet.

Für mich stellt sich nun die Frage, was eigentlich mit dem gültigen Gemeinderatsbeschluss bezüglich Stadionerrichtung aus dem Jahr 2009 los ist. In diesem Grundsatzbeschluss hieß es doch, dass ein Stadion errichtet werden soll und wie wird jetzt mit diesem Beschluss umgegangen? Was kommt da noch auf uns zu? Insbesondere stellt sich die Frage, was hier noch auf die Welserinnen und Welser zukommt. Für uns als ÖVP ist es wichtig, Klarheit darüber zu bekommen, wie es jetzt in dieser Frage weitergeht.

Gibt es andererseits schon konkrete Überlegungen, nicht nur Ankündigungen und Willensbekundungen, wonach es auch eine Förderung für den Schulsport geben soll, für den Breitensport, aber auch für den Spitzensport? Gibt es ein Sportleitbild für Wels? Ich hoffe, es wird bald eines entwickelt. Insbesondere stellt sich die Frage an unseren Sport- und Finanzreferenten, ob es schon eine Zusage in der Richtung gibt, was mit den für das Stadion in Aussicht gestellten Mitteln des Landes Oberösterreich geschehen wird. Gibt es also eine Zusagen dahingehend, dass diese Millionen, die vom Land für den Stadionbau in Aussicht gestellt wurden, für unsere anderen Welser Projekte in Verwendung genommen werden können? Das wäre natürlich gut und würde uns bei vielem weiterbringen. Das Absagen von Projekten ist zu wenig, wir müssen vielmehr konkret und initiativ in die Zukunft sehen. Das bedeutet, dass wir jene Projekte, die für uns wichtig sind, ganz konkret dahingehend überlegen, ob oder wie wir sie umsetzen könnten.

Ich habe zuerst den Sport angesprochen. Hier ist es für uns wichtig, dass die Fußballplätze saniert werden. Genauso wichtig ist es aber auch, in den verschiedenen Stadtteilen diverse Initiativen zu setzen, sprich, dass dort Spielflächen geschaffen werden. Es soll aber auch für das Faustballspielen etwas getan werden. Die Tennisspieler benötigen ebenfalls eine Unterstützung, wobei wir ja dieses Problem kennen. Aber genauso gehörte der Fitness-Parcours am Reinberg schleunigst saniert.

Und wenn ich an den Schulbereich denke, dann insbesondere an die Hauptschule und an die Volksschule in Lichtenegg; da besteht ebenfalls ein starker Handlungsbedarf.

Für alle diese Vorhaben brauchen wir natürlich sehr viel Geld. Dieses Geld ist letztlich vorhanden bzw. soll es beschaffen werden, damit es in Wels wieder weitergeht.

Nicht nur im Sportbereich sind Maßnahmen nötig, sondern auch im Bereich der Integration. Wir sind uns alle einig, dass wir diesbezüglich in Wels Maßnahmen setzen müssen, dass wir Initiativen setzen bzw. die Integration vorantreiben und vor allem aktiv leben müssen. Da sind wir uns grundsätzlich einig, jedoch sind die Zugänge oder Ideenansätze dazu unterschiedlich ausgelegt. Die Ideen sind auch deshalb unterschiedlich, weil es diesbezüglich ebenfalls kein Gesamtkonzept gibt. Daher ist es auch hier richtig, konkrete Überlegungen anzustellen, ein Leitbild zu erstellen, konkrete Gesamtkonzepte zu erstellen. Ein Stückwerk mit einzelnen Anträgen, die einmal das und einmal jenes vorsehen bzw. dort oder da einmal was zu ändern, das ist zu wenig. Wir brauchen vielmehr ein gesamtes Bild. Das ist wie bei einem Puzzle. Wir brauchen viele kleine Bereiche, die zusammengeführt werden sollen, damit letztlich ein gesamtes Bild entstehen kann. Wir dürfen aber nicht einzelne Probleme, die dort und da immer wieder auftauchen, hochspielen und glauben, dass wir damit eine Lösung für die Integration schaffen. Abgesehen davon gibt es kein Allheilmittel. Wenn immer wieder von Deutschkursen oder Deutschprüfungen die Rede ist, so stellen diese genauso wenig ein Allheilmittel dar; damit dürfen wir nicht spielen, sondern vielmehr müssen wir damit seriös umgehen. Deutsch zu reden, das ist sicher ein Bestandteil der Integration, aber nicht ein Allheilmittel.

Wir dürfen aber auch nicht Gefahr laufen, an runden Tischen alles zu zerdiskutieren. Wir dürfen genauso wenig polemisieren sowie mit Gefühlen oder Befindlichkeiten spielen. Wir dürfen aber auch nicht dazu kommen, dass wir nur mehr sozialromantisch philosophieren. Vielmehr sind konkrete Handlungen gefragt und notwendig, Handlungen mit Hausverstand ebenso wie mit Kopf und Fuß. Dazu sind wir alle aufgerufen und ich hoffe, dass wir überfraktionell einen guten Kompromiss, eine gute Lösung finden.

In Zusammenhang damit freut es mich auch, dass in unseren budgetären Vorbesprechungen erreicht werden konnte, dass die Ansätze für Integrationsmaßnahmen erhöht wurden. Der Herr Bürgermeister hat zugesagt, dass von den bisher 50.000 Euro auf 100.000 erhöht wird. Es ist das ein guter Ansatz und ich glaube, er ist wichtig für unsre Basisarbeit.

Neben der Integration gibt es aber noch andere Themen, die für uns in Wels wichtig sind. Das Welios oder Science-Center wurde erwähnt. Mit dessen Bau wurde schon begonnen und bereits in einem Jahr soll es fertiggestellt sein. Wichtig ist aber nicht bloß, dass dort plötzlich ein Bau steht und eine Eröffnungsfeier stattfindet, sondern es erscheint auch wichtig, der Bevölkerung von Wels vor Augen zu führen, wie wichtig die-

ses Bauprojekt, diese Einrichtung für uns WelserInnen und Welser ist. Daher ist es wichtig, eine Identifikation seitens der Bevölkerung zu schaffen, die Infoschiene aufzubauen und entsprechende Informationen weiterzugeben.

Das Programm kino wurde ebenfalls schon erwähnt. Es ist das ein wichtiger Bereich, womit wir in teilweise etwas zur Innenstadtbelebung beitragen können. Ich bin froh darüber, dass hierfür budgetäre Mittel vorgesehen wurden.

Wichtig ist auch, dass wir der Bevölkerung in Wels eine Perspektive geben, eine Perspektive trotz allen Sparwillens und trotz des kritischen Budgetzustandes. Die Menschen müssen wissen, dass es sehr wohl positiv weitergeht. Dafür sind wir alle gewählt worden und wir sind hier, um zu arbeiten und sehr wohl etwas weiterzubringen. Wir müssen also Ansätze dafür finden, dass es gut weitergeht. Das hängt aber auch damit zusammen, dass wir uns selbst an der Nase nehmen und überlegen, wo wir im eigenen Bereich einsparen können. Und damit meine ich nicht einmal so sehr ein Sparen in unsren Referaten, bei unseren Ideen oder Forderungen, unseren Wünschen, sondern auch in Bezug auf unser Tun. Ich komme ja aus der Landesverwaltung und glaube sagen zu können, dass wir auch im Magistratsbereich gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die uns sehr unterstützen könnten, nämlich in der Frage, wo Einsparungsmöglichkeiten gesehen werden. Welche Möglichkeiten bestehen hinsichtlich einer Aufgaben- oder Verwaltungsreform? Ich denke, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses Magistrat wissen sehr wohl, was noch zeitgemäß ist, was nicht mehr recht notwendig erscheint, was umständlich ist, was die Bevölkerung von Wels immer wieder urgiert, fordert oder wovon sie sagt, dass es widersinnig ist. Auf das müssen wir hören und so bitte ich darum, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates eingebunden werden und auf diese Weise ihren Beitrag leisten können. Auf diese Art können wir einen weiteren Schritt vorwärts machen. Die Aufgaben- und Verwaltungsreform soll nicht bloß eine Art Schlagwort sein, sondern ein tatsächliches Bekenntnis, zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch zusammen mit der Bevölkerung etwas weiterbringen zu wollen. Ich glaube, wir brauchen einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess nicht nur im Bereich der Verwaltung, sondern bei unserem täglichen Tun. Daher wäre es mein Wunsch und der Wunsch der ÖVP, dass wir da gemeinsam einen Schritt vorwärts machen.

Solche Einsparungspotentiale zu lukrieren, ist natürlich schwierig, aber was ist schon einfach? Wir müssen halt schauen, dass es gut weitergeht. Und so haben wir uns als ÖVP-Fraktion dazu entschlossen, diesem heute vorliegenden Budget die Zustimmung zu geben, obwohl wir dort oder da nicht 100-prozentig glücklich sind und sehen, dass mit diesem Budget einfach sehr viel weiterverwaltet wird. Wir erkennen andererseits doch sehr gute Ansätze in der Richtung, dass Initiativen gestartet werden, damit es eben gut weitergeht. Wir möchten aber gerade für das kommende Jahr eine Art Zukunftsbudget haben, ein Budget, mit dem man der Welser Bevölkerung vor Augen führt, dass es gut läuft und wir nicht nur krankjammern, sondern die in Wels vorhandenen Probleme initiativ lösen wollen. Wir werden also heute dem Budget zustimmen.

StR. Huber: Ich möchte jetzt nicht alles von Neuem predigen, denn wir wissen alle, dass wir es hier mit einem Budget zu tun haben, das von drastisch sinkenden Einnahmen und teilweise von enorm hohen Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich begleitet ist.

Ich möchte jetzt keinem ÖVP-Politiker danken, wie das zuerst zum Ausdruck kam, sondern einem SPÖ-Politiker, nämlich unserem Finanzreferenten, dem es doch gelungen ist, ein Budget zu erstellen, in dem ein Schwerpunkt im Bereich des Sozialen liegt und womit es gelingen sollte, die sozialen Standards in unserer Stadt zu erhalten. Dafür sage ich dir, lieber Hermann, ein herzliches Dankeschön.

Ich könnte jetzt genug Argumente dafür bringen, warum es notwendig ist, den Sozialstaat zu erhalten. Dieser schützt jedenfalls bei Risikolagen, bei Krisen, er ist ein notwendiger Standortfaktor. Sieht man sich die Zahlen und Berechnungen des WIFO an, so stellt man fest, dass allein durch die Sozialleistungen im vergangenen Jahr der Privatkonsum einen Realzuwachs im Ausmaß von 0,4 % erreichte und dass es im heurigen Jahr einen Realzuwachs von 0,7 % geben wird. Man sollte sich wirklich vor Augen halten, welchen Zustand wir hätten, gäbe es diese Sozialleistungen nicht. Wie würde dann erst die Wirtschaftskrise aussehen? Gerade die Sozialtransfers und öffentliche Investitionen haben die höchsten Effekte.

Angesichts dessen bin ich auch froh darüber, dass wir in der mittelfristigen Finanzplanung doch wieder viele Investitionsmittel enthalten haben.

Einen Sozialstaat kann man mit sinkenden Einnahmen nur schwer absichern, auch nicht mit einer Ignoranz in verschiedenen Bereichen, wobei ich jetzt nur einmal auf die Finanzwirtschaft hinweise bzw. auf das, was dort in letzter Zeit so ablief. Ich rufe deshalb alle zu einer gemeinsamen Politik in Richtung Land und Bund auf. Wir brauchen ganz einfach das entsprechende Geld, um die Aufgaben, die wir als Stadt zu erledigen haben und die immer mehr werden, tatsächlich bewältigen zu können.

Wo liegen die enormen Steigerungen im Sozialbereich? Es ist wirklich nicht so, dass wir vielleicht mutwillig das Geld beim Fenster hinauswerfen würden, sondern es ist vielmehr so – sie haben es ohnehin zuerst bei den Grafiken gesehen – dass der Krankenanstaltenbeitrag heuer um 8,4 % anwächst und um 8,5 % im nächsten Jahr, es kommt das Chancengleichheitsgesetz zum Tragen, wir haben das Pflegegeld bzw. insgesamt enorme Beiträge, die wir gar nicht beeinflussen können und die wir einfach abzuliefern haben.

Ein Thema waren die Kosten für die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen. Natürlich weiß ich, dass das ein Bereich ist, der sehr viel kostet, nur wehre ich mich halt in diesem Zusammenhang gegen den häufig genannten Begriff "schwer erziehbare Kinder". Schauen sie doch einmal in meinem Büro vorbei, damit wir uns gemeinsam und nicht in aller Öffentlichkeit ansehen können, um welche Fälle es sich handelt. Da ist der Missbrauch im Spiel, die Gewalt an Kindern etc. und wenn Gefahr im Verzug ist, werden eben Kinder aus solchen Familien in Heimen untergebracht.

Und sieht man sich die Zahlen an, stellt man fest, dass laut Rechnungsabschluss 2008 für Heimunterbringungen € 4,3 Mio. ausgegeben wurden und jetzt haben wir € 3,7 Mio. im Voranschlag. Sie können damit erkennen, dass wir sehr wohl versuchen, bei diesen Ausgaben eine Stagnation zu erreichen und dass uns das wirklich gelingt, stellt schon mal eine gewisse Leistung dar. Derzeit haben wir 74 Kinder in Heimen untergebracht und fraglos sind die Aufwendungen hierfür sehr hoch, aber wenn man sich das Umfeld ansieht, also die mit der Wirtschaftskrise verbundene Arbeitslosigkeit und den Ausfall finanzieller Mittel, wobei dann der Alkohol ins Spiel kommt, weil man das Ganze als ausweglose Situation betrachtet, dann meine ich, dass es schon einen gewissen Erfolg

darstellt, wenn wir wenigstens erreichen, dass die Ausgaben etwa für die Heimunterbringung nicht weiter anwachsen bzw. wenn wir die Kosten ungefähr am gleichen Level halten können.

Für die Unterstützung der Erziehung geben wir mehr aus. Die Kosten werden von ca. 1 Mio. auf 1,5 Mio. Euro anwachsen.

Wenn die Kollegin Josseck-Herdt zuerst meinte, dass wir für das "Sozialpädagogische Tageswohnen" 480.000 Euro in die Hand nehmen würden, muss ich darauf hinweisen, dass du dort auch den Schulverbindungsdienst, das Projekt Scout und die Maßnahmen im Bereich der Jugendwohlfahrt vorfindest, um im präventiven Bereich tätig sein zu können, das heißt, dieser Betrag steht nicht nur für das "Sozialpädagogische Tageswohnen" zur Verfügung. Wir haben diese Maßnahmen eingeführt und können noch nicht so genau sagen, wie sich das alles entwickelt. Wir haben erst seit Oktober vorigen Jahres den Schulverbindungsdienst und das "Sozialpädagogische Tageswohnen"; mit dem Projekt Scout haben wir genau heute begonnen. Schauen wir einmal, welche Auswirkungen diese Projekte haben, wobei ich natürlich hoffe, dass es zum Wohle unserer Kinder gereicht und sich manches verbessert.

In der unterstützenden Erziehung haben wir derzeit 100 Kinder und in Heimen sind 74 Kinder untergebracht, das heißt, es sind derzeit insgesamt 174 Kinder, denen wir Erziehungshilfe gewähren.

Einen großen finanziellen Brocken stellt natürlich die Unterbringung alter Menschen in den Pflegeheimen dar. Durch das neue Haus in der Vogelweide haben wir 18,1 Mio. budgetiert. Wir bekommen damit 28 zusätzliche Plätze und es wird die Sozialhilfe steigen, weil wir ja in diesen Häusern nur zwischen 15 und 17 Prozent der Bewohner als Selbstzahler haben.

Ich muss natürlich dem Kollegen Manfred Hochhauser Recht geben, wenn er meint, dass die mobile Altenbetreuung vor der stationären Betreuung gehen sollte, sofern dies eben möglich ist. Wir haben jedenfalls geplant, die mobile Altenbetreuung auszubauen; 1,6 Mio. Euro sind hier vorgesehen. Im Bereich der Altenbetreuung stationärer Art sind wir natürlich vom Personalentwicklungsplan des Landes abhängig, der uns aufgrund der Pflegestufen der Heimbewohner vorschreibt, wie viel Personaleinheiten wir haben müssen. Es ist so, dass wir für die Alten- und Pflegeheime eigentlich zusätzlich Personal benötigen würden.

Was nun deine Anfrage bezüglich des Hauses Magazinstraße betrifft, möchte ich darauf hinweisen, dass noch der Vorgänger-Gemeinderat einen Entwicklungsplan grundsätzlich beschlossen hat. Darin steht eben, dass wir neue Heime errichten werden. Nach dem Grundtenor sollte also das Haus Magazinstraße abgerissen werden, aber andererseits habe ich als Sozialreferentin auch eine enorme Budgetverantwortung, weshalb wir uns alle Möglichkeiten genau ansehen müssen. Zudem ist auch noch zu klären, ob die Stadt Wels einen eventuellen Neubau durchführt oder sonst ein Bauträger. Es sind also noch ganz genaue Überlegungen anzustellen und deshalb ist derzeit kein Budgetansatz hierfür vorgesehen. Wir werden jedenfalls diese Frage sicher sehr ausführlich im Sozialausschuss diskutieren.

Insgesamt haben wir es mit verschiedenen Dingen zu tun, etwa der demografischen Entwicklung, der gesellschaftlichen Entwicklung oder beispielsweise mit der Arbeits-

losigkeit. Es wird ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,5 % prognostiziert, wobei wir alle wissen, dass wir ein Wirtschaftswachstum von 2,5 % brauchen, damit die Arbeitslosigkeit wenigstens stagniert. Das allein fordert uns enorm bzw. wird noch einiges auf uns zukommen. Wir wissen auch nicht, wie sich die bedarfsorientierte Mindestsicherung, an welcher zur Zeit noch gearbeitet wird, finanziell für uns auswirkt. Wir stehen somit insgesamt vor großen Herausforderungen.

Ein Thema möchte ich noch anschneiden, nämlich die Jugendarbeitslosigkeit. Wir brauchen im Vorfeld noch einiges an bildungspolitischen Maßnahmen. Es gibt schon ein engagiertes Team, welches an einer Vision herumwältzt. Dieses Vision nennt sich "Wels 2020" und es geht darum, schon im Vorfeld eine entsprechende Berufsorientierung auf die Beine zu stellen. Ich denke mir halt, dass nach dieser Wirtschaftskrise auch wieder ein Aufschwung eintreten wird und dann brauchen wir bestimmt qualifiziertes Fachpersonal. Dieses qualifizierte Fachpersonal kann für Wels auch zu einer Standortfrage werden.

Wir stehen also in vielen Bereichen vor großen Herausforderungen. Um alles bewältigen zu können, bedarf es einer Stadtregierung, die ordentlich zusammenarbeitet, die zusammenhält und an dieser Stelle möchte ich speziell in Richtung der Freiheitlichen Partei appellieren: Wir brauchen eine Stadtregierung, die nicht auf Populismus aus ist, sondern gemeinsam an den Dingen arbeitet. Die Aufgaben sind einfach enorm groß und wichtig. Lieber Kollege Rabl, du schmunzelst jetzt. Du sagtest mir einmal, dass ihr eigentlich nur als Oppositionspolitiker geschult worden seid und damit eine Regierungsverantwortung kaum tragen könnt – ich meine, so in etwa ist das gekommen – aber ich glaube schon, dass ihr auch Regierungsverantwortung tragen könnt. Überlegt es euch halt noch mal! In diesem Sinne danke ich für ihre Aufmerksamkeit.

GR. Wartinger: Bei Durchsicht der Budgetunterlagen ist mir aufgefallen, dass nicht direkt Mittel für die Neugestaltung der Homepage der Stadt Wels vorgesehen sind. Ich weiß schon, dass es bezüglich Homepage der Stadt Wels heute bereits eine Anfrage der GRÜNEN gab, ich möchte aber trotzdem noch meine Meinung dazu abgeben.

Wie einigen von ihnen sicher bekannt ist, gab es im Dezember 2009 in den OÖNachrichten einen Bericht über das Testergebnis der Homepages verschiedener Gemeinden. Bei diesem Test wurde zwar der Inhalt der Welser Homepage für gut befunden, andererseits kritisierte man, dass alles schwer zu finden ist. Nach eigener Recherche über das Internet kann ich dem Bericht in der Zeitung nur beipflichten. Ich stelle also fest, dass das gesamte Layout bereits in die Jahre gekommen ist. Die Homepage ist unübersichtlich und benutzerunfreundlich gestaltet. Ein wichtiger Punkt bestünde aber auch darin, die Homepage barrierefrei zu gestalten. Wir haben zwar in Wels eine Stabstelle für Öffentlichkeitsarbeit, der auch einiges an Geld zur Verfügung steht, aber scheinbar hält man dort den Auftritt der Stadt im "worldwide web" nicht für sehr wichtig. Von einer Energiehauptstadt und von der Heimatstadt eines Science-Centers würde ich mir schon erwarten, dass für die Gestaltung der Homepage entsprechende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, damit eben die überaltete Homepage – diese gibt es ja wirklich schon sehr lange – neu gestaltet und die Stadt bestmöglich präsentiert werden kann.

Weiters möchte ich ausführen, dass zum stimmigen Auftritt einer Stadt nicht nur die mediale Präsentation nach außen hin wichtig ist, sondern dass es auch um Kleinig-

keiten geht wie das Aufscheinen einer Telefonnummer. So werde ich immer wieder von Bürgerinnen und Bürgern darauf hingewiesen, dass, wenn sie vom Magistrat telefonisch kontaktiert werden, die Nummer der entsprechenden Abteilung bzw. der Telefonnebenstelle unterdrückt wird. Im Zeitalter des Handys kann ich bei solch einer Unterdrückung nie zurückrufen und immerhin kann es sich ja auch um sehr wichtige Anrufe handeln.

Herr Bürgermeister! Ich wünsche mir, dass diese Mängel möglichst schnell behoben werden.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ein Budget ist – das habe ich irgendwo einmal gelesen – das in Zahlen gegossene politische Vorhaben einer Kommune, einer Stadt. Und wir diskutieren gerade über die politische Zukunft der Stadt und über die Vorhaben in den nächsten Jahren. Der Herr Vizebürgermeister und der Herr Finanzdirektor haben schon sehr klar dargestellt, dass wir durch die von den Banken verursachte Wirtschaftskrise in den nächsten Jahren sehr hohe Einnahmehausfälle haben werden und dass das eine finanziell recht gut ausgestattete Stadt wie Wels ebenfalls in Probleme bringen kann. Eigentlich habe ich mich schon sehr gewundert, als ich die Grafik gesehen habe, denn wir müssen jetzt immerhin noch bis zum Jahr 2013 durch ein Jammertal schreiten. Wir müssen gemeinsam durch dieses Jammertal schreiten, wobei es für uns ganz wichtig sein wird, darauf Rücksicht zu nehmen, dass bei allem Sparen die soziale Qualität in unserer Stadt erhalten bleibt. Bei allem Sparen muss auch die kulturelle Qualität der Stadt erhalten bleiben. Ich möchte nun auf ein paar Punkte näher eingehen, die mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheinen.

Von Herrn Fraktionsvorsitzenden Csar wurde bereits darauf hingewiesen, dass es ein ganz wichtiges Signal darstellt, wenn auch im Budget etwas in Bezug auf die Integration getan wurde, indem eine Erhöhung der Geldmittel vorgenommen wurde. Das ist nämlich der Ansatz, bei welchem man deutlich sieht, dass vermehrt etwas für diesen Bereich getan werden soll. Dabei darf man aber auch nicht vergessen, dass eigentlich über das gesamte Budget verteilt ebenfalls Mittel für diesen Bereich verfügbar sind. Wir dürfen beispielsweise nicht darauf vergessen, dass die Stützkräfte in den Kindergärten ebenfalls in diesen Bereich hineinfallen. Das ist in vielen anderen Bereichen genauso. Ich warne also davor, einfach zu sagen, dass wir im Budget 100.000 Euro für die Integrationsarbeit vorgesehen haben und dass es sich damit auch schon wieder hat. Also, das wäre sicher eine verkürzte Sicht der Dinge. Hier handelt es sich vielmehr um eine Querschnittsmaterie und die bildet sich im gesamten Budget ab.

Bei Durchsicht der Kultursubventionen war es für mich eigentlich sehr wichtig und erfreulich, dass wir in Wels die kulturelle Qualität weiter hochhalten können, egal ob es sich um Galerien handelt, um die finanzielle Unterstützung von Chören oder sonstige Ausprägungen. Die hervorragende Arbeit der Vereine am Standort Wels findet somit auch weiter eine finanzielle Unterstützung seitens der Stadt.

Wichtig ist meiner Ansicht nach für die Qualität einer Stadt, wobei ja Wels das Zentrum einer großen Region ist, dass im Bereich der kulturellen Qualität wichtige Aushängeschilder vorhanden sind. So hat die Frau Gemeinderätin Josseck-Herdts bereits auf das Medien Kultur Haus hingewiesen. Ich denke mir, dass es ganz, ganz wichtig ist, wenn wir als Stadt uns dazu bekennen, dass sich die Kultur oder Kulturschaffende eigenständig weiterentwickeln dürfen. Sie selbst meinten in einem Nebensatz, dass sie die Kulturarbeit nicht bewerten wollen, später haben sie es aber trotzdem getan. Wir wissen

doch, dass die Bewertung der Kulturarbeit auch eine Frage des Blickwinkels darstellt, wobei es schon sein kann, dass bestimmte Bilder, die ihnen nicht gefallen, mir sehr wohl gefallen und es wird wahrscheinlich auch Musikrichtungen geben, die ihnen gefallen, mir aber nicht. Ich würde also davor warnen, dass wir damit anfangen, Kultur in ihren verschiedensten Ausprägungen zu bewerten. Das war hier im Gemeinderat eigentlich nie üblich und ich würde mir das eigentlich auch für die Zukunft nicht wünschen.

Die Frage des Programmkinos stellt ebenfalls einen wichtigen Punkt in der Entwicklung der Stadt dar. Hier denke ich mir, dass man sich die Konzepte ganz einfach anschauen sollte. Es gibt ein Papier über die Machbarkeit seitens des Vereines Programm kino, welches Andrea Bauer schon angesprochen hat. Dort wird ganz klar nachgewiesen, dass diese Investition die Grundlage dafür ist, dass wir das Programm kino mit zwei Sälen täglich bespielen können. Und wir gehen davon aus, dass wir Filme im Originalton usw. zusätzlich spielen können und dass wir bei einer breiteren Streuung des Angebotes zusätzliches Publikum bekommen. Derzeit ist es halt so, dass viele Kinobesucher nach Linz ausweichen oder vielleicht auch in andere Programmkinos, weil halt in Wels durch die nicht immer gegebene Spielmöglichkeit eine Unsicherheit herrscht.

Es freut mich weiters, dass sich im Medien Kultur Haus ein dynamischer Faktor der Kultur entwickelt. Wenn man bedenkt, dass wir dort auch die Galerie der Stadt Wels haben, ein hervorragendes Jugendfilmfestival in Form der YOUKI, dass wir dort jetzt diesen Verein mit dem hervorragenden Projekt "misshandelt" haben, das in ganz Österreich seinen Niederschlag gefunden hat, und jetzt kommt noch das Programm kino dazu, dann wird meines Erachtens schon sehr deutlich, dass es sich hier um einen sehr dynamischen Kulturfaktor in unserer Stadt dreht, der weit hinaus in die Region ausstrahlt.

Ich möchte jetzt den Bereich Kindergärten und Bildung ansprechen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir es als Stadt Wels geschafft haben, den Beschluss, den der Landtag zum Gratiskindergarten fasste, innerhalb kürzester Zeit umzusetzen. Da kann man allen Beteiligten wirklich nur gratulieren. Ich weiß, dass hier einiges an Arbeit dahintersteckte, aber jedenfalls haben wir es geschafft, alle angemeldeten Kinder unterzubringen und fachgerecht betreute Kindergruppen zu haben. Das ist meines Erachtens eine Höchstleistung, zu der ich den Kolleginnen und Kollegen in der Abteilung gratulieren möchte.

Herr Vizebürgermeister Wimmer ist leider gerade draußen, aber ich nehme an, er hört, was ich hier sage. Ich denke mir, dass es ein gutes Stück Arbeit bedeutete, das Budget unter diesen Bedingungen zusammenzubringen. Und ich finde es auch gut, wenn er frei nach Ingeborg Bachmann, "die Wahrheit ist den Menschen zumutbar", meinte, dass wir uns mit der Wahrheit auseinander setzen müssen, nämlich mit der Wahrheit der Budgetentwicklung.

Zum Schluss möchte ich noch dazu aufrufen, dass wir alle, alle vier Fraktionen gemeinsam unsere Kräfte bündeln und gegen diese Unsitte, wonach übergeordnete Stellen, Land und Bund Dinge beschließen, die wir als Gemeinde in weiterer Folge ausbaden müssen, etwa in Form von Resolutionen protestieren. Außerdem sollte unseren Funktionären, die für die Stadt im Landtag oder im Nationalrat tätig sind, deutlich gemacht werden, dass sie unsere Anliegen an höherer Stelle entsprechend vertreten sollen.

GR. Zaunmüller: So ein Budgetgemeinderat ist schon eine spannende Sache. Nicht nur, dass wir von den Spezialisten wie Herrn Dr. Barth eine sehr komplexe Aufstellung darüber vorgestellt bekommen, wie es denn mit dem städtischen Haushalt in den nächsten Jahren weitergehen soll, bietet dieser Budgetgemeinderat auch die Möglichkeit – und es wird ja reichlich davon Gebrauch gemacht – das eine oder andere Thema unterzubringen, das einem als Mandatar am Herzen liegt.

Für mich als einem, der zum ersten Mal an einer Budgetsitzung teilnimmt, ist die hohe Anzahl von Danksagungen auffallend. Ich möchte mich diesen Danksagungen anschließen. Vor allem möchte ich dem Herrn Oberamtsrat Höpfl dafür danken, dass er die Wasserversorgung des Gemeinderates sichergestellt hat. Abgesehen davon ist das für mich ein untrügliches Zeichen dafür, dass diese Gemeinderatssitzung noch etwas länger dauert.

In meiner Wortmeldung möchte ich ihnen ein ganz persönliches Thema vorstellen, ihnen aber gleichzeitig versichern, dass ich damit zu einer allzu langen Dauer des heutigen Gemeinderates nicht beitragen werde.

Ich möchte über etwas sprechen, das sie alle kennen. Es ist dies das Welser Wahrzeichen schlechthin. Erbaut im 13. Jahrhundert und 1326 erstmals urkundlich erwähnt, wissen sie bestimmt alle, wen ich damit meine, nämlich den Welser Ledererturm. Er ist der letzte Turm seiner Art. Ursprünglich hatten wir ja vier derartige Türme, nämlich das Fischertor im Osten, das Trauntor im Süden und im Norden hatten wir das Schmidttor. Übrig geblieben ist also der Ledererturm.

Wissen sie, meine Damen und Herren, dass dieser Turm das zweithäufigste Motiv eines öffentlichen Gebäudes in Wels ist, und zwar neben dem Rathaus? Wenn sie allerdings heute ein Foto vom Welser Ledererturm machen, wenn die Sonne scheint, was ja an sich wegen der Helligkeit gut wäre, dann brauchen sie, wenn das Foto wirklich schön werden soll, ein Bildbearbeitungsprogramm am Computer. Dies deshalb, weil sonst das Foto vom Welser Ledererturm nicht so schön ist, wie es eigentlich sein sollte.

Dass dieser Turm für Wels wichtig ist, das wissen wir spätestens seit dem Zeitpunkt, wo wir den Ledererturm stilisiert dargestellt im Welser Stadtwappen haben. Dieser großen Bedeutung des Ledererturms für Wels sind wir uns aber, so glaube ich, nicht mehr so stark bewusst. Ich habe immer den Eindruck, dass dieser Turm ein ziemlich erbärmliches Dasein fristet. Der letzte Besuch eines Malers und Anstreichers ist meines Erachtens schon etwas länger her. Der Verputz bröckelt von der Fassade. Die Innenraumgestaltung ist eher sehr spartanisch und die darin befindliche Treppe direkt abenteuerlich. Die Beleuchtung ist als eher sehr bescheiden zu beurteilen. Und somit denke ich mir, dass dringendster Handlungsbedarf gegeben ist. Wir brauchen Sofortmaßnahmen, die sich budgetär nicht allzu dramatisch auswirken. Eine Sofortmaßnahme könnte darin bestehen, dass man eine entsprechende Beleuchtung – in der Adventzeit haben wir ja ausnahmsweise eine solche – das ganze Jahr über installiert. Das wäre eine gute Idee für ein Sponsoring, etwa durch das Welser E-Werk. Es muss ja nicht gleich etwas um 100.000 Euro sein; ich bin mir sicher, dass man auch wesentlich billiger etwas gestalten könnte.

Die Frau Doktor Miglbauer ist leider schon gegangen, aber was die Ausgestaltung des Ledererturms betrifft, könnte ich mir durchaus vorstellen, dass sich im Museum der

Stadt Wels, im Fundus des Museums, bestimmt einige Exponate befinden, die dort hineinpassen wurden.

Wir brauchen ein interessantes Nutzungskonzept und was bietet sich zur Nutzung dieses Gebäudes am besten an? Natürlich würde es sich anbieten, die Kultur und die Historie zu verbinden.

Der Turm wird ja schon historisch ein wenig genutzt, wobei ich ganz besonders an die Nachtwächterführungen denke. Und an dieser Stelle, meine Damen und Herren, möchte ich meine zweite Danksagung anbringen, nämlich an die Welser Nachtwächterinnen und Nachtwächter, die ihre Sache ganz ausgezeichnet machen. Ich weiß nicht, ob jeder oder jede von ihnen schon an einer Nachtwächterführung teilgenommen hat, aber ich kann ihnen jedenfalls sagen, dass solch eine Führung eine ganz tolle Geschichte darstellt. In einem historischen Kostüm wird einem vom Nachtwächter in humorvoller und interessanter Art die Geschichte der Welser Innenstadt nähergebracht.

Weil ich jetzt über das historische Wels gesprochen habe, darf ich noch etwas anbringen. Wir haben in Wels auch einen sogenannten römischen Wachturm. Es ist das der letzte römische Wachturm und es befindet sich dieser in der Nähe des Milchhofes, also in der Schubertstraße. Und auf diesen Wachturm wird meiner Meinung nach ebenfalls zu wenig geachtet. Eine diesbezügliche Aufwertung und Steigerung der Attraktivität ist in diesem Zusammenhang notwendig.

Aber auch im sakralen Wels, meine Damen und Herren – damit meine ich die Kirchen, nämlich sechs katholische Kirchen und eine evangelische Pfarre – gibt es einiges an Nachholbedarf. Ich erinnere hier nur an den Kreuzweg, der zur Kalvarienbergkirche führt und der dringend sanierungsbedürftig ist und außerdem erinnere ich an das große Projekt in der Neustadt, die Herz-Jesu-Kirche.

Widmen wir uns in Zukunft diesen Themen. Widmen wir uns diesen mit erhöhter Aufmerksamkeit und unserem Tun, nämlich zur Aufwertung und im Interesse der Stadt.

StR. Dr. Rabl: Ich habe mir bei dieser Budgetsitzung einen etwas anderen Beginn erwartet und möchte jetzt ein bisschen ausholen bzw. die Geschichte bemühen. Wenn ich von Geschichte spreche, dann meine ich hiermit die letzte Budgetsitzung dieses Gemeinderates im Dezember 2007. Damals machte der Finanzreferent Hermann Wimmer seinerseits historische Ausflüge, nämlich in Bezug auf den Begriff "Budget". Er sagte, dieser Begriff stamme eigentlich aus dem Englischen und bedeute einen vollen Koffer, den man seinerzeit ins englische Unterhaus zu Budgetdebatten mitgenommen hat; in diesem Koffer war das Geld drinnen. Im Jahr 2007 hatte auch Hermann Wimmer noch Geld im Koffer, viel Geld sogar, das dann in breitem Bogen verteilt wurde.

Jetzt möchte ich an dieser Stelle zur Anpreisung eines Ex-Gemeinderates kommen, nämlich des früheren ÖVP-Fraktionsvorsitzenden Holter. Ich zitiere diesen jetzt aus derselben Gemeinderatssitzung wie folgt; nämlich mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung: "Lieber Hermann! Ich hoffe, dass du immer einen derart gefüllten Koffer haben wirst und es in Zukunft, bei der nächsten Budgetrede, nicht heißen wird: Vom Luxuskoffer zum Nylonsackerl."

Wir sind inzwischen beim Nylonsackerl angelangt und das ist noch dazu leer. Das ist für mich deswegen so problematisch, weil man feststellen muss – Hermann Wimmer hat

das heute auch schon gesagt – dass es nicht am außerordentlichen, sondern am ordentlichen Haushalt krankt. Wenn wir uns gerade in diesem Bereich die Zahlen anschauen – das ist ein Bereich, der schwer sanierbar ist, weil dort die Probleme strukturell auftreten – sieht man, dass sich ein Abgang im Jahr 2010 in Höhe von 13 Millionen auf 20 Millionen im Jahr 2013 hinaufsteigert. Das kann man nicht nur mit einer Wirtschaftskrise erklären. Es ist sicher richtig, dass die Wirtschaftskrise mitverantwortlich ist – der Wegbruch der Kommunalsteuer ist ein Riesenproblem und der Wegbruch der Bundesertragsanteile ist ebenfalls ein Riesenproblem – aber diese ist es nicht allein. Wir haben vielmehr – das müssen wir alle zur Kenntnis nehmen – strukturelle Probleme und wir haben das Problem, dass wir von Bund und Land Aufgaben in einem Ausmaß aufgebürdet erhalten, und zwar in einem Ausmaß, das für uns unerträglich ist, weil es nicht gleichzeitig eine budgetäre Bedeckung der Aufwendungen gibt. Und es gibt eine Investitionspolitik aus der Vergangenheit, die nicht so wie in der Fernsehserie "Gute Zeiten, schlechte Zeiten" – ich zitiere damit wiederum Holter – vorgesorgt hat, sondern ganz im Gegenteil in guten Zeiten das Geld einfach ausgab und für schlechte Zeiten keines mehr übrig hat. Das ist das prinzipielle Problem.

Das Ganze wirkt sich auch gleich bei gewissen Zahlen aus. Sieht man sich beispielsweise die Pro-Kopf-Verschuldung an, die von 173 Euro auf 712 Euro ansteigt, dann die Personalaufwendungen, die nun eine Quote von 38,2 % aufweisen oder die Verschuldungsquote, die um über 100 Prozent zugenommen hat – ebenfalls rund 100 Prozent Zunahme haben wir bei der Schuldentilgung – so sind das Entwicklungen, die uns mit Sorge erfüllen sollten. Und diese Sorge müssen wir ganz einfach verinnerlichen. Wenn wir glauben, dass wir diese Sorgen und Probleme in einem Gegeneinander lösen können, dann haben wir uns sicherlich geirrt. Ich halte aber diese Budgetsitzung, so wie sie heute abläuft, doch bezeichnend dafür, dass die Zusammenarbeit im Angesicht großer Probleme durchaus funktionsfähig ist. Nicht umsonst stimmen heute alle Parteien dieses Gemeinderates dem Voranschlag zu. Dies wohl deshalb, weil wir wissen, dass wir erstens die vorgesehenen Investitionen brauchen, zweitens weil wir wissen, dass wir nicht in der Lage sind, die Probleme in zwei oder drei Monaten zu beheben, das heißt, es wird dafür längere Zeit benötigt, und drittens wissen wir alle, dass es nur gemeinsam geht. Ich lasse mich deshalb auch nicht wirklich auf ein Hickhack in Bezug auf Populismus oder Opposition ein bzw. möchte ich gerade angesichts dieser schwierigen Fragen das Gemeinsame vor das Trennende stellen.

Ich möchte allerdings auch darauf hinweisen, dass die Zustimmung der Freiheitlichen zu diesem Budget nicht automatisch bedeutet, dass wir sonst mit jeder Maßnahme einverstanden sind. Das ist überhaupt nicht der Fall, sondern es geht vielmehr um ein Gesamtprojekt, um eine Gesamtfinanzierung, denn die richtigen Schwierigkeiten stehen uns ja noch bevor. Wenn wir glauben, dass wir mit diesem Budget einfach hinausgehen und sagen können, dass der Rahmen für die Stadt Wels gesichert ist und wir deshalb weiter so tun können wie bisher, dann haben wir uns allerdings massiv bzw. schwer getäuscht.

Ich habe vorhin von strukturellen Problemen gesprochen und diesbezüglich muss man sich einmal bewusst und klar darüber sein, dass die Stadt Wels freiwillig massive Aufgaben übernommen hat und künftig nicht mehr in der Lage ist, all diese Aufgaben zu bewältigen. Und es wird daher erforderlich sein, dass dieser Aufgabenkatalog, den es in der Stadt Wels gibt, überarbeitet wird. Wir müssen also wissen, ob wir uns noch ein Programmkinos zusätzlich leisten wollen, wollen wir uns noch ein YOUKI leisten, wollen wir uns noch das Essen auf Rädern leisten? Es gehört jede – ich wiederhole das Wort

"jede" – Aufgabe auf ihre sachliche Rechtfertigung hin überprüft sowie auf ihre Leistbarkeit. Nur wenn wir jede Aufgabe überprüfen, unabhängig von Ideologien oder Sachzwängen, können wir selbst sagen, dass wir getan haben, was wir konnten, um diesen Haushalt in den Griff zu bekommen. Was bedeutet es denn, falls wir das nicht tun? Das bedeutet automatisch Gebührenerhöhungen, automatisch Steuererhöhungen, weil eine andere Möglichkeit haben wir gar nicht. Wenn wir nämlich den Haushalt nicht ausgabenseitig sanieren, müssen wir das einnahmenseitig tun.

Ich muss mir an dieser Stelle doch eine Kritik erlauben. Es braucht sich die SPÖ nichts auf die Fahnen zu schreiben, wenn sie meint, dass heuer ohnehin die Müllgebühren nicht erhöht wurden. Dazu muss man sich schon auch die Frage stellen, was denn eigentlich eine Gebühr bedeutet. Eine Gebühr bedeutet, dass der Aufwand, der mit einer bestimmten Sache verursacht wird, 1 zu 1 eine Abdeckung erfährt. Bei der Müllgebühr ist das aber schon lang nicht mehr der Fall. Wir machen als Stadt Wels mit der Müllgebühr massive Gewinne. Sie ist bei weitem nicht in dieser Höhe erforderlich, wenn es um die Entsorgung des Mülls geht. Also, wenn wir heuer auf eine Erhöhung verzichten, dann haben wir eigentlich nur das gemacht, was der Bevölkerung ohnehin zu steht, nämlich dass man es wenigstens bei dem belässt, was im Vorjahr gegeben war.

Wo es uns nicht gelungen ist, eine Erhöhung zu verhindern – das ist ein Vorbote auf das, was kommen wird – das ist der Strombereich. Wir haben im Dezember darüber diskutiert, warum eigentlich der Strompreis erhöht werden soll, nämlich um 7 Prozent, obwohl das nach den Weltmarktpreisen nicht erforderlich wäre. Nun, die Sache ist ganz einfach. Es geht hier um Dividendenausschüttungen, um Gewinne, die das E-Werk bzw. die Strom Ges.m.b.H. erzielen muss, weil sonst die Dividendenabschöpfungsbeträge die benötigte Höhe nicht erreichen können. Wir sagten damals, dass wir gegen diese Strompreiserhöhung sind, aber leider haben sowohl SPÖ als auch ÖVP einen entsprechenden Antrag unsererseits zurückgewiesen bzw. nicht weiter behandelt. Das alles ist bedauerlich, aber andererseits sehe ich diese Dividende als Beitrag zur Budgetsanierung und so muss man das meines Erachtens auch sehen.

Die strukturellen Probleme sind allerdings nur ein Teil der Sache. Der zweite Teil – der ist mir zu erwähnen ganz wichtig – betrifft die Mitschuld an der Misere, wie wir sie heute zu registrieren haben. Es bürden uns sowohl die Bundesregierung als auch das Land in unverschämter Art und Weise Aufgaben auf bzw. überhäuft man uns mit Aufgaben, ohne dass im Finanzausgleich die entsprechenden Mittel als Ausgleich für diese Aufgabenzuweisungen vorgesehen würden. Es kann doch nicht sein, dass uns von oben her immer nur gesagt wird, was wir zu machen haben – Kindergärten, Schulen und was weiß ich, was sonst noch alles – und dann heißt es plötzlich: Bei Geldausfall lassen wir euch im Regen stehen.

Wenn ich das sage, meine ich damit allerdings nicht, dass wir überall die Verantwortung einfach abtreten können. Und wir können nicht einfach nur Petitionen an die Bundes- oder an die Landesregierung des Inhalts verfassen, dass dies anders gemacht gehörte und das genauso. Also, wir müssen schon versuchen, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, das bestmögliche zu tun. Auf der anderen Seite liegt es aber doch an uns, das Land und den Bund entsprechend in die Pflicht zu nehmen und gerade auch im Bereich des Städtebundes unsere Interessen wahrzunehmen und einen Beitrag in der Richtung zu leisten, dass im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen die Stimme der Städte sehr kräftig gehört wird. Ansonsten landen wir womöglich

dort, wo wir nicht hin wollen, nämlich bei den Zuschussgemeinden; das kann nicht das Ziel sein.

Mit schuld an der ganzen Misere ist aber auch die Investitionspolitik der Vergangenheit. Ich kann hier die ÖVP und die FPÖ von der Misere nicht ganz freisprechen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Projekte gefördert, von denen wir bereits wussten, dass wir uns das alles nicht leisten können. Wir haben als Freiheitliche damals schon darauf hingewiesen. Und wenn ich das Welios oder das Science-Center nur als Beispiel dafür heranziehe, muss ich sagen, dass man von Besucherzahlen ausgeht, von denen wir jetzt schon wissen, dass sie unmöglich dauerhaft erreichbar sind. Wir wissen schon jetzt aufgrund der Berechnungen, dass dann, wenn die Zahl von Welios-Besuchern nur um 5 Prozent sinkt, massive Zuschüsse benötigt werden, um ausgeglichen bilanzieren zu können. Wir wissen weiters schon jetzt, dass uns die Mitbetreiber dann, wenn Verluste eintreten, das Welios einfach übertragen können. Wir müssen dann nicht nur das Personal übernehmen, sondern auch die Betriebspflicht bzw. den Zuschussbedarf, der eben damit in Verbindung steht. Das ist für uns ein Problem, von dem wir sagen müssen: Da wurde nicht rechtzeitig reagiert. Hier haben SPÖ und ÖVP an uns und an der Bevölkerung vorbeiregiert. Es wird uns das noch auf den Kopf fallen und es ist das die Ursache dafür, dass wir uns überlegen müssen, ob wir uns weiterhin alle Aufgaben leisten können, die notwendig wären, um das Serviceangebot der Stadt Wels aufrecht zu erhalten.

Es gibt natürlich eine Möglichkeit, die Schulden, die wir jetzt machen, auch wieder abzubauen. Wir machen einfach das, was wir in der Vergangenheit schon immer gemacht haben, und das bedeutet den Verkauf von Familiensilber. Zuletzt haben wir das im Jahr 2002 gemacht. Da wurde die Stromschiene des E-Werks verkauft und früher haben wir schon das Kanalnetz und das Wasserleitungsnetz an das E-Werk verkauft. Es hat also immer eine Möglichkeit gegeben, aus unseren finanziellen Nöten herauszukommen und man muss auch einmal betonen, dass wir als Stadt noch immer über sehr viel Vermögen verfügen. So haben wir Anteile an der Sparkasse OÖ Bank AG, am E-Werk etc., aber ich halte das nicht für eine prioritäre Art, Budgets zu sanieren. Ich glaube, man sollte zuerst alle Sanierungsschritte ausschöpfen, die uns sonst zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang gebührt auch dem Hermann Wimmer ein Lob und ich möchte das in deiner Anwesenheit aussprechen. Ab dem Jahr 2002 waren wir praktisch schuldenfrei und die Neuverschuldung blieb in einem sehr überschaubaren Rahmen. Es wurden budgetär sehr vernünftige Schritte ergriffen, um eine allfällige Budgetüberschreitung sehr im Rahmen zu halten. Aber jetzt kann der Hermann Wimmer machen was er will, es wird trotzdem einnahmenseitig alles zusammenbrechen und ausgaben-seitig alles explodieren. Und wir stimmen diesem Budget trotzdem zu, weil wir glauben, dass es gerade jetzt unbedingt notwendig ist, einen Schulterschluss zu haben, einen Schulterschluss zwischen allen Parteien, einen Schulterschluss, der es ermöglicht, gemeinsam all diese Probleme zu bewältigen. Und wenn ich "gemeinsam" sage, dann meine ich wirklich "gemeinsam". In der Vergangenheit kam es nämlich in Zusammenhang mit Eröffnungen oder der Tötigung von Investitionen immer wieder so zum Ausdruck, dass die Freiheitlichen nichts mizureden hätten – wir, gemeint sind die anderen Parteien, präsentieren demnach alles mit Stolz als eigene Ideen – aber wenn es jetzt darum geht, Einsparungen zu treffen oder Einschnitte zu setzen, die vielleicht weh tun, dann sind wir Freiheitliche vielleicht schon gut genug zum Mitmachen.

Und ich muss noch etwas ganz klar sagen. Wenn wir schon einen gemeinsamen Weg gehen – das sagte ich schon immer – dann heißt das, dass dieser Weg immer gemeinsam gegangen gehört. Bei der Referatsverteilung war es ja zuletzt so, dass die SPÖ und die ÖVP den bequemeren Weg gingen, indem sie uns nicht mitbefassten. Nein, gemeinsam heißt, immer gemeinsam! Man kann doch von uns nicht verlangen, dass wir zwar die Lasten mittragen, aber bei Investitionsvorhaben sagt dann jemand: Das machen wir schon allein!

Wir sind als Partei jedenfalls daran interessiert, diese Probleme gemeinsam zu lösen. Wir sind daran interessiert, diesen Schulterschluss zu machen und persönlich glaube ich, dass es notwendig und sinnvoll wäre, eine Projektgruppe einzurichten, die sich die Aufgaben ganz genau durchschaut und gemeinsam beschließt, was wir uns zukünftig noch leisten können und was nicht mehr möglich ist. Sollte uns das nicht gelingen, werden wir spätestens zur Budgeterstellung 2011 und 2012 – ich gehe davon aus, dass wir ein Doppelbudget haben werden – massive Probleme bekommen; zumindest wir Freiheitliche sind davon überzeugt. Wenn sich strukturell nicht etwas ändert, werden wir dem nächsten Budget sicher nicht mehr zustimmen. Das kann ich jetzt schon versprechen und deshalb ergeht meine ausdrückliche Aufforderung an den Herrn Finanzreferenten, uns in jeder Hinsicht einzubinden, wobei es wichtig ist, uns nicht nur beim Sparen einzubinden, sondern auch bei den Investitionsprojekten. Gerade wenn weniger Geld da ist, muss ich die Prioritäten völlig neu ordnen. Ich muss ganz genau wissen, was ich mit dem wenigen Geld mache, das mir bleibt. Diese Prioritäten werden natürlich von den Parteien unterschiedlich betrachtet oder gewichtet und es ist kein Geheimnis, dass uns die Frage der Integration die wichtigste ist, weil wir erkannten, dass das in Wels das Thema Nummer 1 ist. Das ist das Problem, das die Leute wirklich drückt. Man kann sagen, dass es populistisch ist, was wir hier machen, aber ich sage, es ist nur das, was die Bevölkerung von uns verlangt und deshalb hat sie uns ja gewählt. Es ist das, wo die Bevölkerung sagt: Bitte, ihr müsst bei diesem Problem etwas machen. Es reicht dabei nicht aus, diverse Resolutionen an das Land und an den Bund zu richten, nein, die Maßnahmen müssen wir in Wels ergreifen. Es ist anders gar nicht möglich bzw. können wir nicht bloß auf den Bund hoffen. Dieser hat uns die letzten 20 Jahre nicht geholfen und er wird uns auch die nächsten 20 Jahre nicht helfen. Wir können genauso wenig auf das Land hoffen, denn von dort her ist es nicht anders wie vom Bund. Ich erinnere daran, dass der Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer einmal ankündigte, die Klassenschülerhöchstzahl bzw. den Ausländeranteil pro Klasse auf 30 % zu beschränken, gekommen ist aber letztlich nichts. Das war bereits vor fünf Jahren.

Es ist also nicht zu erwarten, dass wir von irgendwo her eine Hilfe bekommen. Wir werden mit unseren Problemen in Wels alleingelassen und müssen daher auch das Integrationsproblem selbst lösen. Und hier sage ich ganz konkret, dass wir diesbezüglich in Wels einen Schwerpunkt haben wollen. Und wenn jemand meinte, dass die einzelnen Anträge nur Flickwerk darstellen, muss ich festhalten, dass wir in den letzten sechs Jahren etwa 40 Anträge zum Thema Integration stellten und es gibt inzwischen in Wels auch ein Integrationsleitbild, nur fragt man sich, wo die Umsetzung ist oder wo wirklich konkrete Maßnahmen gesetzt wurden. Ich möchte endlich was sehen! Ich möchte, dass sich endlich etwas bewegt oder tut! Und wenn der Druck noch erhöht werden muss, dann werden wir ihn eben weiter erhöhen. Wir haben nämlich gar keine andere Möglichkeit.

Ein zweiter Bereich, der uns ganz wichtig ist, das ist jener des Sports. Es wurde heute schon gesagt, dass es für den Sport ein Gesamtkonzept geben sollte. Ich sehe dazu ein

Entgegenkommen der SPÖ und dieses hat uns ebenfalls dazu veranlasst, heute die Zustimmung zum Budget zu geben. Auch die SPÖ hat erkannt, dass das Stadionprojekt ein Projekt ist, das sich bei der derzeitigen Finanzlage der Stadt und der jetzt gegebenen Meinungsbildung unter der Bevölkerung nicht verwirklichen lässt. Da gibt es also ein Einlenken und es ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Wir konnten uns diesem Sinneswandel nicht verschließen bzw. meinten wir eben, dass das ein guter Schritt sei.

Das heißt aber andererseits nicht, dass wir im Sportbereich nichts machen müssen. Das betone ich ausdrücklich! Wir haben immer gesagt, dass wir Sportstätten dort haben sollen, wo wir sie brauchen, also nicht eine zentrale Sportstätte, sondern mehrere. Wir wollen eine Sanierung bestehender Sportplätze und Sporthallen erreichen, weil bei uns verschiedene Sachen im Argen liegen. Wenn man sich die Turnhalle in Lichtenegg ansieht oder die Turnhalle bei der Volksschule Pernau, muss man doch sagen, dass es sehr wohl einen Sanierungsbedarf gibt und diesen Sanierungsbedarf müssen wir abdecken. Wir können doch nicht alles, wofür wir in der Vergangenheit Geld aufbrachten, versandeln lassen. Wels hat den Ruf bekommen, eine abgesandelte Stadt zu sein. Wir müssen endlich gegensteuern. Bevor wir andere Großprojekte angreifen, müssen wir sagen, dass zuerst einmal unser bestehendes Haus in Ordnung zu halten ist, ehe wir uns ein neues bauen. Das ist es, was ich verlange. Ich will haben, dass vor irgendwelchen neuen Projekten die bestehenden Einrichtungen in Ordnung gebracht werden. Das betrifft den Sport genauso wie unsere Innenstadt.

Wenn in Wels jemand durch die Innenstadt geht, wird er sagen: Was ist denn das für ein versandertes Loch!? Es tut mir weh, wenn ich das höre und ich kann es schon gar nicht mehr hören. Und es liegt an uns, als Meinungsbildner dagegen aufzutreten und zu sagen: Erstens stimmt das nicht, zweitens ist der Handel in Ordnung und drittens schaffen wir Impulse. Aber diese positive Stimmung muss von uns ausgehen. Wir als Politiker sind gefordert, ein anderes Stimmungsbild zu erreichen. Das betrifft die Wirtschaft, die Innenstadt, den Sport, die Integration und noch viele andere Themen.

Ich glaube also, dass es nicht bloß notwendig ist, über Sparmaßnahmen zu reden, sondern auch über Prioritäten bzw. dass es notwendig erscheint, Prioritäten gemeinsam festzulegen für die nächsten Jahre. Nur wenn wir das schaffen, haben wir eine Chance, aus dieser Stadt ein Glanzstück zu machen, ein Glanzstück, wie es das schon einmal war, worauf wir stolz sein können und worüber wir sagen können: Da haben wir uns hinentwickelt und das ist die Entwicklung, die wir uns vorgestellt haben! Das geht aber nur mit verschiedenen Einzelmaßnahmen. Dieses ganze Gerede bezüglich der Fleckerlteppiche halte ich schon gar nicht mehr aus, denn wir müssen logischerweise Einzelmaßnahmen ergreifen. Dass das in einem Großen und Ganzen zu sehen ist, das stimmt schon, aber trotzdem ist jeder gefordert, in seinem Bereich das zu tun, was ihm möglich ist. Und würde jeder Referent das machen, was in seinem Bereich möglich ist, dann wäre uns viel geholfen. Das Problem ist – Hermann Wimmer hat es irgendwo angesprochen – die Entscheidungsschwäche. Oft kommt es mir vor, als würde man absichtlich nichts weiterbringen wollen. Diese Kritik muss ich formulieren und ich formuliere sie ganz klar. Wir wollen jedenfalls versuchen, in unseren Referaten das weiterzubringen, was immer uns möglich ist, sodass wir Wels zu einer Stadt gestalten, die lebenswert ist und von der die Leute nicht irgendwo hin auf's Land ziehen, weil sie sagen: Ich kann mein Kind nicht mehr in die Volksschule schicken, ich kann mein Kind nicht mehr in den Kindergarten schicken. Nein, wir wollen haben, dass die Leute hier bleiben.

In Zusammenhang mit dem Hierbleiben haben wir jetzt die historische Chance – wir haben schon früher davon gesprochen bzw. diese Vorgangsweise beantragt – die Gründe, wo das Stadion hingekommen wäre, endlich als Bauland für Jungfamilien zur Verfügung zu stellen. Das wären, wenn wir es wollen, günstige Baugründe und damit könnten die Leute doch eher in Wels bleiben. Es kann doch nicht sein, dass Wels ständig junge Familien verliert.

Wir müssen über eine faire Lastenverteilung auch in der Frage der Integration sprechen, wobei die Umlandgemeinden einzubeziehen sind. Es kann doch nicht sein, dass wir in Wels 340 Asylanten haben und in den Umlandgemeinden fast nichts an Asylanten ist. Das ist also ebenfalls eine Frage der fairen Lastenverteilung. Warum muss Wels immer diese Lasten übernehmen? Das ist doch überhaupt nicht einzusehen, aber hier fehlt es ebenfalls am gemeinsamen politischen Willen, den ich hiermit einfordere, nämlich in allen Bereichen. Es wäre uns geholfen, würden wir gerade diese Budgetsitzung zum Anlass nehmen, um diesen gemeinsamen politischen Willen zu formulieren. Dabei bin ich allerdings schon einmal froh darüber, dass wir trotz aller ideologischen Unterschiede ein gemeinsames Votum haben werden. In dieser Hinsicht muss ich ebenfalls dem Finanzreferenten danken und sagen: Gut gemacht, ich hätte es wahrscheinlich auch nicht besser gekonnt! Ich danke also sehr herzlich dafür!

GR. Zittmayr-Hacker: Ich spreche über die „EnergieStadt“ Wels. Die Stadt Wels hat sich mit dem vielversprechenden Projekt „EnergieStadt“ Wels ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Ich bin überzeugt, dass wir uns alle über die Wichtigkeit dieses zukunftsweisenden Themas einig sind. Dazu möchte ich aber auf eine interessante Möglichkeit zur umweltschonenden und nachhaltigen Energieversorgung aufmerksam machen. Es betrifft das die Biomasseenergie bzw. die Wärme aus Pellets bzw. aus Hackschnitzel.

Jeder, der einen Holzofen zu Hause hat, weiß, welchen Komfort die Holzwärme bietet. In diesem Fall spreche ich aber nicht die bewährte Holzheizung für Ein- oder Zweifamilienhäuser an. Es besteht vielmehr seit Jahren die Möglichkeit, Wohnhausanlagen und öffentliche Gebäude etc. effizient mit Wärme durch Biomasse zu versorgen. Mittlerweile gibt es sogar die Möglichkeit, mit Biomasse-Fernwärmeanlagen eine regionale Energieversorgung auf breiter Basis zu schaffen und somit ganze Ortsteile mit erneuerbarer Energie zu beheizen.

Fakt ist, dass Energie aus Biomasse nicht nur umweltschonend ist, sondern eine Garantie für umweltfreundliche Energieversorgung. Für die Effizienz dieser Energieart spricht ein hoher Wirkungsgrad bei vergleichsweise sehr geringen Emissionswerten. Weiters möchte ich auf die regionale Wertschöpfung bzw. auf die mögliche Schaffung von Arbeitsplätzen hinweisen.

Seit Dezember 2009 gibt es die Ausbildung zum Facharbeiter für Biomasse und Bioenergie. Die Bioenergie ist wichtig und erfolgreich, was auch die Entwicklung in Oberösterreich zeigt. 13 Heizwerke sind derzeit zur vollsten Zufriedenheit der Wärmeabnehmer und der beteiligten Landwirte in Betrieb. Und an diese positive Entwicklung sollte sich auch die Stadt Wels anschließen. Ich möchte an dieser Stelle an ein konkretes Biomasse-Energieprojekt der Stadt Wels appellieren. Warum sollte man nicht Perspektiven schaffen sowie auf regionaler Ebene eine umweltfreundliche Energie nutzen? Als Vertreterin der Landwirtschaft weiß ich um das Interesse der Bauern hier in Wels Bescheid. Diese möchten sich, wie das schon einige Kollegen in Oberösterreich getan haben, als echte Energiespezialisten etablieren. Und deshalb fordere ich die

Zuständigen in unserer Stadt auf, sich nicht nur auf den Titel „EnergieStadt“ zu verlassen, sondern die Chancen, die sich bieten, tatsächlich zu nutzen.

Vzbgm. Eisenrauch: Ich habe jetzt fast den Schluss der Debatte versäumt, weil ich anscheinend noch zu sehr auf meine frühere Tätigkeit im Landtag fokussiert bin. Dort ist es so, dass nach durchgeführter Debatte die Referenten diverse Anfragen beantworten und sozusagen ein Schlusswort haben. Ich habe schon irgendwo gemerkt, dass das im Gemeinderat anders verläuft, aber es passt schon so.

Es war sicher innerhalb von drei Monaten nicht leicht, mich in ein so großes Referat, welches Generationen, Bildung und Kultur umfasst, hineinzufinden. Dass es mir aber doch recht gut gelungen ist, das verdanke ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zuständigen Dienststellen. Diese haben es mir wirklich leicht gemacht, mich in die Aufgaben hineinzufinden und dafür sage ich ein herzliches Dankeschön an alle, die direkt in den Dienststellen arbeiten und an alle, die draußen vor Ort bestimmte Dinge erledigen. Ich danke allen in der Kulturverwaltung, in der Dienststelle Schule und Sport, in der Dienststelle Kindergarten und auch in der Dienststelle, die mit dem Generationenproblem befasst ist.

Wenn heute in Bezug auf die Generationen angesprochen wurde, dass die drei Seniorenverbände um insgesamt 1.200 Euro mehr bekommen, kann ich nur sagen, dass dieser Betrag bei der Höhe unseres Budgets wahrscheinlich nur als Klacks zu bezeichnen ist. Wahrscheinlich spricht hier etwas der Neid mit, so nach dem Motto: Wenn ich selber keine derartige Organisation habe, dann gönne ich auch den anderen nichts. Die Seniorenverbände leisten großartige Arbeit für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger und wenn nun nach Jahren – es sind immer 4.500 Euro für alle zur Verfügung gestanden – je größer Organisation 500 Euro bzw. 200 Euro für den Seniorenring dazukommen, dann ist das eigentlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, nämlich gemessen an der Arbeit, die geleistet wird. In Bezug auf die Kindergärten gilt mein spezieller Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die schnelle Umsetzung des neuen Gesetzes. Es war bestimmt nicht leicht, so rasch zu reagieren und den Gratiskindergarten umzusetzen. Wir haben damit verbunden auch mehr Kinder zur Betreuung bekommen. Ich denke jedenfalls, dass sich alle Beteiligten sehr bemühten und es ist sinnlos, im Nachhinein über irgendetwas zu jammern. Ich sage immer, dass es sinnlos ist, über verschüttete Milch zu reden.

Der Kollege Rabl ist gerade hinausgegangen, der zuerst von den Schulen sprach. Ich habe im letzten Monat gemeinsam mit Herrn Homar und der Frau Bezirksschulinspektorin alle Pflichtschulen in Wels besucht. Wir haben in einer Liste alle Wünsche und Anregungen aufgenommen, die natürlich vorhanden sind, aber im Großen und Ganzen sind unsere Schulen in Ordnung. Und überall dort, wo ein dringender Bedarf gegeben ist, wird sehr wohl gehandelt. Der Kollege Rabl war ebenfalls in einigen Schulen und ich hoffe, er gibt mir auch eine Liste von dem, was er an Mängeln festgestellt hat und vielleicht gibt er mir aus seinem Referat die nötigen Mittel, damit wir rascher das Schulsanierungsprogramm abarbeiten können. Das wäre als gute Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg von zwei Referaten anzusehen.

Die Kultur betreffend denke ich mir, dass das Programm kino nun einmal auf Schiene steht. Es wurde schon angesprochen, dass im nächsten Jahr "20 Jahre Programm kino" gefeiert wird und jetzt erst darüber zu reden, dass es vielleicht nicht sinnvoll wäre, ein Programm kino in neuem Umfeld zu starten, das halte ich nicht für richtig. Das steht auf

Schiene und ich denke mir, dass man dagegen sowieso nichts mehr machen kann. Und ich denke, dass es wichtig für die Stadt ist, wenn wir das Programm kino in der Form, wie es geplant ist, bekommen.

Über Inhalte des Programms mag man reden können. Ich meine ebenfalls – wenn mehr Spieltage zur Verfügung stehen – dass es zusätzliche Programminhalte geben wird.

Was die Sanierung des Medien Kultur Hauses betrifft, ist eigentlich klar, dass diese jetzt vorzunehmen ist, denn ich kann doch nicht etwas im Gebäude selbst neu einrichten, ohne gleichzeitig das Gebäude insgesamt zu renovieren.

Wenn der Ledererturm angesprochen wurde, so sprach mir der Kollege Zaunmüller aus dem Herzen. Ich denke, eines der wichtigsten Vorhaben im kommenden Jahr wird tatsächlich darin bestehen, beim Ledererturm einen Beginn zu setzen, denn ein Verfall dieses Turms wäre für unsre Kulturlandschaft in der Stadt Wels sicher schrecklich. Ebenfalls sehr am Herzen liegt mir eine entsprechende Nutzung des Ledererturms. Wie schon gesagt, werden die Nachtwächterrundgänge sehr gut angenommen und natürlich ist dabei der Ledererturm eingebunden. Jedenfalls werden wir heuer noch schauen, dass wir bei der Grundausstattung etwas tun können. Wenn ich von der WC-Anlage, von den Fenstern, von der Heizung spreche, so ist es einfach notwendig, Sanierungsschritte zu setzen.

Die sakralen Gebäude wurden ebenfalls angesprochen. Ich denke, diesbezüglich lässt sich die Stadt Wels mit Sicherheit nicht lumpen, wenn ich das so sagen darf. Wir unterstützen doch immer wieder die Pfarren, wenn diverse Anträge an uns gerichtet werden, damit eben auch die Kirchengemeinschaften ihren Aufgaben nachkommen können.

Ich sage nochmals ein herzliches Dankeschön an alle meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Dienststellen, die mir wirklich das Einleben als Kulturreferentin, als Referentin für Generationen und Bildung sehr leicht machten. Danke vielmals!

Bgm. Dr. Koits: Ich sehe jetzt wirklich keine Wortmeldungen mehr und stelle die Frage, wo der Finanzreferent ist. Ich rufe den Finanzreferenten herein!

GR. Pernkopf: Kein Schlusswort!

Zwischenrufe: Der will nicht reden! Kein Schlusswort!

Bgm. Dr. Koits: Dann lasse ich einfach abstimmen!

Zwischenrufe: Wir sind eh beschlussfähig! Passt schon! Die Sitzung geht weiter!

Zwischenruf GR. Wiesinger: Ist leicht die Sitzung unterbrochen worden?

Bgm. Dr. Koits: Ich darf bitte alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ersuchen, sofern sie sich irgendwo im Haus herumbewegen, in den Sitzungssaal zurückzukommen, wo wir ja die Abstimmung durchführen müssen. Und vorher hat eben der Finanzreferent, der jetzt wieder im Saal ist, noch das Schlusswort.

Vzbgm. Wimmer: Ich bedanke mich für diese wirklich sehr erfreuliche und erfrischende Diskussion über die anstehenden Beschlüsse zum Budget, zur „Mittelfristigen Finanzplanung“, aber auch zur Darlehensaufnahme.

Ich glaube doch, dass die meisten erkannt haben, wie schwierig die Situation ist, in der wir uns gerade befinden. Und ich erinnere daran, was ich in meinen einführenden Worten zum Budget 2010 und zur „Mittelfristigen Finanzplanung 2010 bis 2012“ sagte. Ich möchte aber auch ein paar Missverständnisse oder dergleichen, die zumindest aus meiner Sicht heraus gegeben sind, aufklären.

Es freut mich, dass sich jetzt Herr Gemeinderat Dr. Csar so intensiv des Themas Sport widmet. Ich möchte aber doch auch festhalten, dass ich beim Stadionprojekt nicht die Notbremse gezogen habe. Vielmehr bin ich nach wie vor überzeugt davon, dass die Entscheidung, die im Vorjahr SPÖ und ÖVP getroffen haben, eine richtige war. Und ich halte es nach wie vor für einen schweren politischen Fehler, dass dieses Projekt nunmehr nicht zu realisieren ist. Andererseits bin ich so viel Demokrat, dass ich zur Kenntnis nehme und akzeptiere, dass zwei Fraktionen dieses Gemeinderates, nämlich die FPÖ- und die GRÜNE-Fraktion, dieses Projekt in einem anderen Licht sehen und bei einem notwendigen Finanzierungsbeschluss mit Zwei-Drittel-Mehrheit nicht mitmachen. Das Ganze ist eben Ausdruck der Mehrheitsverhältnisse in diesem Gemeinderat, die ich eben zu akzeptieren habe. Ich akzeptiere dies und somit habe ich persönlich keine Notbremse gezogen. Es handelt sich vielmehr um ein demokratisches Spiel, dessen Ausgang zur Kenntnis genommen werden muss. Wenn ein Projekt aufgrund der gegebenen neuen Mehrheitsverhältnisse nicht weitergeführt werden kann, so geschieht das eben nicht. Das ist eben in der Demokratie so und es ist das für mich selbstverständlich.

Ich komme jetzt in diesem Zusammenhang zu den Millionen des Landes Oberösterreich als Zuschuss zu diesem Projekt, also zu den Millionen, die sie vielleicht geistig schon auf andere Projekte aufteilten. Diese Millionen sind natürlich nicht da und ich habe nur gelegentlich betont, dass es eine grundsätzliche Mitfinanzierungszusage des Landeshauptmannes gibt. Es waren gemeinsame Gespräche, die Vertreter der SPÖ und der ÖVP im Vorjahr mit dem Landeshauptmann führten. Ich dachte, sie wurden darüber informiert, aber falls das nicht geschehen sein sollte, dann habe ich das jetzt nachgeholt. Jedenfalls hat mich diese grundsätzliche Mitfinanzierungszusage des Landeshauptmannes in die Lage versetzt, dieses Projekt positiv zu sehen. Es würde auch nicht unter den zitierten Erlass von Stockinger und Ackerl fallen, weil es sich hier um ein Projekt handelt, für das es diese Mitfinanzierungszusage bereits gibt. Auf der anderen Seite gibt es aber keine Mitfinanzierungszusagen für alle anderen Projekte, die jetzt genannt werden. Genauso wenig gibt es eine ganz konkrete Zusage, was die Höhe des Betrages für das Sportstättenprojekt betrifft. Das ist aber insofern leicht erklärbar, weil das letzte Gespräch mit dem Landeshauptmann damit endete, dass wir uns sozusagen auf eine Zeit nach Durchführung der Landtags und Gemeinderatswahlen vertagten und wie wir wissen, kam es nach Durchführung dieser Wahlen zu einem Ressortwechsel beim Land in Bezug auf den Sport. Das Sportressort ist also zu Herrn Landesrat Sigl gewandert und es kam in der Zwischenzeit zu keinem Gesprächsabschluss mehr. Es wäre aber solch ein Abschluss aufgrund der Verhältnisse in Wels sowieso hinfällig.

Sie stellten die Frage in den Raum, was eigentlich mit dem im Vorjahr gefassten Grundsatzbeschluss ist? Aufgrund dieser neuen Situation ist klarerweise dieser Beschluss ebenfalls hinfällig, es sei denn, dass es eine Fraktion im Gemeinderat gibt, die den

Antrag stellt, dieses Projekt doch zu realisieren und die auch einen Zwei-Drittel-Mehrheitsbeschluss im Gemeinderat sicherstellt. Ich bin der Letzte, der gegen einen solchen Finanzierungsbeschluss stimmen würde, aber aufgrund der heute gegebenen Lage sehe ich solch eine Möglichkeit ohnehin nicht. Damit ist also dieser Gemeinderatsbeschluss aus dem Vorjahr erledigt und wir sind alle dazu aufgerufen, Überlegungen anzustellen, wie wir dieses Grundstück, welches tatsächlich wertvolles Bauland darstellt, einer sehr sinnvollen künftigen Verwendung zuführen können. Hier sind die Fraktionen des Gemeinderates gefordert. Insbesondere ist der Planungsreferent gefordert, Überlegungen anzustellen, mit welchen Widmungen dieses Grundstück, das derzeit noch die Widmung "Grünland" trägt, versehen werden kann. Persönlich kann ich mich der Idee – diese wurde heute ein paarmal angesprochen – einer gemischten Nutzung anschließen. Man könnte demnach in der Nähe der Autobahn Betriebsansiedlungen ermöglichen und in einem anderen Bereich wäre sicher der Bau von Wohnungen vertreten. Auch die Idee mit den Jungfamilien gefällt mir sehr gut; ich kann dem sehr viel abgewinnen. Aber zuerst ist jetzt einmal der Planungsreferent am Zug und dann wir alle als Mitglieder des Gemeinderates.

In Summe war das eine sehr konstruktive Diskussion, für die ich mich bedanke. Ich danke natürlich für die gefallenen Dankesworte, insbesondere für jene – das hat mich überrascht, aber auch erfreut – des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rabl. Dieser hat damit bewiesen, dass er auch in Budgetfragen sehr lernfähig ist. Mir fällt im Moment keine Passage seiner Ausführungen ein, gegen die ich mit Vehemenz sprechen müsste. Es ist dem eigentlich kaum etwas hinzuzufügen. Er hat eigentlich mit sehr klaren Worten wiederholt, was ich heute schon sagte, nämlich dass die Zeiten des Geldausgebens zumindest befristet praktisch vorüber sind. Andererseits ist heute einiges an neuen Plänen von den verschiedenen Fraktionen aufgetaucht, nämlich in der Richtung, was man alles bauen oder wofür man Geld ausgeben könnte. Das Ganze reicht von der Ledererturm-Sanierung bis hin zu Verkehrssicherheitsmaßnahmen, Straßenumbauten etc. Herr Kollege Kroiß! Ich verstehe schon alles, was sie so an Wünschen zum Ausdruck brachten, aber andererseits muss ich sehr nachdrücklich darauf hinweisen, dass auf befristete Zeit diverse Maßnahmen einfach nicht zu realisieren sind.

Herr Dr. Csar! Es wird zumindest mit einem Finanzreferenten Wimmer das, was sie als Zukunftsbudget bezeichneten, nicht geben, also in den Jahren 2011 und 2012. Das aber nicht etwa deshalb nicht, weil ich das nicht gerne haben möchte. Wenn es uns gelingt, bei der Bundes- und bei der Landesregierung Entlastungsmaßnahmen für die Städte und Gemeinden zu erreichen, dann können wir auch ein solches Zukunftsbudget erstellen, ich fürchte allerdings, dass das Budget für 2011 und 2012 eher ein Notbudget wird als ein Budget, das uns in großen Schritten und großen Perspektiven in die Zukunft blicken lässt. Ich würde mir selbstverständlich wünschen, dass das möglich wird, wenn wir das alle gemeinsam betreiben. Sie, Herr Dr. Csar, sitzen ja quasi Tür an Tür und auf Augenhöhe mit dem Landeshauptmann und Landesfinanzreferenten, das heißt, wenn sie ihr gewichtiges Wort einlegen, bin ich davon überzeugt, dass es uns in Hinblick auf die Budgeterstellung 2011 und 2012 besser gehen wird, als es heute aussieht.

Wenn der Herr Dr. Rabl davon sprach, dass die Freiheitliche Partei eingebunden werden müsste, kann ich nur sagen: No na, das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Ich habe schon bei meinen einleitenden Ausführungen gesagt, dass es hier einer gemeinsamen Anstrengung aller Fraktionen bedarf, das heißt, gewisse Dinge kann die SPÖ nicht allein machen, auch nicht allein mit der ÖVP, ebenso wenig wie die

Freiheitlichen mit den GRÜNEN – ich weiß nicht, welche Konstellationen auch immer sich hier ergeben könnten – das heißt, wir werden diese schwierige Zeit nur dann überstehen, wenn es eine gemeinsame Anstrengung aller vier Fraktionen dieses Gemeinderates gibt. Für meinen Teil sichere ich zu, dass ich entsprechende Gespräche mit allen Fraktionen führen werde. Das ist ganz klar, denn nur gemeinsam können wir diese schwierige Situation bewältigen.

Und bei all diesen Bemühungen geht es im Vordergrund nicht einmal so sehr darum, dass der Finanzreferent beim nächsten Mal wieder ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann, sondern es geht darum, die sicher kommenden schmerzlichen Eingriffe doch noch in einem halbwegs erträglichen Ausmaß halten zu können, nämlich im Interesse der Bevölkerung. Darum geht es und so müssen wir – da nehme ich mich selbst nicht aus – vielleicht gegebene persönliche Befindlichkeiten zurücknehmen und das Gemeinsame – da bin ich voll bei Herrn Dr. Rabl – in den Vordergrund bzw. eigentlich in den Mittelpunkt stellen.

Dass trotz eines heutigen einstimmigen Budgetbeschlusses nicht alle Fraktionen mit allem einverstanden sind, das ist für mich selbstverständlich. Es wäre ja irgendetwas falsch im System, wären wir plötzlich in allen Sachfragen, in allen politischen Fragen einer Meinung. Das käme ja fast einem Rückfall in Systeme gleich, die wir alle nicht mehr haben wollen. Und so ist es eben ganz klar, dass der eine den Schwerpunkt im Kulturbereich sieht, der andere im Integrationsbereich, der Dritte im Sportbereich und der Vierte im Sozialbereich. Aber die Kunst muss eben darin gegeben sein, einen größtmöglichen gemeinsamen Nenner für die Welser Bevölkerung zu finden. Wenn das gelingt, dann haben wir, so glaube ich, für diese Funktionsperiode heute einen sehr wichtigen ersten Beschluss gesetzt. Ich bedanke mich ausdrücklich für die angekündigte Zustimmung seitens der Fraktionen zu diesem Budget und ich danke allen, die daran mitwirkten, dass dieses schwierige Werk heute in dieser Form präsentiert werden konnte.

Damit ersuche ich jetzt um Abstimmung, Herr Bürgermeister!

Bgm. Dr. Koits: Ich danke für diese Schlussworte, genauso wie ich dem Herrn Finanzreferenten und seinen Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeitern danke. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

5.)

Mittelfristige Finanzplanung 2010 – 2012;
Beschlussfassung
FD-Fin-50-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 04.02.2010:

Die „Mittelfristige Finanzplanung“, bestehend aus dem Voranschlag 2010 und den Planjahren 2011 und 2012, wird beschlossen (Anlage 11).

Einstimmig angenommen.

6.)

Voranschläge der Stadt Wels für die
Rechnungsjahre 2008/2009 (Doppelbudget) und 2010;
Darlehensaufnahmen
FD-Fin-901-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 04.02.2010:

Die Aufnahme von Darlehen bis zur Höhe von € 46,566.800,-- wird genehmigt. Dieser Betrag erhöht sich in dem Ausmaß, in dem budgetierte Bundes- und Landesförderungen nicht gewährt und neue mit Darlehen bedeckte Vorhaben des a.o. Haushaltes im Nachtragsvoranschlag 2010 beschlossen werden.

Der Finanzreferent wird ermächtigt, nach Angebotseinholung bei den verschiedensten Instituten das jeweilige Darlehen an den jeweilig wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben. Die tatsächliche Darlehensaufnahme erfolgt entsprechend dem notwendigen Finanzbedarf für die Ausgaben des a. o. Haushaltes in Abstimmung mit der Kassenliquidität. Zur Zwischenfinanzierung von Ausgaben des a. o. Haushaltes wird die Aufnahme von Barvorlagen genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits gratuliert dem Finanzreferenten zu diesen Beschlussfassungen und dankt für seine Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

7.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem eine Tarifordnung für das Internationale Welser Figurentheaterfestival ab 2010 festgelegt wird
(Tarifordnung Internationales Welser Figurentheaterfestival 2010
KB-K-63-2009)

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 12.01.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Tarifordnung für das Internationale Figurentheaterfestival ab 2010 beschließen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte diese Gelegenheit schon dazu nützen, um den Kulturschaffenden in diesem Bereich zu danken. Es ist sehr wohl – ich habe zuerst schon in meiner Wortmeldung zum Budget der Stadt Wels darauf hingewiesen – ein wichtiger Standortfaktor, wenn es beispielsweise derartige Festivals in einer Stadt gibt. Und dieses Figurentheaterfestival hat sich im Laufe der Zeit zu einem international sehr anerkannten Festival entwickelt. Ich möchte mich nicht nur bei Frau Trude Kranzl, die dieses Festival so beharrlich aufgebaut hat, sondern auch beim neuen Team bedanken, das jetzt unter der Intendanz von Frau Gerti Tröbinger agiert.

Es wurde wieder ein hervorragendes Programm zusammengestellt und ich möchte sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, extra darauf hinweisen. Die Programmhefte wurden heute ausgeteilt und es wäre wirklich schön, könnte ich die eine oder den anderen unter ihnen bei diesen Veranstaltungen tatsächlich sehen.

Vzbgm. Eisenrauch: Herzlichen Dank für die lobenden Worte. Ich habe veranlasst, dass heute die Programmhefte aufgelegt werden und kann nur bestätigen, dass es sich wirklich auszahlt, die eine oder andere Aufführung zu besuchen.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

8.)

Straßenbauprogramm 2010;
Grundsatzbeschluss
BauD-BauS-21-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 12.01.2010:

Das als Anlage 13 beigefügte Straßenbauprogramm 2010 wird grundsätzlich genehmigt.

StR. Kroiß: Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, dass ich ihnen bei dieser Gelegenheit traditionsgemäß auch wieder die Unfallstatistik des Vorjahres zur Kenntnis bringe.

Am erfreulichsten ist – darauf können wir bestimmt alle stolz sein – dass im Jahr 2009 kein einziger Verkehrstoter in unserer Stadt zu beklagen war. Manche werden sagen:

Na ja, Glück gehabt! Nun, das stimmt schon, denn man braucht auch sehr viel Glück, um im Laufe eines ganzen Jahres in einer so großen Stadt keinen einzigen Verkehrstoten zu haben, aber ich sage, dass das auch das Glück des Tüchtigen ist bzw. das Glück der Tüchtigen, denn einer allein ist nicht imstande, Verkehrstote zu verhindern. Wenn aber gerade in Wels die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Polizei so hervorragend funktioniert und man gemeinsam versucht, die Unfallhäufungspunkte zu entschärfen, sei es durch eine verstärkte Überwachung durch die Polizei oder eben durch Straßenumbauten, dann kann man sehr wohl vom Glück der Tüchtigen sprechen.

Und die zweite erfreuliche Tatsache ist, dass wir 2009 nur einen Schulwegunfall hatten; dabei wurde das betroffene Kind Gott sei Dank nur leicht verletzt. Man kann sagen, dass sich die bisherigen Maßnahmen zur Schulwegsicherung bewährten. Diese wird in Wels durch Schülerlotsen, Schulwegpolizisten, Zivildienstler und durch die Polizei durchgeführt. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Beteiligten zu bedanken, speziell aber bei den Freiwilligen, bei den Schulwegpolizisten. Es ist ganz einfach in der heutigen Zeit nicht mehr selbstverständlich, dass jemand seine Freizeit opfert und sich in den Dienst der guten Sache stellt.

Es ist aber sowieso erfreulich, dass die Anzahl der Unfälle mit Personenschäden zurückgegangen ist. Die Fahrradunfälle sind ebenso zurückgegangen.

Interessant ist bei dieser Unfallstatistik immer wieder, dass einige Kreuzungen hervorstechen. Neben den üblichen Verdächtigen, wenn ich das so sagen darf – die Osttangential-Kreuzungen spielen immer wieder eine größere Rolle – ist leider auch 2009 der Kreisverkehr beim Messehaupteingang besonders erwähnenswert bzw. ist dieser wieder Spitzenreiter. Ich habe bereits einen Lokalausweis mit dem Amtssachverständigen des Landes ausgemacht, um verschiedene Lösungsansätze hoffentlich in Einklang zu bringen.

Abschließend darf ich sie noch ersuchen, diesem Straßenbauprogramm für das Jahr 2010 die Zustimmung zu erteilen.

GR. Buttinger: Wir haben uns in der Jänner-Sitzung des Verkehrs- und Straßenbauausschusses sehr eingehend mit dem Straßenbau- bzw. Straßenerhaltungsprogramm beschäftigt und wir haben im Ausschuss dieses heute dem Gemeinderat vorliegende Programm beschlossen. Im heurigen Budget sind dafür 2,8 Mio. Euro vorgesehen, womit man eine Reihe ganz wichtiger Maßnahmen setzen kann.

Wir haben in dieser Ausschuss-Sitzung – es war die erste in dieser Funktionsperiode – aber auch vereinbart, dass wir, die wir in diesem Ausschuss tätig sind, die Sachpolitik in den Vordergrund stellen wollen. Wir haben das in den letzten sechs Jahren ebenso gehandhabt und wie wir jetzt von Gerhard Kroiß anhand der nun vorliegenden Zahlen hörten, war es ganz wichtig, einige Schwerpunkte in den letzten sechs Jahren zu setzen, um eben auf solche Zahlen überhaupt zu kommen. Schwerpunkt der Arbeit war somit die Verkehrssicherheit, die Verbesserung der Verkehrssicherheit in unserer Stadt. Unter Setzung vieler, vieler Maßnahmen ist uns das gelungen.

Gerhard Kroiß nannte zuerst die Zahlen aus dem Jahr 2009 und ich habe hier auch noch die Zahlen im Vergleich zum Jahr 2004. Es ist festzustellen, dass die Verkehrsunfälle mit Personenschaden von 460 im Jahr 2004 auf 370 im vergangenen Jahr zu-

rückgegangen sind. Und bei diesen Unfällen ist die Zahl der getöteten Personen von 5 im Jahr 2004 auf Null im letzten Jahr zurückgegangen.

Ganz wichtig – das war in den letzten sechs Jahren ein Schwerpunkt und wir haben uns diesen Schwerpunkt auch für die kommenden sechs Jahre gesetzt – sind uns die Schulkinder. Es sind ca. 10.000 Kinder jeder Tag mit den Bussen, den PKW's bzw. den Eltern unterwegs, genauso wie sie auf Fahrrädern oder zu Fuß unterwegs zu den Schulen sind oder eben von dort nach Hause. Und aufgrund vieler, vieler Maßnahmen ist es uns auch hier gelungen, die Zahl von Verkehrsunfällen mit beteiligten Schulkindern von 9 im Jahr 2004 auf 1 Kind zu senken. Ich denke, das war ebenfalls nur aufgrund der vielen ergriffenen Maßnahmen möglich. Ich denke hier speziell an die Situation in der Schulstraße, über die wir sehr intensive Beratungen durchführten, um dann eben die unserer Meinung nach richtigen Maßnahmen zu setzen.

Ich möchte hier ebenfalls einen Dank aussprechen, nämlich an die Kindergartenpädagoginnen, die Hortpädagoginnen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Polizei, die Schülerlotsen. Alle zusammen betreiben Verkehrssicherheitsmaßnahmen, eine entsprechende Verkehrserziehung und Schulwegsicherung.

Wie gesagt, es ist uns viel gelungen und wir haben uns vorgenommen, in dieser Weise in den nächsten sechs Jahren fortzufahren.

Noch eine Zahl darf ich nennen. Wir hatten im Jahr 2003 in der Stadt 25 Unfallhäufungsstellen. Für die Feststellung solcher Häufungsstellen gibt es ganz spezielle Kriterien und auch diesbezüglich ist es uns durch die Setzung vieler Maßnahmen gelungen, eine Reduzierung auf 12 Unfallhäufungsstellen im Jahr 2009 zu erreichen. Das bedeutete auch einiges an Beratung im Verkehrsausschuss, wobei wir in den meisten Fällen diese Beratungen ohne parteipolitisches Hickhack bewältigten. Und wie die Statistik zeigt, waren diese Beratungen von Erfolg gekrönt.

Wie ich schon sagte, wollen wir auf diese Art die Arbeit auch in den nächsten sechs Jahren fortsetzen. Das ist zumindest der Zugang seitens der Sozialdemokratischen Fraktion.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich aber auch bei den Mitarbeitern des Magistrates bedanken, im besonderen bei jenen der Straßenmeisterei. Ich möchte mich beim Bauinspektor bedanken, der immer wieder als Berater und als Auskunftsperson zur Verfügung steht. Bedanken möchte ich mich aber auch und ihm gleichzeitig von dieser Stelle die besten Genesungswünsche übermitteln, nämlich beim Leiter der Dienststelle Tiefbau, Herrn Ingenieur Johann Zauner-Penninger, der sich noch im Klinikum befindet und der demnächst in einem REHA antreten wird. Ich hoffe, dass wir in einigen Monaten wieder mit ihm rechnen können, um eben mit ihm gemeinsam möglichst viele Projekte abzuwickeln.

Die Zustimmung der SPÖ zu diesem Straßenbauprogramm ist gegeben.

GR. Pernkopf: Ich möchte mich ebenfalls bei allen herzlich bedanken, die dazu beigetragen haben, die Unfallzahlen zu senken und damit letztendlich Leid zu verhindern oder zu schmälern. Es ist das insgesamt auch ein großer Beitrag in finanzieller Hinsicht für die Bevölkerung.

Wichtig ist, dass wir auf diesem Weg bleiben und auch in Zukunft die Zusammenarbeit im Vordergrund steht. Wir haben hier wirklich eine sehr enge Achse im Verkehrsausschuss, wie bereits von Raimund Buttinger und Gerhard Kroiß betont wurde. Die Sachpolitik wird bestimmt auch in Zukunft im Vordergrund stehen.

Was nun das Straßenbauprogramm 2010 betrifft, werden wir von der ÖVP-Fraktion der vorliegenden Fassung die Zustimmung geben, so wie wir das schon im Verkehrsausschuss gemacht haben. Dennoch darf ich dezidiert einige Punkte ansprechen.

Mit Freude habe ich den Budgetansatz für die Sanierung der Vogelweide-Unterführung vorgefunden. Die enthaltenen 140.000 Euro sind als Anteil der Stadt Wels zu sehen. Wichtig ist, dass die Partner, sprich ÖBB und Land Oberösterreich, ihre Beiträge leisten, damit wirklich bei diesem Vorhaben etwas weitergeht. Eine jahrelange Forderung scheint also in die Umsetzungsphase zu kommen. Das ist gut so, weil diese Sanierung höchst notwendig erscheint. Nicht nur der augenscheinliche Zustand ist desaströs – das muss man einfach so sagen – und eigentlich muss man von einem Schandfleck reden. Es wurden heute schon einige Punkte genannt, die nicht passen, aber jedenfalls ist sicher, dass diese Unterführung dringend saniert gehört. Dabei möchte ich auf gewisse Sicherheitsrisiken wie Abbröckelungen am Beton, starker Rost an den Geländern etc. gar nicht im Detail eingehen, aber jedenfalls scheint damit ein Gefährdungspotential beispielsweise für Kinder, die da durchgehen, gegeben. Wie ich schon sagte, hoffe ich nur, dass die anderen Beteiligten ebenfalls rasch ihren Obolus leisten und es wirklich rasch zu einer Sanierung kommt.

In Hinblick auf den Abschluss des Innenstadtkonzeptes ist die Öffnung der Roseggerstraße dringend notwendig. Erst wenn diese Öffnung passiert ist, ist eine klar erkennbare Süd-Nord- bzw. Nord-Süd-Achse vorhanden. Das Herumgekurve hat dann ein Ende und ich glaube, darüber sind dann sehr viele Leute, besonders jene, die von auswärts in unsere Stadt hereinkommen und sich bei uns nicht so gut auskennen, positiv überrascht. Nebenbei gesagt tut sich dann die Polizeiinspektion "Innere Stadt" leichter, Einsatzfahrten in Richtung Süden durchzuführen.

Die Neugestaltung der Durchfahrtsspur am KJ – diese haben wir von der ÖVP in der jetzigen Form nie für gut geheißen – wird möglich bzw. wird diese Spur endlich asphaltiert. Das bedeutet ein Mehr an Sicherheit und Komfort, letztlich auch weniger Lärm für die Anrainer.

Der geplante Umbau bzw. die Neugestaltung des östlichen KJ-Bereichs bedarf einer besonderen Sorgfalt, sollte es doch endlich gelingen, diesen Platz zu attraktivieren und damit zu beleben. Das gilt natürlich in gleicher Weise für den gesamten KJ.

Ob dort die Busse weiterhin ihren Parkplatz haben müssen, das ist eine andere Frage. Wir von der ÖVP-Fraktion haben dazu eine klare Position. Natürlich müsste es am KJ weiterhin eine Bus-Haltestelle geben, aber die Busdrehscheibe sollte in den Bahnhofsbereich übersiedeln.

Wir sehen auch einen sehr positiven Ansatz in der Erweiterung des Radwegenetzes. Der Weg entlang der Traun – R 4 – ist hier besonders hervorzuheben.

Im Amtsbericht sind zusätzlich einige Projekte angeführt, die bestimmt wünschenswert oder grundsätzlich notwendig erscheinen, aber mangels ausreichender Budgetmittel

werden diese nicht realisiert werden können. Hier sehe ich doch ein Problem, denn das bedeutet, manch notwendiger Neubau oder manch notwendige Erhaltung wird aufgeschoben. Letztendlich werden die Vorhaben vermutlich auch teurer bzw. wird dort und da, weil aufgeschoben wird, immer mehr zu reparieren sein, was sich eben künftig in den Kosten niederschlägt.

Abschließend noch etwas zur Autobahnab- und -auffahrt Wimpassing. Hier muss es letztlich gelingen, das Land Oberösterreich und die ASFINAG in Bezug auf die Finanzierung zu überzeugen. Will man in Wimpassing Betriebsbaugebiete schaffen – davon wurde allein heute mehrmals gesprochen – dann bedeutet dies, dass eine Autobahnabfahrt kommen muss. Wenn schon Arbeitsplätze geschaffen werden, dann bedeutet dies, dass auch Land und Bund bzw. die ASFINAG ihren Obolus leisten müssen. Da kann man also nicht davon ausgehen, dass nur die Stadt Wels beim Zahlen übrig bleibt. Wir ersuchen dich also, Herr Bürgermeister, mit starker Durchsetzungskraft zu schauen, dass wir unseren eigenen Beitrag minimieren können, indem auch das Land und der Bund bzw. die ASFINAG entsprechende Beiträge leisten.

Einen kleinen Hinweis hätte ich noch für Herrn Hochhauser. Es gab vor fünf Jahren eine Polizeireform, das heißt, aus der Bundespolizeidirektion Wels wurde der Wachkörper herausgelöst. Das ist jetzt die Polizei als solche bzw. die Sicherheitsexekutive. Und ich weiß, dass die Planstellen von der Struktur her grundsätzlich stimmen, nur sind diese Posten nicht aufgefüllt. Das heißt also, dass das Personaleinsatzkonzept meines Erachtens richtig ist, aber natürlich wäre ein Mehr immer besser. Uns so müssen wir auch hier versuchen, den Druck auf das Innenministerium zu verstärken. Derzeit befindet sich schon zusätzliches Personal in den Kursen und wenn ich auf dieses zusätzliche Personal hinweise, das derzeit ausgebildet wird, sollte es der Stadt Wels doch gelingen, davon einige Leute nach Wels zu bekommen.

GR. Marehard: Ich möchte mich den Worten meines Vorredners anschließen und speziell auf den Kaiser-Josef-Platz hinweisen. Es ist unbedingt notwendig, diesen neu zu gestalten, da auch schon Geschäftsleute von dort abwandern. Durch diverse Maßnahmen gehört eben dieser Entwicklung gegengesteuert.

Weiters möchte ich betonen, dass es unserem neuen Stadtrat Gerhard Kroiß innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, ein ordentliches Straßenbauprogramm vorzustellen. Und bei dieser Gelegenheit darf ich ebenfalls auf die gute Zusammenarbeit im Verkehrsausschuss der Stadt Wels hinweisen.

StR. Kroiß: Ich freue mich sehr darüber, dass diesem Straßenbauprogramm die Zustimmung erteilt wird. Und besonders freut es mich natürlich, wenn hier betont wurde, dass auch in den kommenden Jahren die Sachpolitik im Vordergrund stehen soll.

Was den Kaiser-Josef-Platz betrifft, meine ich, dass viele Gespräche notwendig sein werden, um vorerst einmal einen politischen Konsens zu finden und dann wäre zu schauen, was wir aus diesem Kaiser-Josef-Platz wirklich machen können.

Ich gebe dem Kollegen Pernkopf auch darin Recht, dass die Autobahnab- und -auffahrt Wimpassing unbedingt notwendig ist.

Somit ersuche ich nochmals um Zustimmung.

Bgm. Dr. Koits: Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich doch noch alle Fraktionen einladen, speziell auf den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl einzuwirken, damit er sich, ähnlich wie das in Linz passierte, an den Kosten für die Autobahnab- und -auffahrt in Wimpassing beteiligt. Dieser Wunsch wurde nicht nur einmal, sondern schon mehrfach an ihn herangetragen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Petition an die Öö. Landesregierung in Hinblick auf die Beschlussfassung eines Gesetzes, mit dem besonders geschulte Organe berechtigt werden, verdächtige Personen anzuhalten und deren Identität festzuhalten
DI-Verf-021-2010

Bgm. Dr. Koits: Einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich erwähnen, dass es einen Zusatzantrag (Anlage 15) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion gibt. Dieser Zusatzantrag lautet:

Der Beschlussantrag soll durch folgenden Absatz ergänzt werden:

- „Gleichzeitig wird die Oö. Landesregierung ersucht,
- die im Interesse der Welser Bevölkerung eingeführte Ordnungswache durch eine im Detail noch auszuhandelnde finanzielle Förderung zu unterstützen
 - sowie die Bemühungen der Stadt Wels auf Bundesebene zur Aufstockung des Personalstandes bei der Bundespolizeidirektion zu unterstützen.“

Ich bitte darum, diesen Zusatzantrag in die Beratungen einfließen zu lassen.

StR. Kroiß: Wir haben es hier mit einem Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion zu tun, wobei ich zum Zusatzantrag der SPÖ sagen möchte, dass wir diesem sehr gerne zustimmen, weil wir ja schon selbst einen Antrag hier im Gemeinderat einbrachten, in welchem es um die Durchführung einer solchen finanziellen Unterstützung ging. Damals wurde unser Antrag abgelehnt. Selbstverständlich sind wir auch für alle Bemühungen in der Richtung, eine Aufstockung des Personalstandes bei der Welser Polizei zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach jahrelanger Überzeugungsarbeit wurde letztes Jahr die freiheitliche Forderung nach einer Ordnungswache umgesetzt bzw. wurde eine solche eingerichtet. Seit dem Sommer 2009 sind nun acht Männer und eine Frau zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Welser Bevölkerung im Einsatz.

Ziele der Ordnungswache sind

- die Herstellung eines größtmöglichen Maßes an Ruhe, Ordnung und Sauberkeit im Rahmen ihrer Zuständigkeiten sowie
- die Erreichung geringstmöglicher Störungen des Gemeinschaftslebens in Wels.

Zu den Kernaufgaben der Ordnungswache gehören unter anderem

- die Kontrolle der Bettelei in der Innenstadt,
- die Kontrolle des Sandlerwesens,
- die Kontrolle der unerwünschten Straßenmusik,
- die Überprüfung der Leinen- und Maulkorbpflicht für Hunde,
- die Überprüfung der illegalen Müllentsorgung und vieles mehr.

Die Ordnungswache erfüllt ihre Aufgaben mit einem sehr großen Engagement und trägt tatsächlich zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls in Wels bei. Auch wenn in der Dienstanweisung des Magistrates wahrscheinlich bewusst auf das Wort "Sicherheit" verzichtet wurde, ist die Ordnungswache dennoch ein Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wir stehen daher voll und ganz hinter dieser Welser Ordnungswache. Wir sehen sie als eine sinnvolle Ergänzung zur hervorragenden Arbeit der Polizei. Andererseits wollen wir natürlich ebenfalls haben, dass wir mehr Polizeibeamte in Wels bekommen, weil dann könnten wir uns vielleicht diese Diskussionen ersparen.

Wenn die GRÜNEN in einer Ausschreibung darlegen, dass diese Ordnungswache nur einen Placebo-Effekt habe, dann sage ich: Was soll es, denn auch in der Medizin werden Placebo-Mittel angewandt und falls sie helfen, soll es okay sein. Sehen wir demnach alle das Ganze eher positiv.

Wir sollten aber noch einen Schritt weitergehen, nämlich jenen in Richtung Ordnungsamt und wir sollten die Ordnungswache mit den nötigen Kompetenzen ausstatten, mit Kompetenzen, die es beispielsweise ermöglichen, mutmaßliche Übertreter diverser Verordnungen zur Identitätsfeststellung anzuhalten, auch wenn das nur bei einem geringen Teil der Amtshandlungen der Ordnungswache notwendig ist. Wir sind es ganz einfach der Ordnungswache gegenüber schuldig, dass sie über eine rechtliche Handhabe verfügt und nicht womöglich in einem Graubereich agieren muss; es sollte also in dieser Hinsicht ein rechtlicher Schutz für die Ordnungswache gegeben sein. Derzeit ist es ja so, dass die Mitarbeiter über keine behördliche Befugnis verfügen, das heißt, sie müssen so handeln, wie das auch eine Privatperson tun könnte. Und das bedeutet eben, dass ein Festhalten zur Aufnahme der Identität nicht gestattet ist. Es gibt weiters keine Möglichkeit zur Ausstellung eines Organmandates.

Für uns Freiheitliche und – wie ich jetzt der Presse entnommen habe – mittlerweile auch für die SPÖ ist das kein befriedigender Zustand. Es besteht also Handlungsbedarf.

Die gängige Rechtsmeinung ist jene, dass eine Ausweispflicht nur gegenüber den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes besteht. Ansonsten ist niemandem ein rechtliches Einschreiten möglich. Es ist aber andererseits so, dass nach dem Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz Naturwacheorgane sehr wohl befugt sind, Personen, die sie bei der Begehung einer Verwaltungsübertretung antreffen, zum Zwecke der Feststellung der Personalien anzuhalten, um in weiterer Folge Anzeige erstatten zu können. Analog zu diesem Gesetz sollten die Organe der Stadt Wels berechtigt sein, in

ihrem Überwachungsbereich Personen, die sie bei der Begehung von Verwaltungsübertretungen antreffen, abzumahnern und nötigenfalls zur Ausweisleistung zu verhalten, um eventuell auch in der Lage zu sein, Anzeige zu erstatten oder an Ort und Stelle eine Organsstrafe einzuheben.

Wenn die Ordnungswache diese Rechte bekommt, müssen wir deren Organe auf die neuen Gegebenheiten einschulen. Wir dürfen sie nicht im Regen stehen lassen und es wird das mit Sicherheit nicht passieren.

Der Gemeinderat möge also diese Petition beschließen, mit welcher die Landesregierung ersucht wird, unter Einbeziehung der Stadt Wels eine Rechtsgrundlage zu erarbeiten und diese dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Mit diesem Gesetz soll verbunden sein, besonders geschulte Organe der Stadt Wels zu berechnigen, in ihrem Überwachungsbereich Personen, die der Begehung einer Verwaltungsübertretung gemäß Paragrafen sowieso verdächtig sind, anzuhalten, abzumahnern, nötigenfalls zur Ausweisleistung zu verhalten oder auf sonst geeignete Weise ihre Identität festzustellen und gegen sie die Anzeige zu erstatten oder Organstrafverfügungen einzuheben.

Zu diesem Antrag, den ich ihnen jetzt zur Kenntnis gebracht habe, kommt noch der vom Bürgermeister vorgelesene Zusatzantrag. Ich ersuche sie darum, beiden Anträgen zuzustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte sagen, dass man die Kirche schon im Dorf lassen sollte. So weit ich mich nämlich erinnern kann, war es der Initiative des Bürgermeisters und der Unterstützung der ÖVP-Fraktion zu verdanken – das wurde gemeinsam vorbereitet – dass in Wels diese Ordnungswache eingeführt wurde.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Auch der SPÖ-Fraktion!

GR. Reindl-Schwaighofer: Ja, diese hat natürlich, um genau zu sein, ebenfalls mitgewirkt. Das ist jetzt aber nur so eine Geschichte, die ich richtigstellen wollte.

Im Wesentlichen ist es so, dass wir Sozialdemokraten die mögliche Einführung der Ordnungswache immer so diskutierten – das wurde heute in anderen Bereichen ebenso erwähnt – dass wir eigentlich in dieser Frage nicht auf eine Unterstützung von außen warten können. Im Sicherheitsbereich ist es halt ebenfalls so, dass dieses Kaputtsparsprogramm, das seinerzeit die ÖVP zusammen mit der FPÖ in der Bundesregierung durchgezogen hat, dazu führte, dass die Polizei aus dem öffentlichen Raum mehr oder minder weg ist und dafür die Polizisten viel mehr in den Schreibstuben sitzen. Abgesehen davon tun jetzt in der Stadt Wels sowieso 40 Polizisten wenig Dienst als vor Durchführung dieser Polizeireform. Es nützt in diesem Zusammenhang überhaupt nichts, wenn der Herr Landeshauptmann im vergangenen Wahlkampf sieben Polizeibeamte für Wels versprach, denn diese befinden sich ja noch immer in Ausbildung.

Aufgrund dieser Gesamtsituation hat es diese Initiative bezüglich Ordnungswache seitens des Bürgermeisters gegeben und ich denke mir – es hat jemand schon gesagt, dass das heute ein Tag der Danksagung ist – dass wir uns dafür ebenfalls bedanken dürfen.

Wir als Sozialdemokraten sprechen uns somit für diesen eingebrachten Initiativantrag aus, aber wir möchten darum ersuchen, dass auch unserem Zusatzantrag die Zustimmung erteilt wird, weil es so wie bei vielen anderen Dingen darum geht, finanzielle Lasten zu schultern und dabei braucht es eben der Unterstützung von übergeordneten Stellen.

GR. Bauer: Es ist wahrscheinlich allgemein nicht verwunderlich, dass die GRÜNEN diesem Initiativantrag nicht zustimmen. Es ist ja bekannt, dass wir an sich die Sinnhaftigkeit der Ordnungswache in Frage stellen und damit verbunden sind wir halt auch gegen irgendwelche Kompetenzerweiterungen. Andererseits ist es verständlich, dass jene Parteien, die diese Ordnungswache einführten, nun mehr Kompetenzen hierfür einfordern, denn derzeit verfügen ja die Mitarbeiter und die Mitarbeiterin der Ordnungswache nicht über mehr Möglichkeiten als alle anderen Bürgerinnen und Bürger in Wels.

Interessant finde ich es jedenfalls, wenn hier die Welser Vertreter der Volkspartei und der Sozialdemokratie gegen den Kurs ihrer Landesparteien sind. Andererseits werden aber nicht mehr Kompetenzen von jenen eingefordert, die täglich auf den Straßen in Wels unterwegs sind, nämlich von den Mitarbeitern der Ordnungswache selbst.

Wir glauben nicht, dass die Ordnungswache zu mehr Sicherheit führt. Sie führt lediglich bei manchen zu einem erhöhten subjektiven Sicherheitsgefühl.

Sehr interessant finde ich es weiters, wenn es für Herrn Kroiß in Ordnung ist, 350.000 Euro für einen Placeboeffekt auszugeben. Mich würde interessieren, was die Welser Bevölkerung dazu sagt, deren Meinung sie ja sonst bei jeder Gelegenheit vorbringen.

Ich glaube, dass eine Ordnungswache bei den eigentlichen Symptomen nicht einmal ansetzen kann; sie ist nicht in der Lage, an den dahinter liegenden Gewalt- und Konfliktursachen etwas zu ändern. Mehr Geld für präventive Maßnahmen wäre in diesem Sinne einzusetzen.

Dem Zusatzantrag allein oder für sich könnten wir durchaus zustimmen, weil ja damit übergeordnete Stellen zu einer finanziellen Beteiligung aufgefordert werden.

StR. Kroiß: Geschätzter Kollege Reindl-Schwaighofer! Ich will jetzt keinen Vaterschaftsstreit entfachen, wie wir ihn bezüglich anderer Dinge schon des öfteren hatten. Ich habe allerdings schon irgendwo den Verdacht, dass es diesbezüglich eine Wahrnehmungsproblematik gibt. Man könnte in den Protokollen nachlesen und feststellen, wer genau zum ersten Mal dieses Thema aufs Tapet brachte. Abgesehen davon sind wir jedenfalls froh darüber, dass die Sache mit der Ordnungswache aufgegriffen wurde und nun offenbar ihren Weg geht.

Zur Frau Kollegin Bauer Folgendes. Sind wir doch froh darüber, wenn das subjektive Sicherheitsgefühl erhöht wird! Es stimmt jedenfalls nicht, dass das nur etwas mit einem Placebo zu tun hat. Vielmehr glaube ich, dass sehr viele Leute einen positiven Zugang zu dieser Ordnungswache haben. Und ich sagte schon, dass auch in der Medizin mit dem Placebo-Effekt gearbeitet wird. Und wenn es hilft, warum nicht?

Ich ersuche jetzt um Durchführung der Abstimmung.

Die Abstimmungen zu Punkt 9. der Tagessordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Zusatzantrag (Anlage 15), unterfertigt von Vzbgm. Wimmer, wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 14) wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

GR. Wildfellner ist bei den Abstimmungen zu Punkt 9. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Förderungsrichtlinie für in der Innenstadt liegende Parkhäuser und Tiefgaragen (leistbare Dauerparkplätze für Bewohner der Innenstadt)
DI-Verf-027-2010

StR. Kroiß: Bei diesem Antrag geht es darum, den Magistrat der Stadt Wels zu beauftragen, für die in der Innenstadt liegenden und öffentlich zugänglichen Parkhäuser bzw. Tiefgaragen eine Förderrichtlinie zu erarbeiten, aufgrund der Bewohner der Innenstadt die Möglichkeit erhalten, einen von der Stadt Wels subventionierten und damit leistbaren Dauerparkplatz mieten zu können.

Meine Damen und Herren! Die Probleme für die Innenstadtbewohner und für die Besucher unserer Stadt sind nicht neu. Die Bewohner der Innenstadt beklagen sich darüber, dass sie eine Bewohnerparkkarte brauchen und für diese ganz schön zahlen müssen. Das Problem dabei ist noch jenes, dass sie, trotzdem sie solch eine bezahlte Bewohnerparkkarte haben, nicht immer einen Abstellplatz für ihr Auto finden. Auf der anderen Seite beklagen sich die Welser Wirtschaftstreibenden darüber, dass zwar die Parkplätze an der Straßenoberfläche ausgelastet sind, aber in den Tiefgaragen noch genügend freie Parkplätze zur Verfügung stünden, weil diese eben von den Kunden nur sehr ungern benützt werden. Und wer mit offenen Augen durch Wels geht oder fährt, wird diese Aussage leider nur bestätigen können.

Am 6. Februar fand in Wels der Schnäppchenmarkt statt. Es herrschte wirklich ein Sauwetter und man hätte meinen können, dass die Tiefgaragen gut gefüllt sein würden,

aber das Gegenteil war der Fall. Laut unserem dynamischen Parkleitsystem waren um 11 Uhr noch 920 Parkplätze in Tiefgaragen und Parkhäusern frei, aber die Oberflächenparkplätze waren sehr wohl gut ausgelastet. Wie viele dieser Fahrzeuge an der Oberfläche den Innenstadtbewohnern mit entsprechender Parkkarte gehörten, kann ich natürlich nicht sagen, aber eines wissen wir jedenfalls: Derzeit haben wir 445 Bewohnerparkkarten ausgegeben. Würden wir es schaffen, zumindest einen Teil dieser Bewohnerparkkarten-Besitzer mit ihren Autos in Tiefgaragen oder Parkhäuser zu bringen, hätten wir wieder mehr Oberflächenparkplätze zur Verfügung. Zur Zeit werden die freien Parkplätze in Tiefgaragen oder Parkhäusern von den Innenstadtbewohnern wahrscheinlich deshalb nicht genutzt, weil auch bei einer Dauernutzung oft sehr hohe und nicht leistbare Gebühren anfallen. Die Monatsmieten, wie es genau heißt, betragen zwischen 59 und 91 Euro im Monat, was doch als ziemlich viel angesehen werden kann. Ich bin mir aber sicher, dass sich viele einen Parkplatz in einer Tiefgarage oder in einem Parkhaus sehr wohl mieten würden, hätten sie das Geld dazu bzw. gäbe es einen günstigen Preis.

Unser Antrag lautet nun dahingehend, dass die Stadt Wels eine Förderrichtlinie erarbeiten soll. Mit der gegenständlichen Initiative sollen die in der Innenstadt liegenden Parkplätze in Tiefgaragen und Parkhäusern für die Bewohner der Innenstadt leistbarer gemacht werden. Die positiven Effekte einer solchen Maßnahme liegen ja auf der Hand. Erstens hätten wir dann mehr freie Oberflächenparkplätze und zweitens würde damit der Lebensraum Innenstadt aufgewertet.

Auf der anderen Seite sollten wir auch die Betreiber von Tiefgaragen und Parkhäusern in die Pflicht nehmen, damit diese alles unternehmen, dass diese Parkflächen attraktiver werden. Die Autofahrer sollten nicht das Gefühl haben, in eine Katakomben einzufahren und die Frauen sollten kein beklemmendes Gefühl haben, wenn sie zu ihren Autos gehen. Tiefgaragen müssen heller, freundlicher, sauberer, gepflegter und vor allem auch geruchsneutraler werden. An diese Dinge wäre ebenfalls dringend heranzugehen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass die Versuchung sehr groß ist, diesen Antrag einem Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen. Aber bedenken sie bitte, dass wir bei einer Zuweisung dieses Antrages an einen Ausschuss dieses Problem wieder auf die lange Bank schieben, womit keinem geholfen ist. Ich ersuche sie daher, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Vzbgm. Eisenrauch zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag, dass dieser Initiativantrag dem Finanzausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen wird, weil wir schon verschiedene Stückwerke haben, was die Parkgebühren oder auch die Parkhäuser betrifft. Ich denke, das wäre jetzt wieder nur ein Stückwerk, andererseits wird es schon demnächst Gespräche über all diese Dinge geben. Ich denke mir, das es am wichtigsten wäre, an einem Gesamtkonzept zu arbeiten, damit es dann wirklich passt.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Eisenrauch auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 16) an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

11.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Volksbefragung über die Durchführung des Bauvorhabens Sportzentrum Wels-Wimpassing (Stadion)
DI-Verf-032-2010

StR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Initiativantrag (Anlage 17) beschäftigt sich mit einer wenn auch nur kurzfristigen, so doch historischen Materie, nämlich mit dem ursprünglich vorgesehenen Stadion in Wimpassing.

Wenn ich die Sache ganz kurz Revue passieren lassen darf, so stelle ich von meiner Seite aus fest, dass dieses Stadion von Anfang an nicht unsere Zustimmung gefunden hat, nämlich einerseits wegen der Projektkosten, die uns als wesentlich zu hoch erschienen, andererseits haben wir sehr schnell erkannt, dass das Stadion insgesamt bei der Bevölkerung keinerlei Rückhalt findet, und zwar deshalb, weil die Bevölkerung von Anfang an der Meinung war, dass es sinnvoller ist, die jetzt schon bestehenden Sportstätten auszubauen bzw. zu sanieren und eventuell weitere Sportstätten in den verschiedenen Stadtteilen zu errichten.

Offensichtlich haben diese Argumente über kurz oder lang auch die SPÖ überzeugt, weshalb es von Seite der SPÖ dazu gekommen ist, dass dieses Projekt abgesetzt wurde.

Aus diesem letzten Grund heraus halte ich es auch nicht mehr für notwendig, über diesen Bau eines Sportzentrums eine Volksabstimmung bzw. Volksbefragung durchzuführen, wie wohl ich das insofern bedaure, weil meiner Meinung nach die Einbeziehung des Volkes ein durchaus adäquates Mittel ist, um über derartige Projekte mit einem derartigen Mitteleinsatz eine Entscheidung herbeizuführen.

Nachdem ich weiß, dass der Finanz- und Sportreferent Wimmer immer mit besonderem Herzblut an diesem Stadion gehangen ist, habe ich mich dazu entschlossen, ihm auf andere Weise einen Ersatz zu verschaffen. Ich habe ihm deshalb ein Plastikstadion gekauft, in welchem Rote gegen Blaue spielen und Grüne sind als Tormänner ebenfalls dabei. Nur die schwarzen Schiedsrichter fehlen.

Bgm. Dr. Koits: Ich hoffe nur, dass damit außerhalb der Dienstzeit gespielt wird!

StR. Dr. Rabl: Ja, ja!

Also, lieber Hermann, ich hoffe, dass damit ein Ersatz für dein Bau- oder Sportprojekt hergestellt ist. Du wirst es möglicherweise bei deinen anderen Utensilien bzw. Aus-

zeichnungen dazuhängen können, nämlich als ein Projekt, das du halt von deiner Tagesordnung streichen musstest.

Der Initiativantrag (Anlage 17) wird hiemit zurückgezogen!

Bgm. Dr. Koits: Na gut, ich denke, wir nehmen diese Zurückziehung zur Kenntnis.

Ich danke für die Ausführungen und darf somit gleich den Kollegen Lehner um seinen Vortrag bitten.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 107) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 77)
BZ-BauR-3530-2008, miterledigt:
BZ-BauR-3509-2007

StR. Lehner: Für einen Planungs- und Wirtschaftsreferenten ist es natürlich sehr erfreulich, wenn wieder einmal etwas für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben speziell im Bereich der Autobahn gemacht werden kann. Insgesamt darf ich festhalten, dass alle Anträge im Ausschuss die Zustimmung gefunden haben.

Weiters darf ich besonders erwähnen, dass die Antragstellerin, Frau Zittmayr-Hacker, schon geraume Zeit vor ihrer Mitgliedschaft zum Gemeinderat diesen Antrag auf Umwidmung diverser Flächen einbrachte und sie mittlerweile den Sitzungsraum verlassen hat, weil sie hier in eigener Sache nicht mitstimmen möchte.

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 02.02.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 18 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (107. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (77. Änderung) beschließen.

GR. Hochhauser: Diesem vorliegenden Antrag kann man natürlich die Zustimmung erteilen. Wir schaffen die Möglichkeit, in unserer Stadt in größerem Ausmaß Betriebe ansiedeln zu können.

Gestatten Sie mir aber auch noch, ein paar Worte zum vorausgegangenen Punkt 11. anzubringen, weil ich wegen der Rückziehung des Antrages durch den Kollegen Rabl keine Gelegenheit mehr hatte, etwas zu diesem Tagesordnungspunkt vorzubringen.

Wir wissen ja, dass es wegen der Nichtdurchführung des Stadionprojektes bereits verschiedene Überlegungen hinsichtlich einer anderweitigen Grundstücksnutzung gibt und so darf ich dich, Herr Bürgermeister, ersuchen, den Magistrat mit künftigen Nutzungsüberlegungen zu beauftragen. Ich hoffe, wir werden in weiterer Folge eine fraktionsübergreifende Einigung finden, wenn es darum geht, dieses doch ziemlich große Bau-
feld entsprechend zu nutzen. Es wurde beispielsweise schon angesprochen, dass man dort Wohnsiedlungen bzw. größere Wohnhäuser errichten könnte. Ich glaube, man sollte die Chance nutzen, um hier für die Welserinnen und Welser durch einen Grundstückspreis von unter 100 Euro ein doch sehr geeignetes Bauland zur Verfügung stellen zu können.

Natürlich wird man unter Einbeziehung der Autobahn bzw. von Betrieben dafür sorgen müssen, dass hier eine geeignete Mischnutzung erfolgen kann. Es sollte also in diesem Bereich möglich sein, auch Betriebe anzusiedeln.

Alles in allem wird also durch die prinzipiell auch von mir bedauerte Cancelung des Stadionbaus sehr wohl anderweitig eine sehr erfreuliche Perspektive eröffnet.

Bgm. Dr. Koits: Was die hier angesprochene künftige Widmung des von der WBA für den Stadionbau erworbenen Grundes betrifft, besteht ja meines Erachtens Einigkeit zwischen den Fraktionen in der Weise, dass man sehr stark die Ansiedelung von Betrieben und die Widmung für Wohnzwecke überlegen sollte. Es soll sich also die Stadtplanung im Einvernehmen mit dem Planungsreferenten dieses Themas annehmen und schauen, was man dort unter Berücksichtigung der Umgebung am besten tun kann. Ich glaube, hier gibt es eine ganze Palette an Möglichkeiten.

StR. Lehner: Ganz wichtig ist in Zusammenhang mit den nun freien Grundstücken in Wimpassing, dass Eigentümer davon die Welser Betriebsansiedelungsgesellschaft ist und somit der Herr Bürgermeister als Eigentümerversorger agiert. Wenn es aber jetzt ganz offiziell vom Bürgermeister einen Auftrag gegeben hat, dass speziell ich mich als Planungsreferent bzw. wir alle als Fraktionen uns darum bemühen sollen, eine innovative Lösung für dieses Areal zu finden, dann werden wir uns natürlich darum kümmern. Diese Lösung beinhaltet, günstigen Wohnraum für die Welserinnen und Welser zu schaffen und an der Seite der Autobahn einen vernünftigen Bereich für Misch- bzw. für Gewerbenutzungen zu schaffen. Das ist für die Zukunft von Wimpassing sicher sehr zielführend. Die Basis für alles ist aber sehr wohl die Autobahnauf- bzw. -abfahrt, die wir auf alle Fälle auch für eine Gewerbeaufschließung im Norden benötigen.

Bgm. Dr. Koits: Ich halte fest, dass die Kollegin Zittmayr-Hacker bei der Abstimmung nicht anwesend ist, weil sie zuvor aus Befangenheitsgründen den Sitzungssaal verlassen hat.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird ohne Beteiligung von GR. Zittmayr-Hacker

einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 115) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 85)
BZ-BauR-3512-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 02.02.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 19 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (115. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (85. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 211/2.7 (Stadtteil: Lichtenegg)
BZ-BauR-3712-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 02.02.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 20 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 211/2.7 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 605/1.5 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-3706-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 02.02.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 21 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 605/1.5 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 901/2.1 (Stadtteil: Puchberg)
BZ-BauR-3703-2009, miterledigt:
BZ-BauR-3707-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 02.02.2010, der Gemeinderat möge die als Anlage 22 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 901/2.1 (Stadtteil: Puchberg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

17.)

Jagdausschuss Lichtenegg;
Nachwahl eines Gemeindevertreters
BZ-Pol-840024-2009

Der Antrag lautet:

Frau GR. Mag. Petra Lipp wird anstelle von GR. a.D. Claudia Hüttmayr-Punkenhofer in den Jagdausschuss Lichtenegg als Ersatzmitglied gewählt und entsandt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Margarete Josseck-Herd

18.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Qualitätsstandards für die Küchen der städtischen Kindergärten
DI-Verf-033-2010

Bgm. Dr. Koits bringt den als Anlage 24 beigefügten Zusatzantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wie folgt zur Kenntnis:

"Um die Qualität zu verbessern, ist der Biolebensmittelanteil in Kindergartenküchen schrittweise auf 30 % zu erhöhen:

Im Einkaufswesen werden regionale Lebensmittel bevorzugt.

Importierte Lebensmittel (z.B. Kakao) müssen das FairTrade-Gütesiegel tragen."

Anschließend ersucht der Bürgermeister, diesen Zusatzantrag in die Verhandlung mit aufzunehmen.

GR. Josseck-Herd: Vorweg möchte ich sagen, dass in Deutschland die Ministerin für Ernährung und Landwirtschaft diese Qualitätsstandards bereits eingeführt hat. Und in

Österreich gibt es eine Studie der AMA, wonach das Geschmacksempfinden bei Kindern derart verbildet ist, dass sie nicht mehr bitter, sauer, salzig und süß wirklich unterscheiden können. Das ist so ähnlich wie bei den starken Rauchern. Unser Herr Vizebürgermeister Wimmer ist gerade nicht herinnen, der dazu vielleicht etwas sagen könnte.

Zu viel Zucker und Weißmehl, aber auch die Geschmacksverstärker haben ganze Arbeit geleistet. Und von diesem Phänomen sind bei weitem mehr Kinder in der Stadt als auf dem Land betroffen. Übergewicht und Gesundheitsschäden sind daraus die Folge, wobei jedoch allgemein bekannt ist, dass ein gesundes Essen gerade im jüngsten Kindergartenalter am allerwichtigsten ist, weil es sich positiv auf das Ernährungsverhalten in der Zukunft auswirkt. Was ein Kind schon frühzeitig gern hat bzw. was das Kind frühzeitig lernt zu essen, hat für die Zukunft eine große Wirkung und deshalb kann man diese Verantwortung nicht allein den Eltern überlassen, noch dazu in einer Zeit, in welcher die Ganztagsbetreuung in den Kindergärten immer mehr zunimmt.

In der Kindergartenküche Wimpassing werden täglich 1.200 Portionen zubereitet. Immerhin sind das um 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieses Essen wird auch in Horte und private Kindergärten geliefert.

Ich habe mir auf der Homepage der Kindergärten der Stadt Wels die Menügestaltung bzw. Zusammenstellung des Speiseplanes angeschaut. Hier steht ganz lapidar:

- 1 mal Fleischgericht
- vorwiegend pflanzliches Gericht
- 1 mal Fleischmischgericht
- 1 mal Mehlspeise
- 1 mal Gericht nach Wahl

Dazu gibt es noch Salat, Obst oder Obstdessert, Tee, Wasser, verdünnter Fruchtsaft.

Als Qualitätskriterien für kindgerechte Speisen werden angeführt:
Kindgerechter Geschmack und ich frage, was ist das?

Dann steht:

- Optik der Speisen (Farbzusammenstellung)
- altersgerechte Portionsgrößen
- Verhältnis zwischen Hauptspeise und Beilage
- Einsatz von hochwertigen Rohstoffen
- weitgehender Verzicht auf Farbstoffe, Geschmacksverstärker, Konservierungsstoffe, künstliche Süßstoffe

Nun, ich glaube, diese Qualitätskriterien sind nicht ganz ausreichend. Ich will aber in keiner Weise die Kost in den Kindergärten schlecht machen. Die Zeit ist Gott sei Dank vorbei, als wir geschockt waren, als es hieß, es gebe eine Salmonellenerkrankung. Und die Kinder, die ich befragte, waren mit der Kost durchwegs zufrieden. Es hieß nur, dass die Fischstäbchen manchmal viel zu braun seien. Hier muss man sich schon einmal überlegen, ob Fischstäbchen wirklich ein gesundes Produkt sind. Ich glaube das nicht, denn diese sind bereits vorgebraten, wobei es sich unserer Kenntnis entzieht, in welchem Öl das geschieht. Ich bin also der Meinung, dass diverse Fertigprodukte schon sehr genau untersucht werden müssen.

Diese Qualitätsstandards sind also deshalb so wichtig, weil damit die Anforderungen an eine einwandfreie biologische und ausgewogene Ernährung präzisiert werden sollen. Das muss einfach so sein. Es soll die Möglichkeit für die Bereitstellung eines optimalen Verpflegungsangebotes aufgezeigt werden und die Qualität soll damit überprüfbar werden. Eines ist ebenfalls sicher: Diese Qualitätsstandards unterstützen die Verantwortlichen in diesem Bereich.

Der Zusatzantrag der GRÜNEN geht noch tiefer in die Materie. Da werden sogar schon Prozentsätze in Bezug auf den Anteil biologischer Produkte genannt und es wird weiters vorgeschlagen, Produkte zu beziehen, die das FairTrade-Gütesiegel aufweisen. Natürlich, es stellt gar keine Frage dar, dass man auch auf das eingehen kann.

Ich bitte daher den Gemeinderat um Zustimmung für die Einführung dieser Qualitätsstandards.

Vzbgm. Eisenrauch: Es ist für mich als Referentin überhaupt kein Problem, wenn wir die Speisen, die in den Kindergärten verabreicht werden, einer externen Überprüfung unterziehen sollen. Es erscheint sogar sinnvoll, wenn man so etwas von Zeit zu Zeit macht.

Ich glaube jedoch, dass es wohl am besten ist, diesen Initiativantrag einem gemischten Ausschuss zuzuweisen, weil das meines Erachtens auch ein Gesundheitsthema ist. Für mich wäre es also besonders wichtig, einen gemeinsamen Ausschuss von Gesundheit und Kindergärten einzurichten.

Prinzipiell bin ich allerdings davon überzeugt, dass mit der Kost in den Welser Kindergärten eine ausgewogene bzw. gesunde Ernährung verbunden ist. Wir müssen dabei immer auch darauf schauen, dass die Kinder grundsätzlich mögen, was wir zubereiten und dass die verschiedenen Kriterien wirklich ihren Niederschlag finden.

Mein Vorschlag geht also dahin, einen gemeinsamen Ausschuss von Gesundheit und Kindergärten einzurichten und eine Überprüfung herbeizuführen. Letztendlich sollten wir dann auch eine Zertifizierung bekommen.

GR. Reindl-Schwaighofer zur Geschäftsordnung: Ich stelle formell den Antrag, den vorliegenden Initiativantrag samt Zusatzantrag einem gemeinsamen Gesundheits- und Kindergartenausschuss zur weiteren Beratung oder Behandlung zuzuweisen.

StR. Dr. Rabl: Wird dann dieses Thema getrennt von den Ausschüssen behandelt?

Bgm. Dr. Koits: Nein, beide Ausschüsse würden gemeinsam tagen und in gemeinsamer Beratung die Dinge abwickeln.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 23) und des Zusatzantrages (Anlage 24) an die Ausschüsse für Gesundheit und Kindergärten zwecks gemeinsamer Beratung wird mit

20 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 14 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei der Abstimmung zu Punkt 18. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

19.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Winterdienst (vorsorgliche Salzstreuung)
DI-Verf-035-2010

GR. Prof. Mag. Teubl: Der Winterdienst der Stadt Wels war in den letzten Wochen mehrfach Thema hitziger Diskussionen. Vielen Welserinnen und Welsern ist aufgefallen, dass die Salzstreuung in unserer Stadt in diesem Jahr besonders üppig ausgefallen ist. Es wurde beobachtet, dass im Messegelände bis hin zur letzten Weinhalle Salz gestreut wurde.

Über unsere Kritik an dieser Situation zeigte sich Herr Stadtrat Kroiß in Zeitungsberichten verwundert. Er warf mir sogar Realitätsverweigerung vor und wörtlich meinte er, dass er gerne Nachhilfeunterricht erteile. Abgesehen von diesen Beleidigungsreaktionen hatte er aber zum Thema selbst nur wenig zu sagen. Nur einmal ließ er sich zur Äußerung hinreißen: „Eine Vorabstreuung mit Salz gibt es nur bei Eisregen.“ So steht das in den OöNachrichten vom 9. Februar.

Herr Stadtrat Kroiß, ich bitte sie! Wann hat es denn heuer in Wels so heftige Eisregen gegeben, die die Verwendung von über 1.000 Tonnen Salz notwendig machten? Wer leidet denn da an Realitätsverweigerung? Bin das wirklich ich zusammen mit den 70 Prozent jener, die an einer Umfrage der Bezirksrundschau teilgenommen haben? Diese 70 Prozent sind jedenfalls meiner Meinung und kritisieren die eingesetzten Salzmengen auf den Welser Straßen. Vielleicht leiden doch eher sie an dieser Realitätsverweigerung.

Aber nicht nur der Zeitpunkt der Salzstreuung erregt Verwunderung, sondern auch die Art der Verwendung. Mehrmals konnte man beobachten, dass Salz gestreut wurde, ohne dass zuvor der Schnee ordentlich weggeräumt worden ist. Durch Salzstreuung auf ungeräumten Fahrbahnen wird die Unfallgefahr nicht verringert, sondern sogar noch erhöht. Und hier darf ich einmal mit einer Nachhilfe kommen. Es ist so, dass Salz recht gut zum Auftauen von Eis bzw. Glätte eingesetzt werden kann. Aber es ist nicht zur Vernichtung von Schnee geeignet. Damit wird die Straße erst recht rutschig.

Die derzeitige Gesetzgebung verlangt meines Wissens nach von den Autofahrern die Verwendung von Winterreifen über einen bestimmten Zeitraum hinweg. Somit sollte eine geräumte Schneefahrbahn wohl kein Problem für den Straßenverkehr darstellen. Wozu also das viele Salz? Wird es zum Nutzen der Fußgängerinnen und Fußgänger

gestreut, für Radfahrerinnen und Radfahrer? Das kann doch wohl nur ein Scherz sein, denn für Fußgeherinnen und Fußgänger sowie für Radfahrerinnen und Radfahrer ist dieser Schlamm erst recht eine Zumutung, denn er erschwert die Fortbewegung ganz erheblich.

Aber nicht nur, dass mit der Salzstreuung zur Unzeit der Verkehrssicherheit kein guter Dienst erwiesen wird, ist es so, dass das Streusalz nicht gerade unerhebliche Schäden verursacht. Schuhe und Bekleidung werden ebenso zerstört wie Fahrzeugkarosserien und sogar Fassaden. Bäume und andere Pflanzen werden in Mitleidenschaft gezogen und von den Vierbeinern, die über riesige und schmerzende Pfoten klagen, ganz zu schweigen.

Dann kommt noch ein Aspekt, den ich nicht unerwähnt lassen möchte. Der knöcheltiefe braune Schlamm ist nämlich, nebenbei gesagt, ziemlich unansehnlich. Dieser Umstand mag jetzt auf den ersten Blick als das geringere Übel erscheinen, aber wir sollten vielleicht doch im Auge behalten, dass das ebenfalls ein Aspekt des äußeren Erscheinungsbildes unserer Stadt ist. Statt dass wir Fußgängerinnen und Fußgänger vielleicht zu einem Spaziergang durch das tiefverschneite Wels animieren, dass wir sie vielleicht in die Innenstadt locken, damit sie eventuell im einen oder anderen Geschäft einkaufen, wird sogar die Fußgängerzone am Stadtplatz ratzeputz freigemacht, indem teilweise der Schnee weggeräumt und dann mit Unmengen von Salz matschig und schmutzig gemacht wird. Das Wintererlebnis ist auf diese Art dahin, die Schuhe bekommen Salzfäden, die Bekleidung wird ruiniert und die potentiellen Kunden treten die Flucht in die salzfreien Einkaufszentren am Stadtrand an. Das ist also ein weiterer Punkt mit entsprechendem Nebeneffekt.

Die GRÜNEN haben auch schon in den vergangenen Jahren immer wieder einen möglichst sparsamen Umgang mit Salz eingefordert, zumeist ohne Erfolg. Wir fordern deshalb heute mit unserem Antrag eine klare Regelung in der Richtung, dass die Salzstreuung wirklich auf Zeiten akuter Glatteisgefahr und auf die Hauptdurchzugsstraßen beschränkt wird. Ich bitte sie dafür um ihre Zustimmung.

StR. Kroiß: Bevor ich konkret zu diesem Tagesordnungspunkt komme, möchte ich mich einmal bedanken, nämlich bei den Mitarbeitern unseres Winterdienstes, denn ohne diese Mitarbeiter bräuchten wir eine Diskussion über die Salzstreuung gar nicht zu führen. Da hätte es schon längst geheißen: Wels Schnee unter! Da hätten wir dann in der Innenstadt wunderbar langlaufen können.

Bedenken sie bitte, dass in Wels 320 Kilometer Straßen zu betreuen bzw. zu bestreuen sind und die Umlaufzeit beträgt ca. 7 Stunden.

Persönlich kann ich ihnen nur zustimmen, denn für mich gibt es fast nichts Schöneres, als mit meinem Auto auf einer Schneefahrbahn zu fahren. Und wenn dann eventuell nichts los ist und mich keiner sieht – da muss man schon aufpassen – dann übe ich eventuell auch noch das Driften. Aber als Verkehrsreferent muss ich ihnen mitteilen, dass ich ihrem Antrag leider nicht zustimmen kann, und zwar aus mehreren Gründen.

Vorerst einmal kurz etwas zur Historie der Salzstreuung. Im Winter von 2000 auf 2001 wurde auf den Hauptdurchzugsstraßen total von Splitt- auf Salzstreuung umgestellt. Und weil sich diese Maßnahme bewährte, wurde im Winter 2007/2008 auf die Splittstreuung komplett verzichtet bzw. gab es eine vollkommene Umstellung auf Salzstreu-

ung. Diese Maßnahme hatte mehrere Gründe. Der erste Grund bestand darin, dass die Salzstreuung generell eine bessere Tauwirkung hat. Gerade bei der Feuchtsalzstreuung, wie wir sie in Wels haben, geht diese Wirkung noch rascher voran. Es wird nämlich nur eine sehr geringe Menge vom Wind vertragen und das Feuchtsalz haftet drei- bis sechsmal länger auf der Fahrbahn als das normale Trockensalz.

Und all diese Umstände wirken sich halt sehr positiv auf die Verkehrssicherheit aus. Ein weiterer Vorteil gegenüber der früheren Splittstreuung ist jener, dass nun keine Entsorgungskosten für den Splitt mehr anfallen. Dabei muss man noch dazu bedenken, dass Splitt als Sondermüll gilt und die Entsorgung dementsprechend teuer kommt.

Aber am bedeutendsten ist wohl, dass die Splittstreuung eine sehr hohe Feinstaubbelastung bewirkt. Streue ich Splitt, habe ich während des Winters eine extreme Feinstaubbelastung, aber noch viel größer ist diese Belastung im Frühjahr, wenn schon alles trocken ist und ich erst wieder nach und nach den abgemahlten Splitt einsammeln muss. Speziell von Asthmakranken und Lungenfachärzten wurde es uns gedankt, als wir von der Splittstreuung auf die Salzstreuung umstellten.

Diese Feinstaubbelastung hat sich natürlich auf das ganze Ökosystem niedergeschlagen. Man muss sich Folgendes vorstellen. War im Jahr 2006 noch unser gesamtes Stadtgebiet als eines mit Feinstaubbelastung ausgewiesen, so wurde in der Folge nur mehr die Innenstadt als ein Gebiet mit Feinstaubbelastung gesehen. Der Grund für diese Besserung der Situation liegt sicher in der Umstellung auf Salzstreuung.

Ich gebe schon zu, dass es beim Salz ebenfalls gewisse Nachteile gibt. So gibt es damit zusammenhängend höhere Materialkosten und die Salzstreuung verursacht bestimmt gewisse Schäden an Pflanzen, Tieren und Fahrzeugen. Aber wenn wir die Vorteile gegen die Nachteile abwägen, müssen wir doch feststellen, dass die Salzstreuung für die Verkehrssicherheit und für die Umwelt bzw. für die Gesundheit der Menschen das beste Mittel ist. Es kann damit dem Eis bzw. der Kälte am besten entgegengewirkt werden.

Nun komme ich zu ihrem eigentlichen Antrag. Diese vorsorgliche Salzstreuung wird nur bei einem angekündigten Eisregen durchgeführt. Und sich bei Schneefall nur auf die Schneeräumung zu beschränken, das ist rechtlich gesehen ziemlich problematisch. Durch das Befahren einer Schneefahrbahn und durch das permanente Auf- und Abtauen, wie es gerade in der Stadt häufig passiert, wird aus einer Schneefahrbahn sehr schnell eine Eisfahrbahn. Die Folge sind dann widrigste und rechtlich sehr problematische Fahrbahnverhältnisse in unserer Stadt.

Sie wissen, dass die Stadt Wels dazu gesetzlich verpflichtet ist, die öffentlichen Verkehrsflächen zu räumen und mit geeignetem Streumaterial zu bestreuen, um auf diese Weise die Sicherheit für den Fußgänger- und Fahrzeugverkehr zu gewährleisten.

Noch etwas: Die Klagshäufigkeit gegenüber der Stadt Wels ist im Ansteigen begriffen. Rutscht jemand aus und bricht sich etwas, dann klagt derjenige die Stadt Wels. Und geprüft wird von Seite der Gerichte hauptsächlich, ob ein geeignetes Streumittel verwendet wurde. Eine Nullstreuung halte ich deshalb für sehr problematisch. Ich möchte jedenfalls nicht die Haftung übernehmen, Herr Kollege Teubl, wenn ein voll besetzter Schulbus in den Graben fährt, nur weil wir vielleicht eine Nebenstraße nicht räumten.

Die Stadt Graz hat den Versuch einer Nullstreuung unternommen, nämlich in bestimmten Stadtgebieten, sie hat jedoch diesen Versuch sehr rasch eingestellt, weil sie ganz einfach in rechtlicher Hinsicht massive Probleme erhielt.

Nun etwas zu unserer angeblich exzessiven Salzstreuung. Grundsätzlich bin ich auch für eine gewisse Zurückhaltung, aber andererseits ist es nun einmal Tatsache, dass wir heuer einen sehr strengen Winter hatten. Bei einem schneearmen Winter brauchen wir etwa 250 Tonnen Salz und heuer verbrauchten wir bereits 1500 Tonnen. Diese Menge brauchten wir aber nicht einfach deshalb, weil wir exzessiv streuten, sondern weil es dieser Winter eben verlangte. So möchte ich die GRÜNEN darum bitten, die Kirche im Dorf und das Salz auf der Straße zu lassen.

Meine Devise für den Winterdienst ist jene, dass so viel Salz wie nötig und so wenig wie möglich einzusetzen ist.

Und ich nenne ihnen noch einen positiven Aspekt. Je mehr wir Salz streuen, desto weiter entfernt sind wir von der angeblichen Klimaerwärmung. Wir werden somit diesem Antrag nicht zustimmen.

Vzbgm. Wimmer: Also, ich habe diesen Antrag der GRÜNE-Fraktion nicht als Kritik an unserem Winterdienst verstanden, und so möchte ich mich genauso wie der Kollege Kroiß bei unseren Mitarbeitern im Winterdienst bedanken, die wirklich fast Übermenschliches leisteten, aber andererseits kann man es wohl nie allen recht machen. Ich selbst erhielt zahlreiche Anrufe etwa in der Richtung, dass „in meiner Straße nicht geräumt ist“ oder „der Schneepflug hat mir den Schnee wieder hereingedrückt“. Ich erhielt allerdings keinen einzigen Anruf dahingehend, dass jemand aus einem Siedlungsgebiet gemeint hätte, man möge doch endlich einen Salzwagen vorbeischicken.

Ich meine, dass es dieser Antrag verdient, angenommen zu werden. Die SPÖ-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen, und zwar nicht etwa deswegen, weil wir die rechtliche Problematik unterschätzen. Vielmehr gehen wir davon aus – falls dieser Antrag eine Mehrheit findet – dass der Bürgermeister im Vollzug dieses Beschlusses selbstverständlich darauf achtet, dass alle gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden.

Ich glaube, es ist unbestritten, dass Salz nicht unbedingt zu den umweltfreundlichsten Produkten zählt und wenn es vielleicht doch eine Möglichkeit gibt – gänzlich ausgeschlossen ist die Salzstreuung nach diesem Antrag ohnehin nicht – das Streuen von Salz zu reduzieren, dann meine ich, dass wir von dieser Möglichkeit doch Gebrauch machen sollten. Wenn wir vielleicht in ein oder zwei Jahren sehen – vielleicht gibt es wieder einen so strengen oder möglicherweise noch strengeren Winter – dass es ohne Salzstreuung ganz einfach nicht geht oder dass eine reduzierte Salzstreuung von der Bevölkerung nicht angenommen wird, kann man ja neuerlich entsprechende Überlegungen anstellen.

Jeder von uns, der im Winter beispielsweise in einem Wintersportort unterwegs ist oder irgendwo im Bergland, weiß, dass dort die Salzstreuung sozusagen als letzte Maßnahme gilt, die von einer Gemeinde getroffen wird. In der Regel gibt es dort eine Schneefahrbahn und allenfalls eine lockere Splittstreuung, sonst aber eigentlich nichts an zusätzlichen Mitteln.

Somit meine ich, dass wir diesem Antrag eine Chance geben sollten. Wir sollten dem zuständigen Referenten Kroiß die Chance geben, sich diese Sache eingehend zu überlegen, sie zu prüfen und allenfalls eine reduzierte Salzstreuung umzusetzen. Damit kann er auch seine Qualifikationen und Fähigkeiten unter Beweis stellen. Ich bin überzeugt, dass er diese Angelegenheit meistern wird, falls sich hier im Gemeinderat eine Mehrheit für diesen Antrag findet. Ich danke also für das Aufgreifen dieser Problematik.

Das Argument in Bezug auf den schleimigen Matsch ist für mich sozusagen ein sehr greifendes. Für mich ist das noch über dem Problem des Umweltschadens anzusiedeln, denn diese rutschige Masse – ich habe mir letzte Woche angesehen, was sich so auf diesem Untergrund in der Innenstadt abspielte – halte ich für wesentlich gefährlicher als alles andere. Wer sich das selbst angesehen hat oder wer selbst in solch eine missliche Lage mit dem schleimigen Matsch gekommen ist, der weiß, dass es sehr wohl angebracht erscheint, neue Überlegungen anzustellen. Wir werden also diesem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben.

GR. Markus Wiesinger: Als ich am 8.2. die Presseaussendung der GRÜNE-Fraktion gelesen habe, glaubte ich zuerst an einen Faschingsscherz, denn dort steht wörtlich: "GRÜNE kritisieren Winterdienst" und die zweite Überschrift lautete auf "Schluss mit der Salzorgie". Zuerst dachte ich mir, der Kollege Teubl habe wohl die Schneehaufen mit Salzhaufen verwechselt. Und als ich dann eine Woche später diesen Antrag gesehen habe, war ich, ehrlich gesagt, schockiert.

Der Kollege Kroiß sagte schon einige Sachen ganz richtig und ich möchte nur noch ein paar Argumente hinzufügen.

Wir haben, wie Kroiß richtig sagte, im Jahr 2001 auf Salzstreuung umgestellt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass seitens der GRÜNEN damals eine Reduzierung der Feinstaubbelastung verlangt wurde und dass man deshalb weitgehendst auf den Einsatz von Rollsplitt verzichten sollte. Jetzt wollen die GRÜNEN aber auch noch auf die Salzstreuung verzichten und ich warte schon auf den nächsten Antrag des Inhalts, dass man den Schnee überhaupt liegen lassen möge. Sie müssen schon bedenken, was sie mit solchen Anträgen bewirken.

Mir ist der Schneematsch lieber als gebrochene Beine. Ich möchte an dieser Stelle einmal darauf hinweisen, dass der Schnee nicht in erster Linie für die Autofahrer geräumt wird, sondern speziell in der Innenstadt für die Fußgänger, die Älteren, die Gehbehinderten. Wenn sie richtigerweise von einer Winterreifenpflicht für Autofahrer sprechen, dann muss ich doch darauf hinweisen, dass es für Fußgänger keinerlei Winterpflicht gibt. Keiner kann genau wissen, wenn er das Haus verlässt, welches Schuhwerk er dort oder da in der Stadt braucht und so, patsch, liegt auf einmal jemand da und hat vielleicht einen gebrochenen Knöchel.

Zum Kollegen Wimmer ist zu sagen, dass man sehr wohl merkte, dass er der Sportreferent ist. Sie haben wahrscheinlich an Schipisten gedacht, als sie davon sprachen, dass es in den Wintersportgebieten keine Salzstreuung gibt.

Vzbgm. Wimmer: Nein, das waren schon normale Straßen! In Hinterstoder liegt beispielsweise der Schnee auf den Straßen!

GR. Markus Wiesinger: Na ja, wie auch immer. Ich kann eigentlich schon die Spannung aus meiner Wortmeldung herausnehmen, das heißt, sie werden schon mitbekommen haben, dass wir als ÖVP diesem Antrag nicht die Zustimmung erteilen und somit wird insgesamt dieser Antrag keine Mehrheit finden.

GR. Bauer: Zum Thema Feinstaub darf ich in diesem Zusammenhang Folgendes sagen. Der Feinstaub ist nur dann ein Problem, wenn es bei trockenen Witterungsverhältnissen zu einer Aufwirbelung des Streugutes kommt. Somit wäre diesbezüglich der richtige Zeitpunkt für die Einkehrung sehr wichtig. Passiert die Einkehrung zur richtigen Zeit, gibt es eigentlich kein Feinstaubproblem.

Und wenn wir erreichen wollen, dass weniger Salz gestreut wird, dann geht es uns eigentlich nicht so sehr um die Hauptdurchzugsstraßen, sondern vielmehr um die Nebenstraßen und um die Fußgängerbereiche.

Vzbgm. Dr. Wieser: Die Entwicklung, welche der Winterdienst in den letzten Jahren in der Stadt Wels genommen hat, hatte sehr wohl ihren Hintergrund bzw. ihren Sinn. Als ich früher Verkehrsreferent war, gab es beim Magistrat den Herrn Ingenieur Budaker, der auch für die Schneeräumung zuständig war. Es gab x Symposien oder Tagungen in Deutschland, an welcher Vertreter der Stadt Wels teilgenommen haben und dort war auch immer wieder von der Splittstreuung die Rede. Dazu hieß es allerdings, dass durch das ständige Drüberfahren mit den Autos ein entsprechend starker Abrieb gegeben sei und man doch während des Winters nicht alle 14 Tage den Splitt von den Straßen wegräumen könne, das heißt, Splitt, der einmal gestreut wurde, bleibt grundsätzlich den ganzen Winter über auf den Straßen liegen. Somit wird es immer staubiger und immer staubiger. Und wir wissen, dass speziell im Frühjahr die Praxen der Ärzte immer voller wurden, weil das Einatmen des Staubs für die Leute zu einem echten Problem wurde, denn viele konnten nicht mehr richtig schnaufen.

Herr Magister Teubl, sie haben zuerst verschiedene Bereiche, wo Schäden entstehen könnten, aufgezählt. Sie nannten die Pflanzen, die Tiere etc., aber die Menschen nannten sie nicht bzw. sagten sie nichts von den Gesundheitsproblemen, die für viele aufgrund dieser Feinstaubbelastung entstehen. Letzteres war ihnen offenbar nicht so wichtig.

Uns war es seinerzeit anlässlich der Umstellung von Splitt auf Salz besonders wichtig, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, welche sie jetzt aber auch nicht gerade stark betonten. Uns war es wichtig, bei den Hauptverkehrsadern mit der Salzstreuung zu beginnen und als man sah, dass das für normale Winter einfach die bessere Lösung darstellt, ging man ein paar Jahr später darauf über, auch in Nebenstraßen mehr mit Salz als mit Splitt zu arbeiten. Die Problematik mit der Splittstreuung ist ja auch in den Nebenstraßen zu Tage getreten.

Wir hatten heuer einen besonderen Winter und natürlich gab es Beschwerden. Als die ersten Beschwerden kamen, lag auf den Straßen eigentlich nur Schnee in einer Höhe von 4 bis 5 Zentimetern, aber es kamen damals die Autos beim Kreisverkehr in der Volksgartenstraße ins Schleudern. Bitte, man muss sich das einmal vorstellen. Da fallen nur ein paar Zentimeter Schnee, aber die Leute kommen mit ihren Fahrzeugen schon ins Schleudern. Da muss man sich fragen, wo die Leute ihren Führerschein machten oder ob bzw. wie sie eigentlich mit dem Schnee umgehen können. Es ist so eine Art von österreichischem Phänomen, dass immer dann, wenn es im November oder

Anfang Dezember den ersten Schnee gibt, die Leute davon überrascht sind, dass es bei uns einen Schnee geben kann. Kommt es zum ersten Schneefall, sind auch immer die Garagen voll, weil alle auf einmal zum Reifenwechsel fahren.

Was nun den Matsch betrifft, mag schon richtig sein, was sie beobachteten; eigentlich haben wir alle die Probleme gesehen. Es hat Tage gegeben, an denen es von der Nacht weg, von 3 Uhr früh bis 10 Uhr abends durchschneite. Und was glauben sie, welche Aufgabe das dann für den Winterdienst darstellt? Die brauchen auf ihrer Route einige Stunden, bis sie wieder an den Ausgangspunkt zurückkommen. Da wurde also geräumt und gesalzt, in der Zwischenzeit deckte aber der anhaltende Schneefall wieder alles zu. Der Schnee fiel also in dementsprechender Höhe auf das Salz und es kam zu dieser Matschsituation, die sicher unangenehm war.

Im Großen und Ganzen möchte ich ihnen jedenfalls sagen, dass der bisher eingeschlagene Weg beim Winterdienst recht erfolgreich war. Gibt es aber so extreme Verhältnisse wie heuer, werden sie leider nicht alle zufriedenstellen können. Ich meine, der Kollege Kroiß hat Recht, wenn er bei der bisherigen Lösung bleibt.

GR. Manfred Wiesinger: Wenn von Frau Bauer am Schluss gesagt wurde, dass es den GRÜNEN hauptsächlich um den Gehsteigbereich gehe, dann glaube ich, dass sie mit diesem Antrag falsch liegen. Bekanntlich müssen nämlich die Gehsteige zumeist von den anrainenden Hausbesitzern geräumt werden und ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir schon einmal Zeiten hatten, in denen wir versuchten, die Hausbesitzer dazu zu bringen, dass sie nur den Schnee wegräumen und dann mit Sand oder Splitt streuen. Leider gab es aber doch das Problem der Eisbildung auf den Gehsteigen und damit verbunden das Problem der niedergefallenen Fußgänger, von denen sich einige verletzen. Und verantwortlich für diese Probleme waren eben die Hausbesitzer.

Also, wenn sie hier die Fußgängerbereiche besonders hervorheben, meine ich, dass sie in die falsche Richtung gehen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Herr Dr. Wieser, sie meinten, ich hätte die Menschen nicht erwähnt, nur Tiere und Pflanzen. Das stimmt, denn ich habe nicht explizit von Menschen gesprochen, sondern von den Fußgängerinnen und Fußgängern, von den Radfahrerinnen und Radfahrern, von den Autofahrerinnen und Autofahrern. Hätte ich sozusagen nur von Menschen gesprochen, so wäre das einfacher gewesen und ich hätte nicht gendern müssen. Jedenfalls hatte ich durchaus die Menschen im Auge.

Wenn wir uns im Detail nochmals ansehen, was hier an Argumenten gegen diesen Antrag gekommen ist, kann ich zunächst nur einmal an der letzten Wortmeldung anschließen. Wenn es nämlich um Knochenbrüche von Fußgeherinnen und Fußgehern geht, dann sind doch in erster Linie die Hausbesitzer dafür zuständig, die Gehsteige ordentlich zu räumen. Und das ist in der Tat nicht Gegenstand dieses Antrages. Aber selbst für die Gehsteigräumung gibt es Vorbilder, etwa die Stadt Wien, welche den Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern ausdrücklich das Streuen von Salz verbietet. Abgesehen davon ist beim Räumen ein Mindestabstand einzuhalten.

Ein anderes Argument war jenes, dass die Stadt mit Klagen konfrontiert werden könnte. Nun, dieses Problem betrifft wieder hauptsächlich die Gehsteige, also eher nicht die Stadt. Aber auch hier kann man noch eine Anmerkung treffen. Vielleicht haben sie in den Medien verfolgt, dass beispielsweise in Tirol die öffentliche Hand verklagt wurde –

ich glaube, es war die Stadt Innsbruck – weil eine Fassade durch die Salzstreuung so in Mitleidenschaft gezogen wurde, dass sie zu renovieren war. Also, es könnte genauso sein, dass eine Klagswelle bezüglich der Schäden, die durch das Salz verursacht werden, auf uns zukommt. Und ich möchte alle Welserinnen und Welser dazu auffordern, mit ihren Rechnungen für das Reparieren der Schuhe, für das Reinigen der Hosen und auch für Arztbesuche beim Magistrat der Stadt Wels vorstellig zu werden, um eventuell die entsprechenden Kosten einzuklagen. Das wäre ebenfalls eine Möglichkeit.

Schließlich hat der Herr Verkehrsstadtrat ein Beispiel genannt, das wir alle nicht wahrhaben möchten, nämlich dass ein Schulbus in einen Graben hineinfällt. Ich kenne allerdings in Wels keine Straße, wo es daneben einen tiefen Graben gäbe. Sollte aber ein derartiger Umstand gegeben sein, würde man natürlich in diesem Bereich nichts gegen eine Salzstreuung haben. Wir wollen eigentlich nur erreichen, dass die Salzstreuung in Siedlungsstraßen, in Wohnstraßen, in Nebenstraßen, wo kaum jemand unterwegs ist und wenn schon, dann höchstens mit Schrittgeschwindigkeit, weil man sowieso gerade erst aus der Garage herausfuhr, abgestellt wird. Und wir wollen dort, wo Salz gestreut wird, etwa auf den Hauptdurchzugsstraßen, vor der Salzstreuung eine ordentliche Schneeräumung haben. Es sollte also nicht nur, wie das von sehr vielen Welserinnen und Welsern beobachtet wurde, eine Salzstreuung geben. Ich habe einige Zuschriften zu diesem Thema bekommen. Unter anderem steht hier: „Am 10.02. bin ich um 18.00 Uhr in der Wallerer Straße gefahren. Zwei Schneepflüge gesehen: Schild oben, aber massenhaft Salz gestreut.“ Genau das meinte ich zuerst. Es wurde nicht geräumt, aber dafür wurde gleich vorneweg Salz gestreut.

Eine andere Zuschrift lautet wie folgt: „Ich habe es satt, in der Innenstadt im Gatsch herumzulaufen.“ Und so weiter, und so fort!

Ich wollte das nur zitieren, um ihnen zu verdeutlichen, dass es genug Beobachtungen gibt, welche zeigen, dass hier tatsächlich das Pferd am Schwanz aufgezümt wurde. Damit meine ich, dass eher Salz zum Einsatz kam, nämlich noch bevor überhaupt der Schnee weggeräumt wurde.

Und dass beim Kreisverkehr vor der Stadthalle die Autofahrerinnen und Autofahrer ins Schleudern gerieten, das wusste ich bisher nicht. Dort bin ich nämlich selbst gefahren, beispielsweise am 26. 01., wo bei tiefem Schnee eine Salzstreuung vorgenommen wurde und wo eine Salzschmiere vorhanden war, vor der man sich wirklich in Acht nehmen musste, um nicht ins Schleudern zu kommen.

Ich möchte mich dem Dank an den Winterdienst durchaus anschließen, nur würde ich auch darum ersuchen, den Schnee rechtzeitig und sorgfältig zu räumen – das ist unser aller Anliegen – und nur dort, wo es wirklich notwendig ist, Salz zu streuen. Andererseits sollte doch auf die Salzstreuung an allen Ecken und Enden unserer Stadt in Hinkunft verzichtet werden.

Der Antrag (Anlage 25) zu Punkt 19. der Tagesordnung wird bei

14 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 19 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Hochhauser und GR. Kirchmayr sind bei der Abstimmung zu Punkt 19. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Ungeachtet der mehrheitlichen Ablehnung dieses Antrages ersuche ich den Herrn Verkehrsreferenten, trotzdem zu versuchen, eine vernünftige gemeinsame Lösung bei diesem Thema zu finden.

20.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erstellung eines umfassenden Parkraumkonzeptes
DI-Verf-036-2010

GR. Prof. Mag. Teubl: Zum Thema Parken haben wir heute schon einen Antrag behandelt, wobei dieser dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen wurde, was ich für sehr richtig halte. Die Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch sagte dazu, dass es allenfalls ein Stückwerk bedeutet hätte, in die derzeitigen Regelungen einzugreifen. Wir sollten aber doch wirklich einmal zu einem Gesamtkonzept kommen, was wir mit diesem Antrag einfordern wollen.

Wir GRÜNE haben den Eindruck, dass in Bezug auf das Parken oder die Parkgebühren im Bereich der Innenstadt eine ziemliche Konzeptlosigkeit herrscht. Dabei haben sich in der Vorwahlzeit – sie erinnern sich bestimmt alle – die Parteien nahezu überschlagen im Wettbewerb, alles billiger zu machen. Die FPÖ forderte eine Gratisparkstunde, worauf die SPÖ mit der Regelung "eine Stunde zahlen, zwei Stunden parken" konterte. Letzteres wurde dann auch gleich mit Vorausverfügung per 31. August 2009 in Kraft gesetzt, obwohl keiner weiß, was daran wirklich so dringlich gewesen sein sollte, außer vielleicht der Umstand, dass man diese Neueinführung auch gleich als Wahlzuckerl verwenden konnte.

Von der ÖVP kam den Sommer über gleich einmal die Forderung nach einer völligen Abschaffung der Parkgebühren, wobei ich nicht weiß, ob sich die Damen und Herren von der ÖVP überhaupt noch an diese Forderung erinnern können. Das war ja wirklich eine Forderung, die man tatsächlich nur als Wahlkampfgegag verstehen konnte. Diese rief bei jedem, der auch nur ein bisschen Ahnung von Verkehrspolitik hat, ein Kopfschütteln hervor.

Vorschläge zum Thema "Parken in Wels" gibt es also mehr als genug. Was ich aber vermisse, das ist eine seriöse Diskussion dieses Themas. Ich vermisse Argumente, die einer Überprüfung standhalten. Und ich vermisse weiters ein Konzept mit einer klaren Zielsetzung. Meine Damen und Herren! Wie uns der Kalender zeigt, ist der 27. September 2009 längst vorüber und damit wird es nun langsam Zeit, sich jenseits von Wahlkampfprücksichten und Populismus ernsthaft mit dieser Frage oder Thematik zu beschäftigen.

Begründet werden die vorgeschlagenen Maßnahmen zumeist mit einem Frequenzrückgang bei den Innenstadtdeschäften. Offensichtlich meint man, diesen mit mehr oder mit günstigeren Parkplätzen verhindern oder auffangen zu können. Bitte glauben sie

mir: Die Innenstadt ist nicht mit Parkplätzen zu retten, sondern nur mit einer Erhöhung der Attraktivität. Letzteres ist aber eine andere Geschichte, mit der wir uns in diesem Gremium noch öfter zu beschäftigen haben werden.

Gestatten sie mir aber nun, die Parkplatzsituation in Wels in den Mittelpunkt zu stellen. Da werfen sich für mich einige Fragen auf.

Frage 1: Gibt es zu wenig Parkraum in der Innenstadt? Wir haben einer Information des Stadtmarketings zufolge etwa 2.000 oberirdische bzw. öffentliche Parkplätze, 1.162 Parkplätze in Garagen und ca. 2.200 Parkplätze im Messegelände. Wir haben also im Bereich der Innenstadt in etwa 5.400 Parkplätze. In diesem Zusammenhang ist es äußerst aufschlussreich – darauf wurde heute schon hingewiesen – die Informationen des neuen Parkleitsystems zu beachten. Dort erfährt man nämlich, dass an normalen Werktagen in diesen Parkgaragen zwischen 700 und 1.000 Parkplätze frei sind. Wir haben also in Wels alles andere als eine Parkplatzknappheit. Im Gegenteil hätten wir sogar einigen Spielraum für die Ausweitung der Fußgängerzonen, also ohne damit verbunden irgendwelche Parkplatzprobleme zu verursachen. Andererseits könnten wir damit vielleicht einen Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt leisten.

Es stellt sich höchstens die Frage, warum die Parkgaragen – das wurde heute auch schon in Zusammenhang mit einem FPÖ-Antrag thematisiert – nicht angenommen werden. Und das, obwohl diese Parkgaragen, wenn man sie etwa mit Linz oder Wien vergleicht, gar nicht besonders teuer sind. Eine Antwort darauf ist jene, dass sie unattraktiv sind. Ein Vergleich mit der Parkgarage am Linzer Hauptplatz zeigt, wie man das ändern könnte. Da müsste man halt auf die Betreiber der Parkgaragen zugehen und gegebenenfalls seitens der Stadt unterstützend eingreifen. Eine andere Antwort für die eher schwache Annahme besteht im Leitsystem und vor allem in einem kaum publizierten Tarifsystem der Garagen. Die eine Garage bietet die erste Stunde gratis an, die andere Garage eine halbe Stunde, allerdings nicht an Samstagen; die Tarife sind völlig unterschiedlich gestaltet und sonst könnte man auch noch ein paar Dinge nennen. Da wäre andererseits einiges machbar. Natürlich sind diese Garagen in der Hand von privaten Betreibern, aber meines Erachtens wäre es dennoch Aufgabe der Stadt, auf diese Betreiber zuzugehen und beizutragen, dass ein einheitliches Tarifsystem erarbeitet wird.

Die zweite Frage, die sich mir stellt, besteht darin, ob wir weiterhin möglichst viele Autos in die Innenstadt locken wollen. Die Antwort kann natürlich nur in einem Nein bestehen. Die Innenstadt braucht nicht mehr Autos, sondern mehr Menschen, die sie gerne aufsuchen, gerne aufsuchen, weil sie sich dort wohl fühlen. Das ist aber umso weniger der Fall, je mehr Verkehr in der Innenstadt herrscht. Wir müssen daher Anreize schaffen, damit mehr Menschen mit dem Fahrrad oder mit dem Linienbus in die Innenstadt kommen, und das genau in Bezug auf die Umlandgemeinden. In der Vorweihnachtszeit hat die Stadt Wels mit der Initiative "Weihnachtsshuttlebusse" gezeigt, dass so etwas auch von den Umlandgemeinden her funktionieren kann. Hier sind auch weiterhin kreative Lösungen gefragt. Mehr öffentlicher Verkehr an Stelle des Individualverkehrs, das muss das Ziel sein, vor allem auch in Hinblick auf die Klimaschutzziele und die Anstrengungen unserer Stadt im Rahmen des Konzeptes "EnergieStadt Wels".

Ich komme zur letzten Frage. Was wollen wir in Bezug auf die Parkplatznutzung bewirken? Erstens wollen wir verhindern, dass die Parkplätze im Zentrum von den Leuten, die dort beschäftigt sind oder von den Bewohnern genutzt werden. Diese

Beschäftigten sollen, wenn sie schon von auswärts hereinkommen, auf den Parkplätzen in der Peripherie ihre Autos abstellen, beispielsweise im Messegelände. Und die Idee, welche heute von der FPÖ eingebracht wurde, nämlich jene, durch die Einräumung von Unterstützungsmitteln die Benutzung der Garagen durch die Bewohner attraktiver zu machen, muss man sich gut überlegen.

Wir wollen es weiters den Einkäufern in diversen Geschäften ersparen, die eingekauften Waren meilenweit herumschleppen zu müssen. Dazu brauchen wir aber mehr Ladezonen, damit die Einkäufe bequemer in den Autos verstaut werden können, also ohne lange Fußwege zum Auto auf sich nehmen zu müssen. Man könnte das auch mit der Aufstellung von Schließfächern kombinieren. Diese würden zur vorübergehenden Lagerung der eingekauften Waren dienen, damit man sein Auto heranholen kann, um eben ganz leicht die Waren im Auto zu verfrachten. Ideen gäbe es also genug.

Dann möchten wir Parkplätze für die Autos jener Menschen anbieten, die über keine Möglichkeit verfügen, mit dem Rad oder Bus in die Innenstadt hereinzukommen, vor allem nicht aus dem Umland. Dafür sollten die Parkgaragen vermehrt genutzt werden. Dort wiederum sollten wir einen zeitlich nicht eingeschränkten einheitlichen Tarif haben, am besten den gleichen Tarif wie auf den oberirdischen Kurzparkzonen. Und dort sollte man das Auto stehen lassen können, so lange man will, um das Erlebnis Innenstadt entsprechend genießen zu können. Daneben wird es auch notwendig sein, den riesigen Gratisparkplatz Messegelände im Parkleitsystem verstärkt anzupreisen.

Und weiters meine ich, dass wir doch eine gewisse Anzahl von Kurzparkzonenplätzen an der Oberfläche benötigen. Diese stellen aber meines Erachtens in einem umfassenden Parkplatzkonzept die letzte Wahl dar. Diese brauchen wir, um auch Menschen in die Innenstadt locken zu können, die glauben, auf ihr Auto einfach nicht verzichten zu können und die unbedingt möglichst nahe bei jenem Geschäft parken wollen, das sie sich aufzusuchen vorgenommen haben. In diesem Sinn müssten wir aber die Oberflächenparkplätze möglichst gut nutzen, das heißt, alle anderen Nutzungen sollten möglichst nicht gestattet sein. Diese Kurzparkzonen müssten auch zeitlich eher begrenzt sein. Und unseres Erachtens müssten die Oberflächenparkplätze während der gesamten Geschäftszeit kostenpflichtig sein.

Im Sinne der Sparsamkeit bzw. auch unter Hinblick auf die Einnahmensituation der Stadt Wels glauben wir, dass es nicht unbedingt angebracht erscheint, sich in Vorschlägen in der Richtung zu überbieten, was man noch alles gratis machen könnte – es waren sogar zwei Gratisstunden während der Mittagszeit im Gespräch – sondern dass es vielmehr darum geht, gebührenpflichtiges Parken während der gesamten Geschäftszeit zu einem vernünftigen Preis anzubieten.

Mittelfristig ist jedenfalls die Reduktion der Oberflächenparkplätze unser Ziel, damit die Innenstadt wieder vom Parkraum zum Lebensraum wird. Wir brauchen Konzepte, die zur Belebung der Innenstadt beitragen und gleichzeitig der besseren Gestaltung helfen. Kosmetische Korrekturen in der Parkgebührenverordnung werden weder das eine noch das andere erreichen. Die GRÜNEN fordern daher ein Parkraumkonzept mit einer klaren Zielsetzung unter Einbeziehung aller bestehenden Innenstadt-Parkplätze und ich bitte sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

GR. Buttinger zur Geschäftsordnung: Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der GRÜNEN sowohl dem Verkehrsausschuss als auch dem Finanzausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Vzbgm. Wimmer: Ich weiß jetzt nicht genau, ob das mit der Zuweisung an den Finanzausschuss richtig war.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Buttinger auf Zuweisung gst. Initiativantrages sowohl an den Finanz- als auch an den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung wird bei

8 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
gegen 18 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr.Koits, GR. Hochhauser, GR. Mag. Humer, GR. Kirchmayr und GR. Mag. Lipp von der SPÖ sowie Vzbgm. Dr. Wieser, GR. Dipl.-Ing. Haydinger, GR. Marehard und GR. Schatzmann von der FPÖ sind bei der o.a. Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von GR. Buttinger nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem dieser Geschäftsordnungsantrag die Ablehnung fand, geht jetzt die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt weiter.

StR. Kroiß: Die Welser Freiheitlichen werden diesem Tagesordnungspunkt ebenso wie dem vorangegangenen Geschäftsordnungsantrag nicht die Zustimmung geben. Wir sind der Meinung, dass wir schon ein Parkraumkonzept haben. Wir wissen anhand dieses Konzeptes ganz genau, wie viel Parkplätze wir an der Oberfläche haben und wie viele Tiefgaragenparkplätze. Wir haben weiters das "dynamische Parkleitsystem", anhand dessen wir genau sehen, in welcher der einzelnen Tiefgaragen wie viel Parkplätze frei sind.

Zum Punkt 2. des Antrages Folgendes. Natürlich müssen die Tiefgaragen adaptiert werden und ich habe schon zuvor auf verschiedene Dinge hingewiesen, die dazugehören. Die Tiefgaragen müssen heller, freundlicher und gepflegter werden. Es muss aber auch der Preis stimmen. Den Preis macht nun aber der jeweilige Betreiber und ich meine, wir sollten insofern sehr vorsichtig sein, dass wir nicht einfach die teuerste Garage nur deshalb subventionieren, dass sie billiger kommt.

Darüber hinaus halten wir gar nichts davon, dass wir eine Neuordnung der Parkgebührenverordnung bis zur Realisierung des Antrages der GRÜNEN zurückstellen sollen. Wir meinen vielmehr, dass das bis Ende August vorigen Jahres gültige gebührenfreie Parken während der Mittagszeit gleich wieder eingeführt werden sollte, damit die Umsetzeinbußen bei den Wirten möglichst rasch gestoppt werden können.

Zu ihrem fünften Punkt darf ich sagen, dass meines Erachtens beispielsweise niemand von den anwesenden Mandataren, auch sonst keine Autofahrer, durch überhöhte Gebühren von einem Besuch der Innenstadt abgehalten werden.

Im sechsten Punkt ihres Initiativantrages ist von der Einhebung einer Verkehrserregerabgabe die Rede. Solch eine Abgabe schwebt ja schon sehr lange im "grünen Raum" sogar bundesweit herum. Meines Wissens nach wurde eine solche Abgabe allerdings noch nirgends in Österreich eingeführt. Sie hat auch für die Stadt Wels keinerlei Berechtigung. Laut Antrag der GRÜNEN sollen damit die Einkaufszentren an den Stadträndern gezwungen werden, ihre eigenen Parkplätze zu bewirtschaften, um sich eben diese Verkehrserregerabgabe leisten zu können. Wir glauben jedoch, dass es rechtlich gar nicht möglich ist, ein Einkaufszentrum zu zwingen, eine Parkplatzbewirtschaftung durchzuführen, nur um eben diese eventuell zu leistende Verkehrserregerabgabe zahlen zu können.

Wir werden also diesen Initiativantrag ablehnen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Herr Stadtrat Kroiß, sie verblüffen mich wirklich, nämlich damit, dass sie jetzt die Verkehrserregerabgabe so stark ins Spiel bringen. Ich selbst hatte diese zwar in meinem Redekonzept, verzichtete dann aber auf deren Erwähnung. Das bedeutet irgendwo, dass sie wussten, was ich sagen oder worauf ich ursprünglich eingehen wollte. Grundsätzlich könnte man darüber auch einmal reden, aber jetzt war damit die Einführung dieser Abgabe nicht gemeint.

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Aber wenn es nach ihnen geht, sollten wir das im Punkt 6, ihres Antrages mitbeschließen!

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich bin aber nicht näher darauf eingegangen! Ich wollte jedoch in Frage stellen, ob das, worüber wir jetzt verfügen, wirklich ein Parkraumkonzept ist. Meines Erachtens ist das alles andere als ein Konzept, sondern vielmehr – sagen wir es einmal vorsichtig – eine historisch gewachsene Situation. Man könnte auch sagen, es ist ein Chaos. Keiner hat sich wirklich überlegt, was wir haben wollen. Ich habe jetzt versucht, ein paar Überlegungen hiezu zu präsentieren bzw. habe ich erläutert, welche Absichten wir hinsichtlich der verschiedenen Formen des Parkens verfolgen, um eine möglichst befriedigende Parkraumsituation in der Stadt schaffen zu können. Um das geht es eigentlich in diesem Antrag und insofern würde dieser Antrag natürlich an die Ausschüsse weitergehen. Jedenfalls sollten wir uns nicht zitzerweise etwas vornehmen und immer nur einzelne Aspekte bearbeiten. Wir sollten vielmehr einmal versuchen, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das Hand und Fuß hat und bei dem man sich auf der Basis vorliegender Daten überlegen sollte, wie es zu schaffen wäre, die Garagen besser nutzen zu können und möglichst wenig oberirdische Parkplätze durch Dauerparker verstellen zu lassen.

Herr Stadtrat Kroiß! Ich habe mich außerdem noch darüber gewundert, dass sie gegen eine Subventionierung von Garagen durch die Stadt Wels sind. Wenn mich nämlich nicht alles täuscht, haben sie von der FPÖ doch heute an anderer Stelle einen Antrag eingebracht, der genau dieses zum Ziel hatte, nämlich in Richtung Bewohner der Innenstadt. Es geht aber im Prinzip um das gleiche, nämlich darum, dass private Betreiber von der Stadt Geld erhalten sollten, auch wenn das indirekt über die Bewohner der Innenstadt ausbezahlt würde.

Wir brauchen meines Erachtens eine sachliche und ruhige Diskussion in den Ausschüssen. Und das Wichtigste an diesem Antrag wäre, dass ansonsten alle Einzelanträge zum Thema Innenstadtparken zurückgestellt werden sollten, nämlich bis zur Vorlage eines solchen Parkraumkonzeptes.

Der Initiativantrag (Anlage 26) wird bei

3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
gegen 28 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Dr. Wieser, GR. Aitzetmüller, GR. Hoflehner und GR. Kirchmayr sind bei der Abstimmung über o.a. Initiativantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

21.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Busanbindung Herminenhof
DI-Verf-037-2010

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich muss zur vorausgegangenen Abstimmung schon noch sagen, dass es mich etwas verwundert, wenn Konzeptlosigkeit eine Mehrheit findet. Nun komme ich aber zu unserem letzten Antrag.

Meine Damen und Herren! Seit Anfang des Jahres haben wir im renovierten Herminenhof die Stadtbücherei und die Landesmusikschule; am kommenden Samstag werden wir dieses renovierte Gebäude mit einem großen Fest offiziell eröffnen. Das ist durchaus ein Grund zur Freude.

Weniger erfreulich ist hingegen die mangelhafte Erreichbarkeit des Herminenhofs mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es wurde zwar rechtzeitig eine eigene Haltestelle vor dem Kulturzentrum Herminenhof eingerichtet, diese Haltestelle wird aber lediglich von der selten verkehrenden Linie 16 angefahren. Es ist das die Linie, die den Kaiser-Josef-Platz mit dem Hallenbad und der Kunsteisbahn verbindet und ganz sechs Mal am Tag fährt, an Samstagen überhaupt nur vier Mal.

Die GRÜNEN haben schon Anfang des Jahres Kritik an dieser Situation geäußert und erstaunlicherweise wurde relativ rasch darauf reagiert. In den Medien wurde verkündet, dass es zusätzliche Busse zum neuen Dreiklang-Herminenhof geben würde. Diese Presseaussendung des Magistrates hat mich doch ziemlich verwundet und ich war erstaunt darüber, dass eine grüne Kritik so rasch zum Erfolg führen würde. Tatsächlich war es aber mit dem Erfolg nicht gar so weit her. Zwar wurden zwei zusätzliche Kurse eingeschoben, aber beide fahren ca. 20 Minuten nach bisher schon bestehenden Verbindungen, das heißt, so rasch hintereinander hätte man sie nicht wirklich gebraucht. Dafür klaffen nämlich bei anderen Kursen Lücken bis hin zu drei Stunden. Da gibt es beispielsweise einen Kurs um 08.42 Uhr und dann erst wieder um 11.42 Uhr einen nächsten oder nachmittags fährt zwischen 15.42 Uhr und 18.02 Uhr nichts. Angesichts dessen kann man wohl kaum von einer wirklichen Verbesserung sprechen, ebenso kaum von einer guten Anbindung des Herminenhofs an den öffentlichen Verkehr. Einen

Großteil des Tages wartet man jedenfalls an dieser Haltestelle vergeblich auf einen Bus.

Ganz anders wäre es, würde man, so wie wir es mit unserem Antrag fordern, die Linienführungen 1 und 16 gegeneinander austauschen. Unser Vorschlag lautet wie folgt. Die Linie 1 soll nicht wie bislang erst in der Franz-Fritsch-Straße von der Dragonerstraße in die Maria-Theresia-Straße abbiegen, sondern schon vor der Lokalbahn und so die Haltestelle Herminenhof anfahren. Die Linie 16 sollte hingegen den Kurs der Linie 1 über die Franz-Fritsch-Straße übernehmen.

Mit diesem Tausch der Linienführungen wäre ohne großen Aufwand und völlig kostenneutral – das wäre doch besonders für den Herrn Finanzreferenten wichtig – für die zahlreichen Besucher des Herminenhofs eine enorme Verbesserung zu realisieren. Sie würde vor allem für jene Besucher, die aus dem Westen kommen, etwa aus dem Stadtteil Noitzmühle und die derzeit von der Kreuzung der Dragonerstraße mit der Franz-Fritsch-Straße bis zum Herminenhof zu Fuß gehen müssen – das ist ein Fußweg von etwa zehn Minuten – eine optimale Anbindung bieten.

Musikschule und Stadtbücherei werden sehr stark von Kindern und Jugendlichen frequentiert, die Stadtbücherei überdies auch noch von vielen älteren Menschen und daher ist eine exzellente Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel besonders wichtig. Ein Fußweg von zehn Minuten bis zur nächsten Haltestelle – weil eben die Haltestelle vor dem Herminenhof kaum angefahren wird – findet schlicht und einfach kaum eine Akzeptanz. Die von uns vorgeschlagene Änderung der Linienführungen 1 und 16 brächte sofort eine echte Verbesserung. Sie würde Musikschülerinnen und Musikschülern, Benutzerinnen und Benutzern der Stadtbücherei im Viertelstunden-Takt direkt zum Herminenhof befördern, und das bis in die Abendstunden hinein, was auch nicht unwichtig ist, weil ja Musikunterricht oft auch abends stattfindet.

Meine Damen und Herren! Wenn wir so viel in ein Projekt wie den Herminenhof investieren, es dann aber verabsäumen, für eine umweltfreundliche Erreichbarkeit dieser so wichtigen Einrichtung zu sorgen, so bedeutet dies einen sträflichen Leichtsinn. Dies noch dazu, wenn sich eine derart einfache und kostengünstige Lösung anbietet. Ich ersuche sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

StR. Kroiß: In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich ganz kurz halten, so weit dies eben bei diesem Antrag überhaupt möglich ist.

Die mit ihrem Antrag verbundene Vorgangsweise klingt ganz einfach. Wir sollten also nur die Linie 1 und die Linie 16 tauschen, damit alle dann glücklich und zufrieden sind. Tatsache ist aber, dass es nun einmal nicht so leicht ist, wie sich das die GRÜNEN vorstellen. Wir haben dieses Problem schon vor längerer Zeit erkannt und wir haben eine Überprüfung durchführen lassen. Fest steht aber, dass dieser Linientausch nicht möglich ist, weil nämlich der 15-Meter-Bus weder nach links von der Dragonerstraße in den Lokalbahnplatz einbiegen kann noch vom Lokalbahnplatz nach rechts in die Maria-Theresia-Straße. Das ginge nur, falls wir beide Kreuzungen großzügigst umbauen, wozu wir aber auch Bäume fällen müssten. Nebenbei wäre solch ein Umbau natürlich mit Kosten verbunden. Das also zu ihrer Ausführung, wonach ein Tausch der Linien keinerlei Mehrkosten verursachen würde.

Sollten wir es uns aber trotzdem leisten, diese Umbauten zu tätigen, haben wir auf der Maria-Theresia-Straße das nächste Problem. Die Maria-Theresia-Straße ist nämlich wesentlich schmaler als die Dragonerstraße und gerade im Begegnungsverkehr wäre es für den Bus nicht gerade leicht, voranzukommen. Das würde sich natürlich insgesamt auf die Fahrzeit auswirken. Und die Maria-Theresia-Straße ist nebenbei gesagt eine Straße, insbesondere zu Messezeiten, die sehr rasch mit Staus behaftet ist. Wenn ich beispielsweise an die nahende Energiesparmesse denke, so wäre es nötig, die Linie zu verlegen und andere Haltestellen festzulegen. All diese Maßnahmen würden sich im Endeffekt immer auf die Fahrzeit auswirken.

Sie schreiben in ihrer Begründung, dass durch den Tausch eine erhebliche Verbesserung für einen breiten Kundenkreis der Linie Wels einträte. Das bezweifle ich stark, denn die Haltestelle Bundesamtsgebäude würde dann nicht mehr im 15-Minuten-Takt bedient, gerade diese Haltestelle ist aber sehr stark frequentiert.

Eines sollte man in Zusammenhang mit dieser Haltestelle auch nicht vergessen. Die Musikschule, die ich sehr schätze, hat an 185 Tagen Betrieb und die Bundespolizei Wels an 365 Tagen.

Ich gebe ihnen schon Recht, dass die Linie 16 große zeitliche Lücken hat und der Betrieb dieser Linie etwa um 18.00 Uhr endet. Aber deswegen, bitte, ist noch niemand vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten. Die Linie 1 bleibt nämlich sehr wohl bei der Feuerwehr stehen und von der Feuerwehr sind es gemessene 600 Meter oder 6 Minuten zu Fuß zum Herminenhof. Und wenn wir das unseren Kindern nicht mehr zumuten können, dann gute Nacht. Und auf der anderen Seite wird im Bereich der Dragonerstraße bzw. Feldgasse, so bald es die Witterung zulässt, eine neue Bushaltestelle eingerichtet, wobei es von dort 370 Meter oder weniger als 5 Minuten zum Herminenhof sind. Ich glaube, diese Entfernungen müssten wir unseren Kindern doch zumuten können bzw. ist es bestimmt oft nicht schlecht, wenn man ein paar Schritte zu Fuß geht.

Abgesehen davon wird man seitens der Musikschule versuchen, den Unterricht zeitlich so anzulegen, dass Kinder mit schweren Instrumenten fahrzeitmäßig die Linie 16 doch relativ leicht erreichen.

Darüber hinaus meine ich, dass auch unseren älteren Besuchern der Musikschule eine Entfernung, wie ich sie zuerst nannte, zuzumuten ist.

Wir Freiheitlichen werden also diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. Pernkopf: Die Verbesserungen wurden bereits angesprochen, aber wir von der ÖVP meinen, dass man eventuell noch ein bisschen weiterdenken könnte. Wir von der ÖVP fordern daher den Einsatz eines City-Busses, eines kleinen und den Verhältnissen angepassten Busses, der keine Probleme mit Durchfahrtshöhen hat und mit dem man endlich einmal auch den Stadtplatz erreichen, mit dem man endlich einmal bis zum Rathaus fahren könnte. Es wäre wirklich hoch an der Zeit, solch einen City-Bus in Betrieb zu nehmen.

Natürlich erscheint eine Abstimmung unter den einzelnen Streckenführungen notwendig und dabei ist vor allem die Firma Sab als Betreiberin der Linie Wels gefordert. Ich glaube allerdings, dass es doch möglich sein könnte und sollte, eine derartige Linie in das andere Streckennetz zu integrieren.

Die stärkere Einbindung des Herminenhofes durch eine City-Bus-Haltestelle brächte unseres Erachtens ein Mehr an Sicherheit, wobei wir ja auch an den dort vorhandenen Kindergarten denken sollten. Wir wissen doch, dass es nicht angenommen wird, wenn man etwas weiter gehen muss und so dürfte es meines Erachtens zu einem vermehrten Aufkommen an PKW's kommen, weil bestimmt viele Eltern ihre Kinder zum Herminenhof bringen bzw. von dort abholen werden. Wenn man also schon den öffentlichen Verkehr mit entsprechender Fahrhäufigkeit dort hinbringen möchte, dann ist meines Erachtens unsere Variante die bessere. Würde man, so wie der Stadtrat sagte, entsprechende Umbaumaßnahmen in Hinblick auf einen Tausch der Linien 1 und 16 durchführen, so käme das bestimmt um einiges teurer wie unsere Variante mit dem City-Bus.

Ich bitte darum, all diese Dinge zu bedenken und beantrage deshalb die Zuweisung des gegenständlichen Initiativantrages an den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Pernkopf auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 27) zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger ist bei der Abstimmung zu Punkt 21. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und stellt fest, dass nun noch die Dringlichkeitsanträge in der Sache selbst zu behandeln sind.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution hinsichtlich Festlegung der Zuwanderungsquote:

StR. Dr. Rabl stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von StR. Dr. Rabl wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Abschluss einer Integrationsvereinbarung mit Migranten- und Moscheevereinen bei Beantragung von Subventionsmitteln:

GR. Reindl-Schwaighofer stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Erstellung eines Programms „Integration durch Sport“:

GR. Dr. Csar stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Csar wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung in Hinblick auf die Setzung von Maßnahmen gegen die überbordende Überfremdung:

GR. Reindl-Schwaighofer stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 4) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Verkleinerung von Kindergartengruppen als Maßnahme zum besseren Erwerb von Deutschkenntnissen und damit zum erfolgreichen Besuch der Volksschule:

Vzbgm. Eisenrauch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 5) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Eisenrauch wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Damit darf ich feststellen, dass wir am Ende der heutigen Sitzung angekommen sind. Ich danke für die Mitarbeit, insbesondere für die einstimmige Beschlussfassung des Budgets und wünsche noch einen schönen Abend.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 10.05.2010 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.